Montag, 15. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 161 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 36,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Strauß: Bayerns Ministerpräsident erhielt von der Ludwig-Maximilians-Universität München seinen ersten deutschen Ehrendoktortitel. Zuvor waren ihm bereits sechs amerikanische Doktorhüte verliehen worden. (S. 4)

Ablösung: Der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR", Michail Saizew, und der Chef ihrer politischen Verwaltung, Alexej Lisitschew, sind von ihren Posten abberufen worden. Die Gründe für die Ablösung der sowjetischen Militärs wurden nicht mitgeteilt. (S. 4)

„Sonnenschein": Im Rechtsstreit um die umstrittene Berliner Akkumulatorenfabrik zeichnet sich ein Vergleich ab, der bei einer schnellen und wirksamen Sanierung des Firmengeländes und der Betriebsanlage bis Jahresende ein Weiterlaufen der Produktion vorsieht. (S. 4)

Khadhafi: Seine Chancen auf den Vorsitz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat der libysche Staatschef sondiert. Im Vorfeld der in dieser Woche in Addis Abeba stattfindenden OAU-Konferenz fühlte Khadhafi nach Angaben unterrichteter Kreise bei verschiedenen Mitgliedstaaten vor, ob sie seine Kandidatur unterstützen würden.

Chile: Um die Beziehungen zwischen Regierung und Kirche in Chile zu verbessern und zahlreiche Differenzen auszuräumen, hat die Militärregierung unter General Pinochet in den vergangenen Tagen Gespräche mit dem Vatikan aufgenommen.

Belgien: Fünf Monate vor den Parlamentswahlen ist die Regierungskrise in Belgien beigelegt. Die Opposition konnte sich mit ihrem Antrag auf Rücktritt von Innenminister Nothomb, dem die politische Mitverantwortung für die Fußballkatastrophe mit 38 Toten angelastet wird, nicht durchsetzen.

Eureka: Neben den EG-Staaten sowie Portugal, Spanien, Schweden, Norwegen, Österreich und der Schweiz wird auch Finnland auf der Konferenz westeuropäischer Staaten über das zivile Hochtechnologieprojekt Eureka am kommenden Mittwoch in Paris vertreten sein.

Sri Lanka: Ohne Ergebnis blieben die Gespräche der Regierung von Sri Lanka mit Vertretern der tamilischen Minderheit über eine Beilegung der seit elf Jahren andauernden Auseinandersetzungen zwischen Singhalesen und Tamilen. Das nächste Treffen ist für den 12. August vorgesehen.

ZITAT DES TAGES



» Das historische Grundmodell für die Einigung der deutschen Stämme und Länder ist auch das einzig realistische Grundmodell für die Einigung der Völker und Staaten Europas «

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident, zu den Plänen einer Europäischen Union (S. 4) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

EG-Agrarpreise: Eine weitere Konfrontation zeichnet sich für die neue Verhandlungsrunde um die EG-Getreidepreise im Wirtschaftsjahr 1985/86 heute und morgen in Brüssel ab. Ein Gespräch zwischen EG-Agrarkommissar Andriessen und Minister Kiechle (CSU) am Wochenende hat offenbar keine Annäherung der Standpunkte gebracht. (S. 9)

China: Die Einführung von Sonderabgaben für Importe, vor allem teure Konsumgüter, hat der chinesische Staatsrat bekanntgegeben. Die neue Regelung soll morgen in Kraft treten, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua.

Vergleich: Die Anti-Trust-Klage, die der englische Billigflieger Laker im November 1982 gegen zwölf Unternehmen angestrengt hat, ist außergerichtlich beigelegt worden. Der Konkursverwalter der Laker Airways stimmte einem Vergleich zu, der die Zahlung von 48 Millionen Dollar durch die zwölf Beklagten vorsieht. (S. 9)

Siemens: Einen umfassenden Austausch von Know-how und Patentlizenzen auf dem Gebiet integrierter Halbleiterschaltungen mit gegenseitigen weltweiten Rechten haben Siemens und der japanische Elektro-Konzern Toshiba vereinbart. (S. 9)

KULTUR

Ballett: Mit einwöchiger Verspätung, bedingt durch die Verletzung eines Hauptdarstellers, hat die Hamburgische Staatsoper die Uraufführung von „Mozart und Themen aus ‚Wie es Euch gefällt'" nachgeholt. Einmal mehr wurde das Neumeier-Ballett als großer Erfolg gefeiert. (S. 15)

Freiraum: Plastik sei eine Kunst des Freiraums, die Sonnenlicht brauche, sagte schon Henry Moore. Immer mehr Ausstellungen entwickeln sich denn auch zu riesigen Skulpturlandschaften oder -straßenzügen, was Veranstaltungen an vier verschiedenen Orten derzeit belegen. (S. 15)

SPORT

Fußball: Blau-Weiß 90 Berlin erhielt vom Deutschen Fußball-Bund endgültig die Lizenz für die nächste Saison der zweiten Liga. Berlin ist jetzt mit drei Mannschaften vertreten. (S. 12)

Fechten: Der 35 Jahre alte Harald Hein aus Tauberbischofsheim gewann bei den Weltmeisterschaften die Bronzemedaille mit dem Florett. Thorsten Weidner (17) wurde Sechster. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Unfall: Fünf Dänen sind bei einem schweren Busunglück auf der Autobahn zwischen Kassel und Göttingen in der Nacht zu Sonntag ums Leben gekommen. Mindestens 49 Reisende wurden verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich. (S. 16)

Einnahmen: Das 16stündige Rockkonzert, zu dem sich am Wochenende die Größen der internationalen Rockszene in Philadelphia und London zusammengefunden hatten, konnten insgesamt eineinhalb Milliarden Fernsehzuschauer in rund 160 Ländern in einer Direktübertragung miterleben. Etwa 150 Millionen Mark wurden für die Hungernden in Afrika eingespielt. (S. 16)

Wetter: Wolkig, einzelne Schauer. 18 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kritik am Vortritt der Strafgerichte bei Parteispenden

Präsident des Bundesfinanzhofs weist auf grundgesetzliche Ordnung hin

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Präsident des Bundesfinanzhofes in München, Professor Franz Klein, hält an seiner Linie fest, daß die Entscheidung über die Steuerstrafsachen in der Parteispenden-Angelegenheit zunächst bei der Finanzgerichtsbarkeit am besten aufgehoben ist. In einem Deutschlandfunk-Interview bedauerte Klein gestern die geringe Neigung von Strafgerichten, die entsprechenden Steuerstrafsachen bis zur Entscheidung der steuerlichen Vorfragen durch die Finanzgerichte auszusetzen. Er argumentierte mit der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit bei der Feststellung eines Steueranspruchs.

Professor Klein: „Wenn es Streit geben sollte, ob ein Steueranspruch besteht, ob Steuer hinterzogen ist, dann hat den Streit in erster Linie die Finanzgerichtsbarkeit zu entscheiden. Diesen Streit kann, so schön und so gut vielleicht bei den Strafgerichten jemand besser über etwas entscheiden kann, wovon er keine Ahnung hat, nur derjenige entscheiden, der nach der grundgesetzlichen Ordnung für die Entscheidung über den Steueranspruch zuständig ist, – mag es so lange dauern, wie es will."

Bereits im November 1984 hatte Aufsehen erregt, daß aus dem Bundesfinanzhof in München Bedenken gegen das Vorgehen der Strafjustiz in den Parteispenden-Verfahren angemeldet wurden. Damals wurde argumentiert, ein „echter Wiederaufnahmegrund" könne darin liegen, daß ein Betroffener wegen Steuerhinterziehung strafrechtlich verurteilt werde, noch bevor die Finanzgerichte bis zur höchsten Instanz über den tatsächlichen Steueranspruch entschieden hätten. Es wurde sogar ein plastischer Vergleich gezogen: Mit einer Verurteilung wegen Mordes, ohne daß die Existenz einer Leiche bewiesen werde.

SEITE 2:
Wofür sind Steuern da?

In seinem Deutschlandfunk-Interview warnte Präsident Klein vor einer Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland vom Rechtsstaat zum Richterstaat: „Der Richter ist an Gesetz und Recht gebunden, und die Weiterentwicklung des Rechts ist nicht in erster Linie Aufgabe des Richters, sondern des Gesetzgebers. Der Richter darf nur Lücken ausfüllen und muß in erster Linie seine Funktion als Friedensstifter und nicht als Ersatzgesetzgeber erfüllen." Trotz der Überbelastung der Finanzgerichte sprach sich Professor Klein gegen eine Vermehrung der Richterstellen aus, weil damit keine Garantie für mehr Steuergerechtigkeit verbunden wäre. „Jeder Senat mehr würde eine Belastung sein, weil dann die unterschiedlichen Entscheidungen größer würden und mehr Sand ins Getriebe käme."

Klein kritisierte auch die „Instanzenseligkeit" der Deutschen: „In Deutschland glaubt man, der Rechtsschutz sei gewährt, wenn wir möglichst viele Instanzen haben. Kein Land der Welt hat pro Bevölkerung so viele Richter wie wir, wir haben doppelt so viele Richter wie in Österreich und achtmal so viele Richter wie in den USA. Ob der Rechtsschutz in Deutschland nun wirklich besser ist als in den USA oder in anderen Ländern, wo nur eine Instanz entscheidet, da habe ich Zweifel."

DER KOMMENTAR

Der Präsident

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Das Menschliche in der Politik – man kann es aus gegebenem Anlaß an Ronald Reagan studieren. Im Ausland ist er bei denen, in deren Weltanschauung er nicht hineinpaßt, herzlich ungeliebt. Die amerikanische Nation jedoch sieht das ganz anders. Dieser Mann gefällt den Amerikanern. Und ihnen gefällt auch seine Frau.

Ronald Reagan ist schon 74 Jahre alt; doch seiner Wesensart nach ist er es nicht. Darin liegt wohl sein Geheimnis. Er ist zupackend, nie um ein Scherzwort verlegen. Mit dieser Kombination amerikanischer Ureigenschaften strahlt er einen jungen Optimismus aus, der ihn in eine Glorìole sympathischer Unverwüstlichkeit taucht. Die Amerikaner sind es von ihm gewohnt, daß er die Probleme direkt und beherzt angeht, sei es das Projekt einer atemberaubenden Steuerreform, sei es der internationale Terrorismus – oder sei es der unverzügliche Entschluß zu einer notwendigen Operation.

Die Operation. Führte sie der Nation nicht die Gebrechlichkeit, die Zerbrechlichkeit jenes alten Mannes vor Augen, der ihr Präsident ist? Zerschnitt sie nicht wie ein Skalpell die Gloriole der Unverwüstlichkeit? Nichts davon. Die Amerikaner erlebten, wie Reagan mit zügiger Geschäftsmäßigkeit erledigte, was zu erledigen war: Für die Dauer jener Ungewißheit, die jede schwerere Operation begleitet, übertrug er vorsorglich seine verfassungsmäßige Aufgabe an den Vizepräsidenten; als sei es die größte Selbstverständlichkeit, richtete er eine Notregierung im Krankenhaus ein; seine übliche Fernsehansprache fiel nicht aus, sondern lief vom Band, während er auf dem Operationstisch lag. Das alles wirkte so, als mache der Präsident unter keineswegs risikolosen Umständen keinerlei Umstände.

Das erste, was die Nation von ihrem soeben operierten Präsidenten hörte, war, daß er schon wieder seine Scherze mache. Er fühle sich munter wie ein Fisch im Wasser. Da war wieder der unverwüstliche Optimismus, die optimistische Unverwüstlichkeit. Und die erste Tat des Mannes im Krankenbett war, daß er die Rechte und Pflichten des Präsidenten wieder übernahm. Reagan regiert wieder, als sei überhaupt nichts geschehen. Das lieben die Amerikaner. Ronald Reagan ist beliebter denn je.

Nitze sieht neue Möglichkeiten für Genf

Gorbatschows Spielraum für „ernsthafte Verhandlungen" sei größer geworden

DW. Moskau/Washington

Der amerikanische Präsidentenberater für Abrüstungsfragen, Paul Nitze, ist der Ansicht, daß die Veränderungen in der sowjetischen Führung Parteichef Michail Gorbatschow mehr Spielraum bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen geben. Wie Nitze in der am Sonntag erschienenen US-Wochenzeitschrift „US News and World Report" sagte, sei Gorbatschow nun in der Lage, „ernsthaft" verhandeln zu können und, wenn er es wolle, die „schwierigen, gegenseitigen Konzessionen zu machen, die für ein gerechtes Abkommen nötig sind".

Nitze äußerte sich allerdings vorsichtig über einen möglichen Fortschritt bei den Genfer Verhandlungen nach dem Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und Gorbatschow, das im kommenden November in Genf stattfinden soll. „Es ist zu früh, davon zu sprechen, was erreicht werden kann", sagte Nitze. Als größtes Hindernis für die Genfer Verhandlungen bezeichnete Nitze die sowjetische Weigerung, ohne Vorbedingungen über eine Beschränkung der offensiven Atomwaffen zu verhandeln.

Die Sowjetunion erwarte das Gipfeltreffen „in einem Geist ernsthaften Bemühens um eine Normalisierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen", hieß es gestern in einem Kommentar der Parteizeitung „Prawda". Zugleich warf die Zeitung „gewissen Kräften" in den USA vor, trotz des geplanten Treffens Spannungen zwischen beiden Staaten zu schüren. „In einigen Kreisen in Washington werden Stimmen für eine Fortsetzung der Politik der Stärke laut, obwohl die Unhaltbarkeit dieses Kurses offensichtlich ist."

In dem Kommentar widersprach die „Prawda" erneut einem Bericht der „New York Times", daß Moskau angeblich nicht auf einem kompletten Verbot der Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit den Weltraumwaffen bestünde. „Die Sowjetunion strebt eine Vereinbarung für das vollständige Verbot der Schaffung, Erforschung und Aufstellung von offensiven Weltraumsystemen an", bekräftigte die Moskauer Parteizeitung.

Ein in Washington vorliegender sowjetischer Vorschlag „sieht die völlige Einstellung der Arbeiten zur Schaffung neuer Anti-Satelliten-Mittel" vor, schrieb die „Prawda" weiter. Darin werde außerdem vorgeschlagen, daß solche in beiden Staaten bereits vorhandenen Mittel und diejenigen, deren Erforschung noch nicht abgeschlossen wurde, vernichtet werden sollen.

In seiner allwöchentlichen Rundfunkansprache hat Reagan angekündigt, er werde das Thema SDI bei seinem Treffen mit Gorbatschow ansprechen. Reagan warf erneut der sowjetischen Kritik an seinem SDI-Forschungsprogramm „Scheinheiligkeit" vor. Die Sowjetunion habe einen gewaltigen Teil ihres Militäretats für ein ausgeklügeltes eigenes „SDI"-Programm bereitgestellt, der die von den USA für ihre eigenen SDI-Zwecke eingeplanten Mittel bei weitem übersteige.

Reagan bezog sich auf einen Brief sowjetischer Wissenschaftler an die „New York Times" und hob hervor, daß dieser Brief, in dem sein SDI-Programm kritisiert wurde, von denselben Wissenschaftlern unterschrieben sei, die das sowjetische strategische Verteidigungsprogramm entwickelt hätten.

Alliierte verhindern Schüsse nach Flucht über die Mauer

18jähriger aus Potsdam erreicht verletzt West-Berlin

F. DIEDERICHS, Berlin

Einem 18jährigen aus dem „DDR"-Kreis Potsdam ist am frühen Samstagmorgen die Flucht nach West-Berlin gelungen, obwohl „DDR"-Grenzsoldaten zwei gezielte Schüsse auf ihn abgefeuert und sogar gedroht hatten, auf den Flüchtling zu schießen, nachdem dieser bereits verletzt die Mauer überwunden hatte. Dank der Anwesenheit von Westberliner Polizei und alliierter Militärpolizei hatten jedoch weitere Schüsse verhindert werden können. Der junge Mann verletzte sich beim Sprung von der Mauerkrone am Fuß und mußte anschließend in einem Berliner Krankenhaus behandelt werden.

Um zwei Uhr in der Nacht zu Samstag hatten zwei Angehörige einer Westberliner Zollstreife in den Grenzanlagen auf „DDR"-Gebiet eine blinkende grüne Alarmleuchte bemerkt. Dieses Signal war offenbar durch die im Sperrgebiet installierten Stolperdrähte ausgelöst worden, die frühzeitig Fluchtversuche melden sollen. Wenige Sekunden später wurden von einem naheliegenden Wachtturm zwei Schüsse abgefeuert. Dann tauchten in den Sperranlagen in Höhe der Sachtlebenstraße im Bezirk Zehlendorf mehrere „DDR"-Grenzsoldaten mit Motorrädern und Jeeps auf. Sie suchten das Gelände mit Scheinwerfern ab.

Wenig später hörte die Westberliner Zollstreife im dichten Gestrüpp auf der westlichen Mauerseite ein Rascheln. Als sich die beiden Zollbeamten durch ein Megaphon zu erkennen gaben, rief ihnen der Flüchtling nur die drei Worte zu: „Ja, ja, ja."

In diesem Moment forderte von dem nur knapp 50 Meter entfernten Wachtturm ein „DDR"-Soldat den Flüchtling, der zwar schon die Mauer überwunden hatte, sich jedoch noch auf einem zu Ost-Berlin gehörenden Streifen befand, auf: „Komm raus oder ich schieße." Die Zollbeamten berichteten ihren Vorgesetzten später übereinstimmend, der „DDR"-Grenzsoldat habe dabei laut hörbar seine Maschinenpistole durchgeladen.

Sekunden später trafen dann Westberliner Polizei und amerikanische Militärpolizei an der Fluchtstelle ein. Die Polizeibeamten schalteten sofort mehrere Scheinwerfer ein und machten so den „DDR"-Grenzern auch deutlich, daß alliierte Soldaten zur Stelle waren. Daraufhin gab es von Seiten der Ost-Grenzer keine Reaktion mehr.

Der Flüchtling, der sich während dieser Zeit im Gestrüpp verborgen gehalten hatte, humpelte nunmehr den Polizeibeamten entgegen und wurde sofort in das Zehlendorfer Behring-Krankenhaus gebracht.

Am 25. Mai hatten „DDR"-Grenzposten noch mit Schußwaffengebrauch eine Flucht verhindern können, als sie nahe des Grenzkontrollpunktes Dreilinden einen Mann mit zehn bis 20 Schüssen gestoppt und anschließend zu einem Wachtturm abgeführt hatten. Vermutlich erschossen worden war nur fünf Tage zuvor ein „DDR"-Bewohner beim Versuch, den Westberliner Bezirk Wedding zu erreichen. Die „DDR" hatte diesen Zwischenfall als „Jagd auf einen Rehbock und ein Wildschwein" geschildert.

Reagan macht nach Operation gute Fortschritte

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan, dem am Samstag in einer dreistündigen Operation ein Tumor aus dem Dickdarm entfernt worden ist, macht nach Angaben seiner Ärzte gute Fortschritte. Der Eingriff verlief ohne jede Komplikation.

Reagan hatte nach einem kleineren Eingriff am Freitag abend, bei der die Geschwulst entdeckt wurde und die Ärzte ihm die Festsetzung des Operationsdatums überließen, die sofortige Operation selbst entschieden.

„Ich fühle mich topfit", sagte der 74jährige Präsident kurz nach der Operation im Marinehospital in Bethesda bei Washington. Reagan wird vom Krankenhaus aus seine Amtsgeschäfte führen. Am Samstag hatte er seine Vollmachten für rund acht Stunden an Vizepräsident George Bush übertragen, der aber keinerlei Entscheidungen zu treffen hatte.

Seite 8: Vom Krankenbett aus

Neusel zu Zimmermann

Als Staatssekretär im Bundesinnenministerium vorgesehen

gba. Bonn

Neuer beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium wird nach der WELT vorliegenden Informationen Hans Neusel. Er tritt die Nachfolge des am 30. Juni in den Ruhestand getretenen Staatssekretärs Siegfried Fröhlich an. Neusel war bis zum Amtsantritt von Bundespräsident Richard von Weizsäcker Staatssekretär im Bundespräsidialamt. Innenminister Friedrich Zimmermann will am Mittwoch sowohl die Berufung Neusels als auch die Ernennung von Holger Pfahls zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln dem Kabinett als Vorlage unterbreiten. Pfahls soll Nachfolger von BfV-Präsident Heribert Hellenbroich werden, der vom 1. August an den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach leiten wird.

Damit hat Innenminister Friedrich Zimmermann seine Vorstellungen durchgesetzt, die zunächst durch den Wunsch des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Frage gestellt schienen, einen CSU-Mann zum Staatssekretär im Innenministerium zu machen. Die Entscheidung Zimmermanns für Neusel, der Mitglied der CDU ist, war bei der Aussprache zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Strauß am 3. Juli „besprochen" worden. Der 43jährige Pfahls gehört der CSU an. Er ist Jurist, war Richter am Bayerischen Oberlandesgericht und Staatsanwalt mit dem Schwerpunkt Wirtschaftskriminalität. Von 1978 bis 1982 war Pfahls als Ministerialdirigent Leiter des Büros von Ministerpräsident Strauß und wurde danach Leiter der Abteilung für politische Grundsatzfragen in der Münchener Staatskanzlei.

Die Versetzung des heute 57jährigen Staatssekretärs Neusel in den einstweiligen Ruhestand war in Bonn vielfach kritisch aufgenommen worden, da Neusel sich als Mitarbeiter von Bundeskanzler Kiesinger und später Bundespräsident Carstens den Ruf eines sehr effizienten Arbeiters erworben hatte.

Eine „Deutsche Stunde" für die USA

fac. Bonn

Die Bundesregierung wird in ihrer Absicht, ein weltweites Fernsehprogramm deutscher Herkunft über Satellit verbreiten zu lassen, von zwei ehemals führenden ARD-Repräsentanten ermuntert. Hans Abich, früherer Intendant von Radio Bremen, und Peter Pechel, ehemaliger Fernseh-Chefredakteur des Senders Freies Berlin, empfehlen den zuständigen Bonner Ressorts, sich zunächst einmal auf die USA und Kanada zu konzentrieren.

„Wenn es noch eines Beweises der Notwendigkeit bedurft hätte, die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik Deutschland über das vorhandene Ausmaß hinaus zu intensivieren, so hat ihn die Bitburg-Affäre geliefert", schreiben die beiden Experten in ihren Empfehlungen für die Bundesregierung. Abich und Pechel waren mit dieser Studie beauftragt worden, nachdem das Kabinett im März einen Grundsatzbeschluß gefaßt hatte. Das geplante Programm wird Teil des medienpolitischen Konzepts des Bundes sein, das Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) noch in diesem Jahr vorlegen soll.

Gedacht wird an Sendungen, die von einer deutschen „Kopfredaktion" in Amerika in enger Zusammenarbeit mit der Kurzwellenstation Deutsche Welle (Köln) sowie ARD und ZDF produziert und in Kabelnetze „eingespeist" werden. Mögliche Partner und Programmverteiler der „Deutschen Stunde": Das nichtkommerzielle Public Broadcasting System aber auch das „Cable News Network" des Medienunternehmers Ted Turner.

Damit könnten vor allem „Opinion Leaders" angesprochen werden: Politiker, Journalisten, akademische Lehrer, Geschäftsleute, Studenten. Voraussetzung sei aber, so die Verfasser der Studie, daß das Programm der Erwartungshaltung eines amerikanischen Fernsehzuschauers voll entspreche. Propaganda oder auch nur Belehrung „sind kontraproduktiv und führen zur Ablehnung". Ohne daß Europa als Einheit schon vorhanden wäre, erwarte diese Zielgruppe, daß die „Fernsehselbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland in den europäischen Rahmen" hineingestellt werde, „freilich unter diskreter Betonung des deutschen Elements".

Bei ihren Recherchen in den USA haben die Autoren der Studie herausgefunden, „daß zum Beispiel während der Bitburg-Krise die großen Stationen des PBS eine Sendung wie die gedachte übernommen und ausgestrahlt hätten". Einer solcher transatlantischer Dialog hätte „wesentlich zur Objektivierung und Entschärfung der amerikanischen Berichterstattung und Kommentierung beitragen können".



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wofür sind Steuern da?

Von Enno v. Loewenstern

Faßt man die Worte des Professors Franz Klein zusammen, so ergibt sich ein multipler Schock für das deutsche Gemüt. Da ist ein Staatsdiener, der gegen Aufblähung der Bürokratie zu Felde zieht; ein Richter, der nichts von der ausufernden Gerichtsgläubigkeit hält; ein Kollege, der gar in die Einäugigkeit gewisser anderer Justizstellen zu hacken wagt. Kann man da noch auf die übliche Waffe der selbsternannten Vormünder des mündigen Bürgers zurückgreifen: mit Schweigen übergehen, „nicht einmal ignorieren"?

Zumal da sein sensationellster Tabubruch nun wirklich alle Beteiligten hilflos zurückläßt: „Wenn man über die Steuer versuchen würde, nur Steuern zu kriegen, wäre unser Steuerrecht einfach." Ja, in welcher Zeit lebt der Mann eigentlich – in der Zeit, als man noch dem Kaiser gab, was des Kaisers war?

Steuern sind längst nicht mehr dazu da, um Steuern zu kriegen. Steuern sind erst einmal dazu da, die Leistung zu bestrafen und umzuverteilen. Weiß man nicht, wohin mit dem Geld, so erfindet man eine „neue Armut". Zweitens sind Steuern dazu da, den öffentlichen Korridor auszuweiten. Man braucht ja Umverteiler, die sich wiederum von selbst vermehren; außerdem braucht man Paläste aller Art, die ihre Nachfolgelasten gebären – kurz, der Staat ist ja schließlich nicht nur ein Rechtsstaat, also ein Richterstaat, sondern auch ein sozialer Rechtsstaat, also mit Spendierhosen unter der Robe. Drittens kann man mit Steuern trefflich steuern, oder man glaubt es jedenfalls. Wie lange blieb uns die Sektsteuer erhalten, die einst erfunden wurde, um die kaiserliche Marine zu subventionieren?

Worauf der oberste Steuerrichter hinaus will, ist erkennbar dies: daß der Staat nicht mehr verlangen sollte, als er wirklich braucht – statt der heutigen Maxime, erst einmal zu kassieren und sich dann Verwendungszwecke auszudenken. Wenn dem Professor Klein nicht rechtzeitig ein Scheiterhaufen geschichtet wird, könnte uns daraus noch eine Steuerrevolution des gesunden Menschenverstandes erwachsen, wie sie Reagans Wahlerfolg einläutete und Amerikas politische Lanschaft veränderte.

Warschauer Anmaßung

Von Carl Gustaf Ströhm

Man wird dem Jaruzelski-Regime schwerlich mit der Feststellung unrecht tun, daß es auf der Rangliste des Prestiges und der politischen wie wirtschaftlichen Kreditfähigkeit am unteren Ende der Skala rangiert. Um so erstaunlicher – oder sollte man dialektisch sagen: um so verständlicher? – ist es, daß die Regierenden in Warschau sich gegenüber anderen als Gouvernanten aufspielen. Jaruzelskis Regierungssprecher Urban trat dieser Tage gar mit der Idee hervor, ein „Tribunal" gegen westliche Medien einzusetzen, die Unfreundliches über das polnische Regime verbreiten.

Im Umgang mit der Bundesrepublik Deutschland hat das amtliche Warschau einen weiteren Beitrag zu „Entspannung und Dialog" geleistet, indem es dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Alfred Dregger – immerhin einem der wichtigsten Politiker der maßgebenden Bonner Regierungspartei – jegliches offizielle Gespräch verweigerte. Und zwar mit der Begründung, Dregger habe sich nicht nach Wunsch verhalten. Der „Deutschland-Experte" Ryszard Wojna (der selbst ungehindert in der Bundesrepublik herumreist und mit jedermann reden kann), erklärte gar, das Jaruzelski-Regime werde nur mit dem linken Flügel der CDU Gespräche führen.

Der berüchtigte ungarische KP-Chef Rakosi, der 1956 aus Budapest verjagt wurde, gilt als Erfinder der „Salami-Taktik": Das bürgerliche Lager gleiche einer Wurst; man müsse eine Scheibe nach der anderen abschneiden, bis man nur noch den Zipfel in der Hand behalte. Daß Warschau so ungeniert in seinem Geiste handelt, zeigt, wie verfehlt es wäre, von einem „Nachholbedarf" etwa der CDU bei Polen zu sprechen.

Man muß vielmehr fragen: Was ist das für ein Polen, mit dem wir es zu tun haben? Und wer ist sein authentischer Sprecher – der General Jaruzelski oder vielleicht doch ein Mann namens Walesa? Aber als offiziellen Gesprächspartner kann die Bundesrepublik sich in Warschau nicht den sympathischeren Polen aussuchen. Ebensowenig sollte jedoch der Jaruzelski-Gruppe gestattet werden, darüber zu bestimmen, wer für Bonn mit der polnischen Regierung sprechen darf und wer nicht.

Umdenken über Angola

Von Günter Bast

Es war ein ungewohntes Schauspiel im US-Repräsentantenhaus: Die Volksvertreter, die seit Jahren der Regierung in den Arm fielen, wenn diese Freiheitskämpfer gegen kommunistische Unterdrückung unterstützen wollte, änderten ihre Rolle. Die Regierung Reagan befand sich mitten in einem bisher erfolglosen Vermittlungsversuch zwischen Angola und Südafrika, als das Repräsentantenhaus aus heiterem Himmel das neun Jahre alte sogenannte „Clark Amendment" aufhob, das der US-Regierung verboten hatte, Jonas Savimbis Unita in ihrem Kampf gegen die von 25 000 kubanischen Soldaten unterstützten Machthaber in Angola zu helfen.

Einige Mitglieder der stark geschrumpften liberalen Gruppe im Kongreß beklagten sich darüber, daß es nicht sinnvoll erscheine, wenn der Kongreß Südafrika mit Sanktionen bedenke, dann aber „dessen" Interessen in Angola unterstütze. Es wäre in der Tat nicht sinnvoll, wenn diese Unterstützung nicht in erster Linie einer schwarzen Volksbewegung in Angola dienen würde und Südafrika nur insofern, als eine gute Regierung in einem schwarzafrikanischen Staat ein besseres Modell für Pretoria wäre als die bisherigen Beispiele von A bis Z, von Angola bis Zimbabwe.

Wichtiger aber ist: Die Sowjetunion unterstützt jede „Befreiungsbewegung", die ins Sowjetlager führt, wie in Nicaragua. Aber aus Befreiern werden in Moskau Verbrecher, wenn sie sich, wie in Afghanistan, gegen sowjetische Unterdrückung wehren.

Das wurde bisher in liberalen Kreisen der USA hingenommen. Das Vietnam-Trauma war daran schuld, aber auch die Carter-Doktrin, daß jede Revolution gut sei, die (angeblich) soziale Reformen anstrebt.

Der Wandel in den USA weckt nicht nur Hoffnungen bei den Freiheitskämpfern in Kambodscha, Afghanistan und Mittelamerika. Er gibt dem Präsidenten auch das Recht zurück, die Außenpolitik des Landes zu führen, das man ihm niemals hätte nehmen dürfen.



„Genosse Ho Xung ist nun einmal ein Traditionalist"
ZEICHNUNG: OLLIE/EVENING STANDARD (LONDON)

Grund für Optimismus

Von Herbert Kremp

Überblickt man die Jahresabschlüsse der deutschen Unternehmen, begegnet man Optimismus und Selbstbewußtsein. Die Schlagzeilen „Weiterhin Wachstum auf hohem Niveau", „Investitionen auf Rekordhöhe", „Das Jahr 2000 gewinnt Gestalt" bestimmen den Tenor. Nach Feststellung des IFO-Institutes in München haben sich nach der wenig günstigen Entwicklung im ersten Vierteljahr 1985 die seit Ende 1982 wirkenden Antriebskräfte wieder durchgesetzt. Unterschiede in den Branchen, vor allem der Abschwung in der Bauwirtschaft, und die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit belasten die Gesamtrechnung. Im Saldo jedoch überwiegt die positive Tendenz. Sie wird sich politisch auswirken, nachdem die Bundesregierung jetzt Vorkehrungen getroffen hat, die Darstellung ihrer unbestreitbaren Leistungen zu verbessern und die Lupe über die Wirtschaftsentwicklung zu halten.

Der Optimismus der Unternehmen ist keine Schönfärberei, sondern ein Ergebnis der Zahlen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein erfolgreiches Land. Man muß das eigens betonen, denn eine der Feen, die an der Wiege des Gemeinwesens standen, verhieß dem Sprößling die Untugend des Mißmuts und der Neigung zur Nörgelei. Bedeutende Medien machen daraus ein (gut florierendes) Geschäft. Sie haben sich buchstäblich dem Negativen verschrieben, das zum Hauptmerkmal unserer Gesamtverfassung erklärt wird. Ihnen zufolge werden in Deutschland alle Bäume sterben; das Ereignis des Jahres ist die Bitburg-Krise; die Arbeitslosigkeit ist ein unheilbarer Krebs, und der Bundeskanzler tut nichts anderes, als seine angeborene „Verlegenheit" mit einem Lächeln zu kaschieren. Derartige Karikaturen entfalten Wirkung nach innen und außen. Sie machen den Deutschen zum „Schwierigen", den man nicht mehr versteht.

Die Wirklichkeit ist anders, aber um sie zur Geltung bringen zu können, muß man fast zu drastischen, jedenfalls ungewohnten Mitteln greifen. So plant die Bundesregierung, wie diese Zeitung heute berichtet, ein weltweit verbreitetes Fernsehprogramm (mit der ersten Zielrichtung USA und Kanada), das eine positive Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland enthalten soll. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab Bitburg, das eine internationale Informations-Katastrophe war. Ein anderes, privates Beispiel ist die Anzeige eines großen deutschen Geldinstituts, die in der klassischen Kürze eines Bankauszugs fünf nationale Atouts ausspielt: Unsere Volkswirtschaft, so heißt es da, produziere das dritthöchste Sozialprodukt der freien Welt, das Geld sei stabil, der Lebensstandard sei historisch einmalig, wir lebten in einem Land mit allen demokratischen Freiheiten und großer sozialer Sicherheit, und die Gesellschaft sei offen für den sozialen Aufstieg. In einem Satz: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt."

Eine solche Aussage von kompetenter privater Seite ist bemerkenswert und bezeichnend zugleich. Sie enthält fundamentale Tatsachen, die jedermann bekannt sein könnten, würde das einsichtige Positive nicht aufgrund eines psychischen Mechanismus oder einer bewußten „Problematisierung" aller Lebenszusammenhänge verdrängt. Besonders akademische, mediale und kirchliche Kreise haben darin eine meisterliche Routine entwickelt. Danach steht der Untergang unserer ökonomisch-ökologischen Zivilisation und unserer politischen Kultur unmittelbar bevor; wer das Gegenteil prognostiziert, kann als ein Spiel- und Lustverderber ausgepfiffen werden. Wir kennen diese Propheten und ihre Marketing-Abteilungen. Sie treten gelegentlich im Büßerhend auf, um ihre Flagellantenzüge zur formieren, oder sie frequentieren mediale Festungen, vor deren Ziehbrücke der Chauffeur den Schlag des Rolls Royce öffnet. Das klingt alles so anomal, wie es ist. Es ist ein Teil unserer Wirklichkeit.



Ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt: Produktion in der Bundesrepublik Deutschland
FOTO: SVEN SIMON

Erfreulicherweise aber eben doch nur ein Teil. Der Bundeskanzler hat die Wahlen von 1983 durch Optimismus gewonnen, der die Präzeptoren zu einem lang hinhaltenden furchtbaren Aufschrei herausforderte. Der Deutsche dürfe nicht lachen, heißt ihre moralische Devise, sondern müsse stets ein nachdenkliches Gesicht machen und Selbstkritik äußern. Die Selbstkritik umfaßt die gesamte neuzeitliche Geschichte, soweit sie von uns mitbestimmt wurde, und die Gegenwart in allen ihren Teilen. Aus dieser Sicht ist es hochbedenklich, daß der deutsche Wähler, der nach dem Kriege als „Otto Normalverbraucher" existenzgründend tätig wurde, dem Gebot „Du sollst dich nicht freuen" die Gefolgschaft, ja mehr noch, das Verständnis versagte. Er wählte den Aufschwung, der in nüchternen Maßen dank Leistung, Fleiß und Risikofreude tatsächlich eingetreten ist. Und wenn die Bundesregierung, die mit Hilfe einiger Rahmenbedingungen den Erfolg gefördert hat, nicht müde wird, ihren eigenen Beitrag herauszustellen, wird sie auch die nächsten Bundestagswahlen gewinnen, die irgendein Pessimist einmal als „Urnengang" bezeichnete.

Die Propheten des Untergangs deutscher Geschichte und Gegenwart sind nämlich mit einem Manko behaftet, das den Bürger, wie er leibt und lebt, mißtrauisch macht: Sie wirken aufdringlich belehrend. Es gibt ein internationales Beispiel. Einen Tag nach der Wiederwahl Ronald Reagans, dessen Erfolg die Pessimisten aufs tiefste verletzt hat, erzählte ein Punk mit einem orangenfarbigen Hahnenkamm, warum er Mondale nicht gewählt habe, sondern – Reagan. „Wissen Sie", erklärte er dem deutschen Besucher, „der Mondale hat im Fernsehen immer den Zeigefinger erhoben, wenn er was sagte. Das ist nicht mein Typ." Das heißt natürlich nicht, daß ein verantwortlicher Politiker nicht geistig führen sollte. Der Kern seiner Philosophie ist jedoch die begründete Zuversicht – wie könnte er sonst bewirken, daß sich alle für das Land einsetzen.

IM GESPRÄCH Hans Neusel

Der Verschwiegene

Von Eberhard Nitschke

Sein Kopf mit der blitzenden Brille gehörte vier Jahre lang zum Hintergrund der Fotos des Bundespräsidenten Karl Carstens. Es war und ist das Markenzeichen des damaligen Staatssekretärs im Bundespräsidialamt Hans Neusel, daß er sich nie nach vorn drängte – ein Diener mit der Fähigkeit, den Chef in jeder denkbaren Situation fast unsichtbar und unhörbar zu unterstützen und ihn bei Bedarf hundertprozentig zu vertreten.

Es war nur eine Frage der Zeit, daß dieser Mann aus dem einstweiligen Ruhestand, der ihm als 57jährigem sowieso absurd vorkam, wieder in die vorderste Linie des politischen Bonn eingereiht würde. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat den Volljuristen und seit sechsundzwanzig Jahren in Bonn arbeitenden Vollprofi als beamteten Staatssekretär geholt, in Nachfolge des pensionierten Staatssekretärs Siegfried Fröhlich. Schon als Carstens-Nachfolger Richard von Weizsäcker sich als Büroleiter den Diplomaten Klaus Blech mitbrachte, versuchte Bundeskanzler Helmut Kohl, Neusels Fähigkeiten der Regierung zu erhalten; er sollte Staatssekretär im Forschungsministerium werden, aber es wurde nichts daraus.

Zum Besonderen an Hans Neusel gehört, daß er sich nie für ein Amt beworben hat, sondern stets empfohlen wurde. Nach Eintritt ins Bundeswirtschaftsministerium im Jahre 1959 wurde er persönlicher Referent von Wirtschaftsminister Ludwig Erhards Staatssekretär Ludger Westrick, der ihn mit der Kanzlerschaft Erhards ins Palais Schaumburg mitnahm. Das war 1963. Neusel wurde dann als persönlicher Referent von Erhards Nachfolger Kiesinger übernommen, der ihn mit Ausrufungszeichen an den späteren CDU/CSU-Oppositionschef im Bundestag, Carstens, weiterreichte. Der in Dortmund als Sohn eines Malermeisters geborene Hans Neusel



Stets weiterempfohlen: Alter und neuer Staatssekretär Neusel
FOTO: SVEN SIMON

verstand es, dafür zu sorgen, daß im geschwätzigen Bonn aus dem vielfältigen Material, das über seinen Schreibtisch ging, aus den vielen Gesprächen der Potentaten, deren Zeuge er war, nur das sparsame Rinnsal von Mitteilungen an die Öffentlichkeit kam, das er für geeignet befand. Seine Verschwiegenheit und Loyalität verhalfen ihm auch 1979, als Carsens ihn zum Chef des Präsidialamtes machte, zum wohlgelittenen Entree in die Kabinettssitzungen der damaligen SPD/FDP-Regierung, das dem jeweiligen Spitzenbeamten des Staatspräsidenten zusteht.

Hans Neusels Frau Karin, mit der er seit 1959 verheiratet ist, hat die Prüfung für das künstlerische Lehramt und für das Werkschulamt absolviert und hat sich seit etwa zwanzig Jahren als Porträtmalerin einen Namen gemacht. Es ist sehr typisch für Hans Neusel, daß der Auftrag an sie, den Kanzler Kiesinger zu malen, nicht über seinen, des damaligen persönlichen Referenten, Schreibtisch lief. Amt und Privatsphäre streng zu trennen – dies Prinzip hat er neben vielen anderen durchgehalten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu den Meldungen, daß ein schiitisches Terrorkommando in Ost-Berlin abgefangen wurde, meint sie:

In die Befriedigung darüber, daß das Verbrechen verhindert werden konnte, mischt sich indes ein schaler Beigeschmack. Denn dem Vernehmen nach gestattete die „DDR" den Tätern umgehend die Rückkehr in ihr Herkunftsland. Nun haben zuvor schon andere Regierungen gefaßte Terroristen straflos davonkommen lassen. Doch während sie sich erpresserischen Akten oder Drohungen von Terrororganisationen beugten, wollte Ost-Berlin, wie es heißt, eine Belastung seiner Beziehungen zu Staaten im Nahen und Mittleren Osten vermeiden. Dies belegt zumindest, daß man es hier wieder mit einem staatlich gelenkten Terrorismusakt zu tun hat. Die Dringlichkeit der Forderungen, daß die übrige Welt gegen Regierungen, die sich solcher Mittel bedienen, empfindliche Repressalien ergreifen muß, wurde erneut unterstrichen.

DONAU KURIER

Die Ingolstädter Zeitung betrachtet die Lage der SPD:

Man kann sich inzwischen des Eindrucks nicht mehr erwehren, auf seiten bestimmter SPD-Politiker gebe es so etwas wie eine Faszination der sozialistischen Macht – auch in ihrer brutal diktatorischen Ausgestaltung jenseits von Magdeburg. Daß dieser Macht vor gar nicht so langer Zeit Tausende deutscher Sozialdemokraten zum Opfer fielen, die Freiheit, Gesundheit und Leben in sowjetzonalen Zuchthäusern verloren, wird verdrängt. Brandt hat für den Fall eines SPD-Sieges 1987 angekündigt, die von Helmut Schmidt betriebene und von Helmut Kohl vollzogene NATO-Nachrüstung werde rückgängig gemacht. Dies wäre ein erster konkreter Schritt gegen die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen. Der letzte wäre es gewiß nicht.

Darmstädter Echo

Über Johannes Rau heißt es hier:

Wenn man Johannes Rau genauer betrachtet, kommt der Verdacht auf, er sei lediglich ein anderer Kohl. Auch er ist ein Generalist ohne gründliche Bildung oder bestechendes Fachwissen. Rau gehen wie Kohl leere Floskeln leicht über die Lippen: ein Prediger. Zwar spricht er im Gegensatz zum Kanzler fließend Deutsch, aber was er sagt, wirkt aufgesetzt und oft genug nicht glaubwürdig ... Untätigkeit hat man Rau vorgeworfen, während im Problemland Nordrhein-Westfalen der Schuldenberg über 60 Milliarden Mark hinauswuchs und die Arbeitslosenquote auf bald elf Prozent stieg. Auch die Worte Führungsschwäche, Orientierungslosigkeit und Mittelmaß sind bei der Beurteilung Raus schon gefallen.

SUNDAY TELEGRAPH

Zu Präsident Reagans Operation bemerkt die britische Zeitung:

Glücklicherweise hat der amerikanische Präsident die Gewohnheit, regelmäßig zu delegieren, so daß die Geschäfte der amerikanischen Regierung auch in seiner Abwesenheit ohne dramatische Unterbrechung weiterlaufen. Es ist zu hoffen, daß der Präsident bis zum Ost-West-Gipfel im November sich voll erholt haben wird. Unterdessen gibt es da einen Vizepräsidenten, der weit fähiger ist, den Top-Job auszufüllen, als viele seiner Vorgänger. Es wäre aber unrealistisch, wenn man die ernste Operation bei einem 74jährigen Mann nicht als einen Grund für Besorgnis ansieht. Man kann nicht umhin, über die Zukunft der Präsidentschaft Reagans nachzudenken.

Wie Präsident Betancur auf die Guerrilla hereinfiel

Erfahrungen mit den gewaltsamen Umsturzbewegungen in Südamerika / Von Günter Friedländer

Der Waffenstillstand, den Kolumbiens Präsident Belisario Betancur im vergangenen Jahr mit den meisten Guerrillagruppen des Landes schloß, ist von der zweitgrößten, der „Bewegung des 19. April" (M-19), beendet worden.

Betancur widmete die ersten drei Jahre seiner Amtszeit der Befriedung Kolumbiens. Dabei scheute er keine Opfer, nicht einmal die Entlassung zuverlässiger Generäle. Die Erwartungen machten ihn zunächst zum populärsten Präsidenten der letzten Jahrzehnte.

Davon ist nicht mehr die Rede. Ende Mai ergab eine Umfrage, daß 86 Prozent der Kolumbianer mit ihm unzufrieden sind. Nur 33 Prozent hielten die Fortsetzung der Friedensgespräche mit den Aufständischen noch für angebracht. Die Enttäuschung ist am größten bei den untersten Einkommensklassen und bei jungen Menschen. Manche Kolumbianer verdächtigen Betancur, an die Sache der Rebellen zu glauben und ihr Verbündeter geworden zu sein.

Dem leistete er Vorschub, als er nach den Kämpfen des Juni, in denen 150 Kolumbianer den Tod fanden, weiter davon sprach, daß nur ein politischer Pakt die „sozio-ökonomisch" bedingte Rebellion beenden könne. Und daß er am 20. Juli die Gesetzesreformen vorschlagen werde, die er mit der Guerrilla abgesprochen habe und die die soziale Ungerechtigkeit beheben sollen.

Aber nur noch sieben Prozent der Kolumbianer glauben, man könne die Guerrilla jemals zufriedenstellen. Ein Beweis: Nur wenige Tage vor der Kündigung des Waffenstillstands verlangte das M-19 noch eine „Friedensregierung" mit Ministerrang für seine Vertreter.

Betancur beging den Fehler, die zahlenmäßig kleinen Guerrillagruppen, die in der Bevölkerung nirgendwo nennenswerte Unterstützung gefunden hatten, zu gleichberechtigten Verhandlungspartnern der Regierung zu machen. Er traf sich mit Führern des M-19 auf deren Anregung zweimal auf „neutralem Boden", in Mexiko und Spanien, statt darauf zu bestehen, kolumbianische Konflikte nur auf kolumbianischem Boden zu behandeln. Überdies gewährte er der Guerrilla das Recht, nach Abschluß des Waffenstillstands Waffen zu tragen, obwohl die Verfassung dies nur dem Heer und der Polizei gestattet.

Die Massenmedien heroisierten die Guerrilla, während die Regierung nicht verhinderte, daß sie sich als Staat im Staat etablierte, mehr Waffen kaufte, neue Kämpfer anwarb, „freiwillige Beiträge" erpreßte usw. Nur die Mehrheit der moskautreuen Farc (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) begann die Umwandlung in eine politische Partei, die Minderheit auch dieser Gruppe legte die Waffen nie nieder.

Betancurs Befriedungsprozeß ist eng mit den ebenfalls fruchtlosen Bemühungen der von ihm beeinflußten Contadora-Gruppe verbunden, Mittelamerikas Konflikten eine politische Lösung zu geben. Nicaraguas Sandinisten vereitelten diese Versuche. Die Mißerfolge inner- und außerhalb Kolumbiens überraschen nicht. Lateinamerikas Guerrilla war nur in Kuba erfolgreich. (In Nicaragua wurde Somoza nicht durch die Guerrilla besiegt, sondern durch außenpolitischen Druck vor allem der Regierung Carter.)

Argentinien erlebt mit dem Prozeß gegen seine Generäle das letzte Kapitel des vom Heer auf Anordnung einer peronistischen Regierung unterdrückten Aufstands der Montoneros – das kaum mit deren Verurteilung enden wird, sondern mit einer Amnestie, die bereits in Alfonsins Schreibtisch liegen soll. Vergessen sind Uruguays Tupamaros. Chiles revolutionäre Linke (MIR) wird von Pinochet in Schach gehalten. San Salvadors Guerrilla hat zwar spektakuläre Einzelerfolge, aber keinen entscheidenden Sieg errungen. Venezuelas Guerrilla gab den bewaffneten Kampf auf und verwandelte sich in eine politische Partei, die nicht den erwarteten Einfluß auf das politische Leben gewann.

Vergessen ist sogar Ché Guevara, der nur noch die Poster der Möchtegern-Revoluzzer ziert. Intellektuell ehrliche Revolutionäre sehen mit Grauen die neueste Spielart der lateinamerikanischen Revolution, ihre unheilige Allianz mit dem Rauschgifthandel. Südamerikas moskautreue Ideologen verurteilen den Bürgerkrieg als überholte Strategie, weil die Guerrilla meist von bürgerlichen Intellektuellen statt von Bauern und Arbeitern gebildet wird.

Kolumbiens sieben verschiedene Guerrillaverbände zählen zusammen nicht einmal 20 000 Mann. Sie verdanken ihr Überleben nicht zuletzt Betancurs Regierung. In ganz Lateinamerika lernte man, daß „Befriedungsgespräche" die Rebellion nur verlängern. Sie ermöglichen der Guerrilla, durch Verhandlungen zu erzielen, was sie mit Waffen auf Lateinamerikas Festland nirgends erreichte. Die Rückkehr des M-19 in den bewaffneten Kampf wäre sein Todesurteil, würde es nicht durch die Naivität einer Regierung gerettet, die den Niedergang der Guerrillabewegung nicht begreift.

Der strahlende Fabius beflügelt die jungen politischen Köpfe

Eine Reihe – zum Teil schon prominenter – junger Politiker drängt in die Führungspositionen der französischen Politik. Ein Name nährt ihre Karriere-Träume: Laurent Fabius (38), der am Mittwoch ein Jahr Premierminister ist. Der Glanz, der bei Staatspräsident François Mitterrand weitgehend verblaßt ist, strahlt bei seinem Protégé noch immer.

Von A. GRAF KAGENECK

Schlägt laut Helmut Kohl in Europa die Stunde der Wahrheit, so schlägt für Frankreich die Stunde der Jugend. Eine neue Politiker-Generation schickt sich an, die Hebel der Macht in die Hände zu nehmen. Die Stunde der Ablösung rückt näher. In zehn Monaten wählen die Franzosen ein neues Parlament, zwei Jahre später einen neuen Präsidenten.

Ob François Mitterrand sich noch einmal zur Wahl stellen wird, ist zur Stunde ebenso ungewiß wie seine Chance, die Wahl zu gewinnen. Auf jeden Fall muß er sich nach neuen Köpfen umsehen, denen er das Erbe übergeben kann. Und auch da hat er eher die Qual, denn eine leichte Wahl.

Frankreich kann sich glücklich schätzen, über eine Riege außerordentlich begabter Nachwuchs-Politiker in allen politischen Lagern zu verfügen. Es hat in Laurent Fabius seit einem Jahr den jüngsten Premierminister, den es sich in diesem Jahrhundert gab. Aber der Sohn eines wohlhabenden jüdischen Antiquars aus Paris ist in seiner Partei kein Einzelfall. Lionel Jospin, der erste Sekretär der „PS" (Parti Socialiste), könnte diese Aufgabe ebenso gut übernehmen. Paul Quiles, Jean-Pierre Cot, Jean-Pierre Chévenement – alle Minister oder Ex-Minister – sind ebenso brillante Köpfe. Sie haben nicht nur die Eliteschulen, sondern auch die harte Schule der Partei absolviert, jahrelang das trockene Brot der Opposition gegessen, ehe sie die lange entwickelten Modelle, oft utopischer Natur, in die Praxis umsetzen konnten.

Das müssen jetzt auch die „Jungtürken" der Gaullisten und Giscardisten tun, die ebenso ungeduldig in den Startlöchern scharren: Ihre Namen werden nach den Märzwahlen 1986 in den Überschriften aller Zeitungen zu finden sein.

Am „Drücker" aber ist zur Zeit nur einer. Und alle Augen richten sich auf ihn. Laurent Fabius ist ein Blickfang. Er sieht blendend aus, hat das Strahlende eines „Sonny Boys", das man in der Politik so selten antrifft. Er gefällt den Frauen und fasziniert Männer (und auch die Frauen) durch seine Intelligenz. Er argumentiert sachlich und leidenschaftslos, verliert nie die Ruhe, gewinnt aber meist am Ende durch die besseren Argumente.

Den Sozialisten glaubt ihm kaum jemand

Irgendwie ist er nicht griffig – er ist aalglatt; es gibt keine Ecken, an denen man ihn packen kann. Die leicht süffisante Ironie, die er bei politischen Debatten in der Kammer zur Schau trägt, scheint den Gegnern den Mund zu schließen. Fabius ist das Gegenteil eines Tribun, seine Reden sind eher farblos, zu sachlich. Er flüchtet sich nie in Phrasen. Tiefschläge gegen den politischen Widersacher, die er bei Wahlveranstaltungen oder Sonntagsreden gelegentlich führen muß, scheinen ihm ein Greuel zu sein. Man möchte ihm gerne alles glauben, nur eins nicht: Daß er ein Sozialist ist.

Aber das ist er, und zwar seit seinem 18. Lebensjahr. Wie bei vielen Söhnen aus reichem Hause ist der Flirt mit dem Sozialismus beim Studium der Politischen Wissenschaften über ihn gekommen. Aber was mancher einige Jahre später als Jugendsünde abwirft, blieb bei ihm hängen: „Mehr soziale Gerechtigkeit in Frankreich". Er hatte schnell jemanden gefunden, der für ihn diesen Kampf verkörperte: François Mitterrand.

Die Verbindung zwischen beiden Männern datiert von 1974. Damals schlug der 28jährige Fabius die Wahlschlacht für sein Idol gegen Giscard d'Estaing. Sie ging verloren, aber die gegenseitige Bewunderung blieb.

Sie ist nicht erstaunlich, denn sie beruht auf vielen Affinitäten. Beide sind Freunde der schönen Künste, meistern kultiviert das schöne Wort, glauben an das Gute im Menschen und verabscheuen Polemik um der Polemik willen. Mitterrand und Fabius verstehen sich ohne viel Worte. Fabius ist einer der ganz wenigen Politiker der linken Szene, denen der Staatspräsident und frühere Parteichef das „Du" angetragen hat.

Der überraschende Erfolg von Premierminister Fabius ist schwer zu analysieren. Er hat in den Umfragen alle Konkurrenten überflügelt und steht in der Gunst der linken Wähler zehn Punkte über seinem nur noch wenig geliebten Mentor. Man rechnet dem Regierungschef die Mißerfolge des Sozialismus offensichtlich weniger an als dem Chef des Staates. Das liegt in der Struktur der Verfassung der 5. Republik, die dem Präsidenten die volle Verantwortung für die Politik zuweist.

Im Schatten des Mächtigen im Elysée-Palast kann Fabius sich scheinbar unbekümmert sonnen. Daß die Arbeitslosigkeit nicht weniger zurückgeht als anderswo, lastet man ihm ebenso wenig an, wie die stagnierende Kaufkraft, den wieder besorgniserregenden Preisanstieg, die ständigen Entlassungen in der überalterten Stahl- und Textilindustrie.

Fabius verheimlicht den Leuten nichts und beschönigt nichts. In seiner monatlichen Fernsehplauderei mit einem Journalisten, der er den Titel „Sprechen wir über Frankreich" gab, sagt er die Dinge wie sie sind, spricht er mehr von den Blut-Schweiß-und-Tränen-Perspektiven, die sich den Franzosen bei seiner Sanierungs- und Modernisierungspolitik noch lange bieten werden, als von der „Grandeur" Frankreichs, die mancher seiner Vorgänger gerne als Trostpflaster heranzog.

Vielleicht liegt hier das Geheimnis seines Erfolges. Die Franzosen haben es satt, von ihren Politikern mit Schlagwörtern gefüttert zu werden, hinter denen sich meist Misere verbirgt.

Minister in einem „Übergangskabinett"?

Dieser Erfolg muß nicht ewig währen. Er ist sogar ziemlich sicher, trotz aller Sympathie, in einigen Monaten beendet, wenn das Volk ein neues Parlament wählt. Was kommt dann? Bleibt er Minister in einem „Übergangskabinett" bis zu den Präsidentschaftswahlen von 1988? Eine Aussicht, die er durch unmerkliches Taktieren zur Mitte hin (sehr zum Ärger seiner sozialistischen Parteigenossen) vorzubereiten scheint.

Oder kehrt er in ein Oppositions-Seminar zurück, um sich, von seinem Popularitäts-Kapital zehrend, auf eine Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten? Die Frage wird zum Teil von den Urnen beantwortet werden.



Fabius und Mitterrand: Die enge Verbindung reicht bis zum persönlichen – beim Präsidenten seltenen – „Du" FOTO: JUPP DARCHINGER

Man wird sich doch noch freuen dürfen

Wenn drei Solisten ein Trio bilden, weiß man nie so recht, was alles dabei herauskommt. Blockieren sie sich, übertrumpfen sie einander, oder trägt jede Stimme des Konsortiums modulierend zu jenem Drei- und Einklang bei, der des Bürgers Harmoniebedürfnis stillt?

Die Protagonisten des Aktuellen Sportstudios (ZDF) vom Samstagabend – Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Wimbledon-Sieger Boris Becker und Moderator Harry Valérien – haben sich, wie das Foto zeigt, für die heitere Fröhlichkeit entschieden – und gewonnen. Es ist ja nicht ungefährlich, wenn ein Staatsoberhaupt leutselig in die Arena unserer kleinen Wochenendvergnügungen herniedersteigt. Nicht zufällig hatte das Sportstudio in seiner 23jährigen Geschichte zwar viele Berühmtheiten zu Gast, doch nie einen Bundespräsidenten. Aber Weizsäcker, dem Freiherrn, bereitete es keine Mühe, aus seinem Auftritt – Spiel, Satz und Sieg! – eine sichere Sache zu machen: „Man wird sich doch noch freuen dürfen, wenn einer der unseren gewinnt." Sportler wie der junge Boris wirkten durch das Beispiel der Leistung über sich selbst hinaus.

Dank Valériens bajuwarischem „Hast net glaubt, daß des g'winnst"-Charme kam auch der 17jährige Crack gut ins Spiel, vielleicht, weil er gar nicht erst versuchte, anders als sonst zu sein. Nach den Bildern vom Jubelempfang in Beckers Heimatgemeinde Leimen kann man Weizsäckers Wunsch nur teilen: Der Junge soll so bleiben. (H. S.) FOTO: AP

Die Lust, leicht das schnelle Geld zu verdienen

Die Illustrierten und das Fernsehen (heute um 19.30 Uhr im ZDF) berichten immer wieder über die Jugend-Prostitution. Doch das Hauptaugenmerk darf sich nicht auf das Wo und Wie beschränken. Die Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Warum?

Von F. DIEDERICHS

Petra, 15 Jahre alt, blond und in die wohl unvermeidlich engen Lederhosen gezwängt, arbeitet als eine der Jüngsten im ältesten Gewerbe der Welt. Ihr Standplatz, der Berliner Nollendorfplatz, gilt als für Visitenkarten ungeeignete Adresse: rund um einen Bahnhof der Berliner Untergrundbahn nüchterne Bürohausfassaden, einige Supermärkte, eine Diskothek. Zwei ständig präsente Mannschaftswagen der Polizei – Reaktion der Behörden auf das Konfliktpotential dieses Platzes in der Berliner City. Am U-Bahneingang Drogensüchtige, die Passanten anbetteln, auf den Bänken vor dem verdreckten Bahnhof Wermutbrüder.

Hier steht Petra und steigt für 40 oder 50 Mark in jedes Auto. „Ich will raus aus Berlin, in den Westen. Einmal als Kellnerin arbeiten, in einer anderen Stadt, in einem anständigen Beruf", erzählte sie kürzlich einem der Sozialarbeiter, die ab und zu in der „Szene" der jugendlichen Prostituierten die Runde machen und Hilfe anbieten, die nur in den seltensten Fällen akzeptiert wird. Geld, Freiheit, Unabhängigkeit – der Traum der 15jährigen Petra. Träume, wie sie in den Köpfen der meisten von Berlins rund 400 minderjährigen Mädchen herumspuken, die bisher der Polizei im Zusammenhang mit Straftaten auffielen und so aktenkundig wurden.

Die Schicksale dieser Mädchen sind austauschbar, ebenso wie typische Prostituierten-Reviere wie der Nollendorfplatz oder der Bahnhof Zoo Örtlichkeiten sind, die sich in anderen deutschen Großstädten in Form des Kölner Hauptbahnhofes oder der Großen Elbstraße am Hamburger Fischmarkt finden. „Jugendprostitution", so ein Berliner Kriminalbeamter, „wird so lange ein existentes Problem sein, wie es überhaupt Prostitution gibt."

Alle bisher bekannten wissenschaftlichen Erhebungen kamen zu der Erkenntnis, daß die meisten Prostituierten in jungen Jahren zum „Anschaffen" finden – sie sind in der Regel jünger als 21 Jahre, wenn sie erste Erfahrungen auf dem „Strich" sammeln. Für viele jugendliche Prostituierte stellen Freundinnen mit einschlägiger Erfahrung das auslösende Moment dar. „Du mußt nur ans Geld denken und was du damit machen kannst", war der Ratschlag einer 18jährigen Schülerin an ihre 16jährige Freundin, die von ihr „angelernt" wurde, nachdem die 16jährige von zu Hause ausgezogen war – aber wenig später einen Ausweg aus der täglichen Geldnot suchte.

Die gesetzlichen Regelungen geben der Prostitution Jugendlicher einen Spielraum, dem betroffene Eltern, Jugendämter, Kriminalpolizei und andere Behörden hilflos gegenüberstehen. Prostitution ist in der Bundesrepublik nicht strafbar. Bei Mädchen unter 18 Jahren, die auf dem „Strich" aufgegriffen werden, stellt die Polizei lediglich die Personalien fest. Dann werden die Eltern verständigt und das Jugendamt in Kenntnis gesetzt. Stellt das Jugendamt eine „Verwahrlosung" fest, kann das Mädchen von einem Gericht in ein Jugendheim eingewiesen werden. Eltern droht in derartigen Fällen ein Ermittlungsverfahren wegen Vernachlässigung der Erziehungspflicht (Paragraph 170 d, Strafgesetzbuch).

Schließlich droht auch „Freiern", wenn sie sich mit Jugendlichen unter 16 Jahren einlassen, eine Anklage wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern. Gerade der letzte Punkt zeigt jedoch, wie schwer theoretische Vorschriften letztlich in der Praxis zu realisieren sind. Deutsche Gerichte und Ankläger stehen immer dann vor juristischen Problemen, wenn die sich prostituierenden Mädchen oder Jungen freiwillig den „Freiern" folgen und sich gleichzeitig durch optische Hilfsmittel älter machen. „15jährige Mädchen wirken in den meisten Fällen wie Frauen Anfang 20", beschreibt ein mit der Problematik vertrauter Kriminalbeamter den Alltag auf dem „Strich".

Auch der Heimunterbringung entziehen sich die meisten Jugendlichen, das lehrt ebenfalls die Praxis. Nach kurzer Zeit kehren sie an ihre Standorte zurück. Sozialarbeiter vertreten deshalb lieber die These eines freiwilligen Hilfsangebotes, obwohl auch hier die Stellen des „Jugendnotdienstes" eher um Geld, Zigaretten oder Kleidung als um seelischen Beistand angegangen werden.

Auch die Motivforschung hat bislang wenig Ansatzpunkte für eine mögliche Eindämmung der Jugendprostitution geliefert. Rauschgift, existentielle Not oder psychischer Druck durch Zuhälter spielen nur eine Nebenrolle, betrachtet man die Gründe für den Schritt in dieses Milieu. „In erster Linie steht der Wunsch nach schnellem Geld, nach Luxus und Prestigegewinn", charakterisiert ein Berliner Kriminalhauptkommissar den Antrieb der Jugendlichen.

Das soziale Umfeld dieser Kinder und Jugendlichen mag derartige Wünsche noch fördern: Bei dem Großteil der jugendlichen wie älteren Prostituierten stellten Wissenschaftler einen äußerst geringen Intelligenzgrad fest, noch heute hat in der Forschung die Erkenntnis von Karl Bonhoeffer aus dem Jahr 1903 Geltung, daß im Durchschnitt 25 Prozent der Prostituierten an sogenannter Debilität oder Idiotie leiden. 90 Prozent der Jugendlichen, die heute auf dem „Strich" angetroffen werden, besuchten lediglich die Volksschule, die häufig vorzeitig oder ohne Abschluß verlassen wurde.

Diese Perspektivlosigkeit dürfte eine ebenso große Rolle spielen wie der gerade bei weiblichen Prostituierten unter 18 Jahren vorhandene Wunsch nach besonderer Geltung. Bei einer Untersuchung stellte sich bei 70 Prozent der Befragten heraus, daß sie schon im Alter zwischen 15 und 20 wetteiferten, wer von ihnen die meisten Männerbekanntschaften habe. Gleichzeitig gesellt sich dann bei vielen Mädchen der Wunsch dazu, „so zu sein wie ältere Prostituierte, die es schon zu etwas gebracht haben", wie es eine Mitarbeiterin einer Jugendberatungsstelle beschreibt.

Oft ist es nur eine zunächst unverfängliche Situation, die jungen Frauen den Einstieg in eine „Karriere" auf dem „Strich" beschert. So wie bei zwei 15jährigen Schülerinnen aus Düsseldorf, die regelmäßig nach dem Schulbesuch Kneipen besuchten. Als sie eines Tages von zwei älteren Herren gefragt wurden, „was es denn kostet", nannten sie – mehr aus Spaß – einen Betrag von 50 Mark. Letztlich ließen sie sich dann überreden, die Herren zu begleiten – ein leichter Einstieg ins Milieu ohne das Bewußtsein, wie schwer der Weg zurück für sie sein wird.

All dies ist kein neues Phänomen: Die Prostitution Jugendlicher findet sich bereits in der antiken Historie. Selbst Kinder im Alter von sechs Jahren, so berichtet eine kriminalwissenschaftliche Studie des Juristen Bargon, seien im alten Rom bereits der Prostitution zugeführt worden.

Zeitweise sorgten Überlegungen römischer Regenten wie des Kaisers Justinian dafür, daß sich die eher liberale Einstellung zur Sexualität umkehrte: Justinian ließ Kontakte mit Kindern zeitweise durch Enthaupten bestrafen, führte diese Konsequenz jedoch selbst ad absurdum, indem er die Tochter einer Prostituierten heiratete, die sich noch im Kindesalter befand.

Am treffendsten charakterisierte wohl Thomas von Aquin den Problemkreis der Prostitution: „Die Prostitution gehört zur Gesellschaft wie die Kloake zum herrlichsten Palast", philosophierte er, „die Prostitution gleicht der Kloake des Palastes: Wenn sie beseitigt wird, wird der Palast ein unreiner, stinkender Ort."

Scharfe Kritik an Krefelder Initiative

WERNER KAHL, Bonn

Der Hamburger Gesundheitspolitiker Hans-Günther Middelhauve hat die „Krefelder Initiative", die 1980 gegen die Nachrüstung der Bundesrepublik Deutschland gebildet worden war, verlassen. „Grundsätzliche Differenzen wegen der in der Initiative mehrheitlich vertretenen friedenspolitischen Linie" hätten ihn zu diesem Schritt veranlaßt, sagte der 65 Jahre alte Arzt in einem Gespräch mit der WELT. Nach seiner Entscheidung wurde der Name des Mediziners, der für dezidierte Abrüstung in West und Ost plädierte, ohne Angabe von Gründen aus dem repräsentativen Kreis der Initiativ-Träger entfernt.

„In weiten Teilen für falsch und in ihren Zielen für verhängnisvoll" hält Middelhauve die Politik, wie sie unter anderem von dem Mitbegründer der Krefelder Initiative, Josef Weber, einem Direktoriumsmitglied der der DKP nahestehenden „Deutschen Friedens-Union" (DFU) vertreten werde. Das teilte der Arzt nach seinem Entschluß, nicht mehr in der Initiative mitzuarbeiten, in einem Schreiben an Weber mit. Eine Antwort habe er nicht erhalten, allerdings auch nicht erwartet, sagte Middelhauve. Nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition war er noch vor seinem Austritt aus der Hamburger FDP mit einem Aufruf verstärkt gegen die von ihm für menschenfeindlich erachtete Rüstung aktiv geworden. Daraufhin war an ihn seitens der „Krefelder Initiative" die Aufforderung ergangen, künftig dort mitzuwirken.

Für seine Ablehnung jeder Form der Rüstung in West und Ost habe er jedoch in der „Krefelder Initiative" keine Mehrheit gefunden, sagte Middelhauve. Am „massivsten" sei seine These, daß „die Bedrohung des Friedens auch durch das vorhandene Waffenpotential des Ostens" latent sei, umstritten gewesen.

Bei der Beratung über einen Aufruf zum 8. Mai 1985 bestand Middelhauve nach seinen Worten darauf, daß die Erklärung den Hinweis enthält, „auch von der Rüstung des Ostens" gehe „Gefahr" aus. „Ich habe auch dafür keine Mehrheit gefunden", sagte er jetzt der WELT.

Der 77jährige Leninpreisträger Josef Weber habe zwar moderat, aber entschlossen entsprechende Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsvorschläge mitverhindert, erklärte Middelhauve weiter. Der Arzt verwies auf die These der sozialistischen Staaten, „Der Friede muß bewaffnet sein" und blieb in den Beratungen der „Krefelder Initiative" dabei, „nur Erklärungen, die die Gefahr jeglicher Rüstung, auch die des Ostens, deutlich machen, mitzutragen".

Vor Middelhauve hatte sich außer dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Bastian auch bereits der SPD-Politiker Erhard Eppler von der Initiative und dem damit verbundenen „Krefelder Appell" distanziert. Auf die Frage des für die DKP-Tarnorganisation DFU-Funktionärs Josef Weber, warum Eppler und einige andere SPD-Politiker den Appell, der bei allen Kundgebungen und Veranstaltungen der „Friedensbewegung" auslag, nicht unterschreibe, antwortete Eppler, er möchte „der einen Weltmacht ein klares Nein entgegensetzen und dies geht nicht zusammen mit Leuten, die der anderen Weltmacht noch nie ein Nein zu sagen wagten und es auch künftig nicht wagen dürften".

Dr. h.c. Strauß bedankte sich in fließendem Latein

PETER SCHMALZ, München

Aus dem Anlaß, der Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß nach sechs amerikanischen nun auch den ersten deutschen Doktortitel bescherte, machte Professor Wulf Steinemann als Präsident der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität keinen Hehl: Mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde wolle die Alma mater einen ihrer bedeutendsten Absolventen zum 70. Geburtstag die ihm gebürende Ehre erweisen. „Honi soit qui mal y pense" (ein Schelm, der Böses dabei denkt), fügte der Professor bei der Verleihung am Samstag lächelnd hinzu.

Doch den Grund, weshalb die Universität, an der Strauß als hochbegabter Maximilianeumstipendiat Geschichte, klassische Sprachen, Volkswirtschaft und Jura studiert und sich mit dem zweiten Staatsexamen für den höheren Schuldienst qualifiziert hatte, dem Politiker Grad und Würde eines „doctor rerum politicarum honoris causa" verlieh, formulierte Professor Heinz Laufer als Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät in seiner Laudatio in einem Satz: „Ihr umfangreiches Schrifttum belegt, daß Sie sich kontinuierlich mit den Lehr- und Forschungsgegenständen der politischen Wissenschaft befassen, methodisch anders als der Professionelle, in ihrem jeweilen Erfahrungsbereich mindestens genauso ergiebig, wenn nicht ergiebiger."

Und in der Urkunde werden neben anderem seine „gründlichen Analysen und kritischen Urteile zur Genesis und Zwecksetzung des modernen Föderalismus, zur Struktur und Funktionsweise, zu Defiziten und Reformerfordernissen des deutschen Bundesstaates, über Wege und Irrwege des politischen Einigungsprozesses in Europa" wie zur „Konstanz und zum Wandel politischer Grundwerte hervorgehoben".

Der Ministerpräsident zeigte sich von der Feierstunde in der Großen Aula der Universität sichtlich ergriffen, bedankte sich in fließendem Latein und bezeichnete den Tag als „einen der schönsten in seinem Leben in der schönsten Stadt der Welt".

Mit 70 Manuskriptseiten dokumentierte der „frischgebackene Doktor" (Strauß über Strauß) die Berechtigung der neuen Würde. An eine Münchner Ringvorlesung zum Thema „Der Weg der Bundesrepublik Deutschland" anschließend, untersuchte Strauß die „Finanzpolitik im Bundesstaat, dargestellt an der Finanzreform von 1969 und ihren Auswirkungen". Bevor er aber zum Kern seiner Überlegungen vorzudringen gewillt war, konnte er sich einen kleinen Seitenhieb nicht verkneifen, dessen Adressat er nicht nannte, der aber nach der Reaktion des Auditoriums zu schließen ohnehin erkannt wurde: Der Politiker sollte nicht auf den Rat des Wissenschaftlers und nicht auf grundlegende theoretische Erkenntnisse verzichten, „wenn er sich nicht in der Vielfalt der Tagesaufgaben verzetteln oder freiwillig zum Spielball der Demoskopen werden will".

Der Aufsatz selbst gibt trefflichen Stoff für Seminararbeiten angehender Politologen. Die Quintessenz: lebendiger Föderalismus ist nur bei originären Aufgaben und Finanzquellen der Länder möglich, die Gemeinschaftsaufgaben brachten aber dem Bund ein zu hohes Maß an Einwirkungsmöglichkeiten in die Länderhoheit und mußten und müssen daher so weit als machbar zurückgeschraubt werden.

An diese Erkenntnis knüpfte Strauß Gedanken zur Zukunft des Vereinten Europas. „Das historische Grundmodell für die Einigung der deutschen Stämme und Länder ist auch das einzig realistische Grundmodell für die Einigung der Völker und Staaten Europas." Oder anders gesagt: „Eine ‚Europäische Union' kann nach meiner politischen Grundüberzeugung nur als Staatenbund oder Bundesstaat, niemals aber als Zentralstaat zustande kommen." In dieser künftigen Union werde die „föderale Ausgestaltung der Finanzverfassung das Herzstück der rechtlichen und politischen Ordnung sein".

Dem vorliegenden europäischen Vertragsentwurf erteilte Strauß eine deutliche Absage. Hier werde in einem „europapolitischen Überschwang eine umfassende Ausweitung der Kompetenzen der Union" geplant, die den Mitgliedsstaaten „kaum noch einen Bereich beläßt, der nicht mehr oder minder in die Zuständigkeit der Union fallen soll".

Die Opposition spricht von „faulen Ausreden" Dohnanyis

Von HERBERT SCHÜTTE

Understatement gehört zu den in Hamburg besonders kultivierten Eigenschaften. Doch Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) meinte es ganz ernst, als er am Wochenende nach Abschluß der senatsinternen Etatberatungen verkündete: „Gemessen an dem Standard anderer Großstädte erreichen die Hamburger Aufwendungen für wichtige öffentliche Aufgaben nur 80 Prozent". Den Regierungschef der früher reichsten Region der EG wurmt die Rolle für andere Bundesländer. „Ironischerweise tragen wir immer noch erheblich zur Finanzierung der anderen Länder bei", klagte Dohnanyi. Im Etatentwurf 1986 sind dafür rund 275 Millionen Mark vorgesehen.

Daß das prosperierende Bayern von der wirtschaftlich geschwächten Hansestadt finanziell gefördert wird, ärgert den Bürgermeister ganz besonders: „In den letzten zehn Jahren hat Hamburg, so rechnete Dohnanyi vor, in den Länderfinanzausgleich 5,2 Milliarden eingezahlt, Bayern hingegen aus dem „Länder-Topf" 2,7 Milliarden Mark entnommen. Die Hansestadt erwägt daher, der von bisher fünf Bundesländern in Karlsruhe angestrengten Klage über die Verfassungsmäßigkeit des Länderfinanzausgleichs beizutreten. Erst kürzlich hatte sich das Saarland der Klage angeschlossen, nachdem Oskar Lafontaine die Regierung übernommen hatte. Hamburg will – so kündigte Finanzsenator Horst Gobrecht an – die voraussichtlich im Oktober beginnende mündliche Verhandlungen abwarten und sich dann möglicherweise „einklinken".

Bei allem Jammer über die „Ausbeutung durch die Bundesrepublik" über die – wie Dohnanyi am Wochenende noch einmal beklagte – „unerträgliche Benachteiligung für die Bürger unserer Stadt" – gewann der Finanzsenator und ehemalige Steuerberater Gobrecht dem neuen Etat auch eine positive Seite ab. „Nicht Trauer tragen, sondern Kreativität ist angezeigt", sagte er. Der Verwaltung des Stadtstaates, die seit zwei Jahren unter einem strengen Sparkurs steht, dürfte Kreativität allerdings schwerfallen. Der Personalbestand wird – wie im laufenden Jahr – auch 1986

Landesbericht Hamburg

um 1,5 Prozent verringert, und das Investitionsvolumen um 143 Millionen auf 1,6 Milliarden Mark gesenkt.

Mit dem Rückgang der Investitionen – so kritisiert die CDU – werde die Zahl der Arbeitslosen nicht verringert, sondern weiter in die Höhe getrieben. Die Schuldzuweisung auf den Länderfinanzausgleich hält der Finanzsprecher der Union, Ralf Mairose, „schlicht für eine faule Ausrede", die auch durch das „gebetsmühlenhafte Wiederholen" nicht an Wahrheitsgehalt gewinne. Auch die Freien Demokraten sehen die Attakken Dohnanyis gegen den Länderfinanzausgleich als ein Ablenkungsmanöver an. „Über den verbesserten Einwohnerschlüssel (die Hanseatenklausel) erhält Hamburg als Gemeinde mehrfach das, was es als Land in den Ausgleich zahlt", erklärte FDP-Sprecher Wilhelm Rahlfs.

Hamburg als Land und als Gemeinde – diese Doppelfunktion macht sich vor allem in der Bürde der Sozialhilfe bemerkbar. 974 Millionen Mark mußte der Senat für diesen Posten einsetzen, fast 90 Millionen Mark mehr als im laufenden Jahr, fast doppelt soviel wie 1980. Alleine für die Asylbewerber bringt die Hansestadt in diesem Jahr 40-50 Millionen Mark auf. CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau hat allen Grund, wenn er für Anfang der neunziger Jahre prognostiziert, daß dann Personalkosten, Schuldendienst und Sozialhilfe den gesamten Etat der Hansestadt verzehren und damit der Spielraum für Investitionen auf Null reduziert sein wird.

Es sieht also düster aus für den Einlauf in die Zielgrade dieser Legislatur, für den Etat eines Wahljahres. Doch Dohnanyi versucht aus der nackten Not die Tugend des Verzichts auf Popularitätshascherei zu machen, wenn er verspricht: „Es gibt keine Wahlgeschenke". – Zunächst gingen Hamburgs Regierende am Wochenende in die Sommerferien in dem Bewußtsein, sich auf einen „Haushalt der Selbstbehauptung" (Dohnanyi), gleichsam als einer selbst auferlegten Askese als Leitlinie für 1986 geeinigt zu haben. „Wir stützen uns auf unsere eigene Kraft", beschrieb der Bürgermeister der WELT die Philosophie, von der sich der Senat leiten läßt. Doch er fügte hinzu: „Wir suchen so viele Partner wie möglich, Partner bei den Ländern wie auch die Partnerschaft mit dem Bund".

Kreml gibt der „DDR" Schützenhilfe

dpa/DW. Moskau

Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" hat die „DDR"-Forderung nach einer eigenen Staatsbürgerschaft ausdrücklich unterstützt und Bonn vorgeworfen, mit dem Begriff einer „deutschen Staatsbürgerschaft" den politischen und territorialen Status „demonstrativ" in Frage zu stellen, „der von den Völkern der Anti-Hitler-Koalition im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren erkämpft wurde und der schon seit mehr als 40 Jahren den Frieden in Europa gewährleistet". Die Schützenhilfe Moskaus für Ost-Berlin kam nur wenige Tage, nachdem die sowjetische Führung die „DDR" aufgefordert hatte, sich aktiver, beredter und konsequenter an der „Revanchismus"-Kampagne des Ostblocks gegen Bonn zu beteiligen. Beide Länder verfolgten heute ihre „Außen- und Innenpolitik gemeinsam", hatte eine Fachpublikation, die dem Moskauer Außenministerium nahesteht, die „DDR"-Führung gemahnt (WELT v. 10.7.).

Wie die „Iswestija" schrieb, sei eine „spürbare Belebung" des Anspruchs Bonns auf die Alleinvertretung „aller Deutschen" zu verzeichnen. Die Bonner Behörden „erkennen die DDR-Staatsbürgerschaft nicht an, behandeln DDR-Staatsbürger wie ihre eigenen und versuchen, die westdeutsche Gesetzgebung auf das Territorium der DDR auszuweiten". Damit solle bewiesen werden, daß die „Bevölkerung der DDR keine eigene, sondern eine ‚gewisse deutsche Staatsangehörigkeit' besitzt und die DDR für die BRD ‚kein Ausland' ist". Die Regierungszeitung warf Bonn vor, „revanchistischen Vereinigungen" nicht nur eine breite politische Unterstützung zu geben, sondern auch ihre Tätigkeit zu finanzieren.

In Bonn stütze man sich darauf, daß der 1972 abgeschlossene deutsch-deutsche Vertrag „nicht die Fragen der Staatsbürgerschaft regelt und daß die BRD-Regierung dies bei Vertragsabschluß erklärt hat". Aber mit diesem Vertrag, so die „Iswestija", habe Bonn die Souveränität der „DDR" in „äußeren und inneren Angelegenheiten" anerkannt.

Zwei Priester in der CSSR ermordet?

DW. Bonn

Eine Liste mit Namen von 120 ermordeten oder verfolgten Katholiken aus der CSSR veröffentlicht die italienische katholische Zeitschrift „Prospective Nel Mondo". Die Liste, die nach Angaben der Zeitschrift auf geheimem Wege nach Italien gelangte, wird angeführt von zwei katholischen Geistlichen, Premsyl Coufal und Pavel Sranda. Sie sollen von der Geheimpolizei ermordet worden sein, die ihrerseits freilich von Selbstmord spricht, heißt es. Seit langem werden von kirchlichen Osteuropa-Experten Parallelen zwischen dem Verhalten des polnischen Sicherheitsdienstes und des tschechoslowakischen Geheimdienstes beim Kampf gegen die Kirche gezogen.

In der CSSR fällt es den Polizeibehörden leichter, gegen Priester vorzugehen, weil der Staat bestimmt, wer sich kirchlich betätigen darf. In den vergangenen Wochen kamen aus der Tschechoslowakei immer wieder Meldungen über Verhaftungen unter den Franziskanermönchen. Die Gläubigen im Westen wurden aufgefordert, gegen den verschärften Druck auf Priester und Ordensgemeinschaften zu protestieren. Offiziell, so die von Staats- und Parteichef Husak immer wieder angeführte These, herrscht in der CSSR „Religionsfreiheit".

Sonnenschein: Gütliche Einigung zeichnet sich ab

Bei wirksamer Sanierung Produktion weiter möglich

F. DIEDERICHS, Berlin

Im Rechtsstreit um die umstrittene Berliner Akkumulatorenfabrik „Sonnenschein", die im Besitz der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) ist, zeichnet sich fünf Tage vor dem Urteilsspruch des Berliner Oberverwaltungsgerichts ein Vergleich ab, dem alle beteiligten Parteien zumindest wohlwollend gegenüberstehen. Nach einem Ortstermin am vergangenen Freitag hatte der zweite Senat des Berliner Oberverwaltungsgerichts unter dem Vorsitzenden Richter Professor Albrecht Grundei einen zehn Punkte umfassenden Vorschlag zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreites um die weitere Fortführung der Batterieproduktion im Berliner Bezirk Tempelhof vorgelegt, der bei einer Einigung auch den Fortbestand der 250 Arbeitsplätze von „Sonnenschein" garantieren würde.

Der Vergleichsvorschlag sieht vor, daß bei einer schnellen und wirksamen Sanierung des Firmengeländes und der wegen zu hoher Bleistaubemissionen kritisierten Betriebsanlage bis Jahresende die Produktion ohne Stopp weiterlaufen kann. Vertreter des Werkes, der Berliner Senatsverwaltung für Umweltschutz sowie der Kläger – vier Anwohner des Batteriewerkes hatten mit einem Antrag auf Schließung des Betriebs den Rechtsstreit ins Rollen gebracht – sollen sich morgen in einer mündlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht zu dem Vergleichsvorschlag äußern. Alle Parteien bezeichneten den Vorschlag bisher als „annehmbar".

Der Kompromißvorschlag des Gerichts enthält nicht nur scharfe Auflagen für die Firma, sondern macht gleichzeitig in besonderem Maße das Versagen der zuständigen Senatsverwaltung für Umweltschutz deutlich, der als politischer Verantwortlicher der Berliner FDP-Senator Horst Vetter vorsteht. Der Vorsitzende Richter Albrecht Grundei, der als ausgesprochener Experte auf dem Gebiet umweltrechtlicher Fragen gilt, fordert in dem Vergleichsvorschlag die Umweltbehörde ausdrücklich auf, „besonders darauf bedacht zu sein, die Zuverlässigkeit des Betreibers laufend zu prüfen und bei festgestellter umweltbezogener Unzuverlässigkeit gegebenenfalls den weiteren Betrieb zu untersagen". Darüber hinaus hält das Gericht Luftbleimessungen sowie Staubniederschlagsmessungen für erforderlich, die auch zu veröffentlichen seien. Alle Betriebsanlagen und Vorgänge auf dem Firmengelände sollten von der Umweltbehörde sofort auf tatsächliche und mögliche Gesundheitsgefährdung untersucht werden.

Schröder warnt die Partei vor vorschneller Euphorie

SPD-Kongreß Niedersachsen: Auf eigene Kraft vertrauen

dpa, Hannover

Der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD für die Landtagswahl 1986, Gerhard Schröder, und der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns haben ihre Partei zu solidarischem Umgang miteinander und Selbstvertrauen aufgerufen. Auf einem SPD-Kongreß „Zukunft Niedersachsen" sagten Schröder und Bruns am Sonnabend in Hannover, die Stärke der Partei liege in ihr selbst und in ihrer Geschichte. Schröder warnte seine Partei, sich von jüngsten Umfrageergebnissen „besoffen machen zu lassen". Man müsse nüchtern zuhören und überlegen, „ob diese Zahlen mit dem wirklichen Leben zu tun haben".

In keinem anderen Bundesland sei die Wirtschaft derartig gebeutelt worden wie in Niedersachsen, erklärte Schröder. Den Anstieg der Arbeitslosigkeit bezeichnete er als dramatisch. Jeden Tag verlören fast einhundert Menschen ihren Arbeitsplatz. „Ernst Albrecht und Birgit Breuel gehen davon aus, daß das, was gut ist für Banken und Konzerne auch gut ist für Niedersachsen", sagte der SPD-Politiker. Das Land könne sich eine derartige Wirtschaftspolitik „rechter Ideologen" nicht mehr leisten.

Bruns unterstrich, die SPD habe keinen Wunschpartner „und schon gar nicht diese grüne Mischung aus Chaos und Idylle". Die Partei müsse auf ihre eigene Kraft vertrauen und werde die Wahl in einem Jahr gewinnen, wenn sie deutlich mache, daß die Konservativen nicht die Möglichkeiten von Staat und Politik nutzten, um die Krise zu überwinden. „Sie nutzen die Krise, um die Erfolge des Sozialstaates zu überwinden", sagte Bruns.

Senat wußte von „Anti-Terror-Aktion"

DW. Berlin

Der Berliner Senat war nach Angaben seines Sprechers Winfried Fest über die versuchte Einreise eines Terroristen-Kommandos nach West-Berlin „in groben Zügen unterrichtet". Der Vorfall, der etwa vier Wochen zurückliege, biete jedoch keinen Anlaß für weitere Informationen, betonte der Senatssprecher gestern. Unterdessen hat auch das amerikanische Außenministerium Berichte über Festnahmen eines zweiköpfigen arabischen Terrorkommandos auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld bestätigt, das die Entführung eines US-Verkehrsflugzeugs aus West-Berlin plante (WELT v. 13.7.).

Ein Sprecher der Washingtoner Behörde wollte jedoch zunächst nicht sagen, ob die Aktion bereits ein Resultat der Gespräche zwischen den USA, der Sowjetunion und der „DDR" über gemeinsame Terrorbekämpfung sei. „Wenn das dabei herausgekommen ist, würde uns das sehr freuen", sagte er lediglich.

Auch Regierungssprecher Friedhelm Ost nannte das Abfangen der arabischen Terroristen „ein positives Zeichen". Wie Ost in einem heute veröffentlichten Interview der „Bild"-Zeitung sagte, „würde es die Bundesregierung begrüßen, wenn es im Kampf gegen den internationalen Terrorismus tatsächlich zu einer Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in West und Ost käme".

Gorbatschow und Honecker 1986 nach Bonn?

DW. Bonn

Die „Bild"-Zeitung berichtet in ihrer heutigen Ausgabe, sie habe aus dem Kanzleramt erfahren, daß der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow wahrscheinlich im Frühjahr 1986 die Bundesrepublik besuchen wird. Wenig später werde auch der „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker kommen. Das Blatt zitiert einen Vertrauten des Bundeskanzlers Helmut Kohl mit den Worten: „Nach dem Gorbatschow-Besuch wird der Honecker-Reise nichts mehr im Wege stehen." Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte dazu auf Anfrage von „Bild": „Ich kann das weder bestätigen noch dementieren. Die Einladung an Herrn Honecker besteht fort. Er ist jederzeit willkommen."

Sondergesetz für Auswärtigen Dienst?

AP, Düsseldorf

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will den Auswärtigen Dienst durch ein Sondergesetz in die Lage versetzen, seine gewachsenen Aufgaben vor allem im wirtschaftlichen Bereich besser zu erfüllen. Der Minister möchte durch dieses Gesetz die Zahl der Stellen im Auswärtigen Dienst in einem über mehrere Jahre laufenden Programm erhöhen. In der jetzigen Stärke sei der Dienst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Genscher hält es für unausweichlich, daß sich die Diplomaten der wirtschaftlichen Probleme noch intensiver annehmen.

Ein Europa ohne Binnengrenzen ist keine Utopie mehr

Von WALDEMAR SCHRECKENBERGER

Die Sommerreisezeit hat wieder begonnen. Millionen von Menschen überqueren die europäischen Grenzen. Die Grenzen in Europa werden auf diese Weise für viele zu einem Gegenstand anschaulicher Erfahrung: Noch immer sind Grenzbäume sichtbar und Kontrollen durch Grenzbeamte nicht völlig verschwunden. Doch vieles ist leichter geworden. Dies gilt vor allem seit dem Tag, als Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand auf dem Europäischen Gipfel in Fontainebleau im Juni des letzten Jahres öffentlich verkündeten, daß sie sich für einen raschen Abbau der Grenzkontrollen in Europa einsetzen werden. Sie beriefen zu diesem Zweck persönliche Beauftragte.

Noch vor der Sommerreisezeit war es zur allgemeinen Überraschung im letzten Jahr gelungen, völkerrechtlich wirksame Vereinbarungen mit Frankreich und Österreich, das nicht der Europäischen Gemeinschaft, sondern der Europäischen Freihandelszone angehört, abzuschließen. Binnen eines Jahres haben die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Beneluxstaaten darüber hinausgehende Grenzabkommen abgeschlossen, die noch vor der Sommerreisezeit in diesem Jahr in Kraft getreten sind.

Expertengespräche haben inzwischen auch mit der Schweiz begonnen, mit Dänemark sind sie geplant. Schließlich haben diese Vereinbarungen ein entsprechendes Grenzabkommen zwischen Österreich und Italien angeregt.

Schwerpunkte der Abkommen sind die Beschränkung der Grenzkontrolle auf Stichproben außerhalb der Fahrspur, die Einrichtung gemeinsamer Kontrollpunkte, die Vereinbarung über eine verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und, soweit die Vertragspartner EG-Staaten sind, die Verpflichtung, unterschiedliche nationale Vorschriften, welche die Arbeit der Sicherheitskräfte erschweren können oder Grenzkontrollen notwendig machen, zu harmonisieren. Dazu gehören beispielsweise das Betäubungsmittelrecht, das polizeiliche Melderecht, die Angleichung der Sichtvermerkpraxis oder im fiskalischen Bereich das Verbrauchs- und das Umsatzsteuerrecht. Die unterschiedlichen Steuersätze sind ein besonderes Hindernis für den grenzüberschreitenden Verkehr.

Die Grenzen sind aber mehr als bloße ökonomische Schranken. Sie dokumentieren zugleich nachdrücklich den abwehrenden Charakter der staatlichen Herrschaftsgewalt. Solche Grenzen passen eher in eine Welt der Nationalstaaten, welche die Identität der Völker vor allem in der Abgrenzung suchte. Sie passen nicht in ein politisch zusammenwachsendes Europa. Es ist ermutigend, daß viele Europäer den Widerspruch zwischen der Forderung nach einer politischen Integration Europas und einer nationalstaatlich geprägten Grenzpraxis verspüren. Genau dies ist der Punkt, an dem die Grenzvereinbarungen ansetzen. Es geht ihnen nicht nur um technische Grenzerleichterungen, sondern sie setzen deutliche Zeichen für den politischen Willen der Regierungen, alle Grenzhindernisse an den



Professor Waldemar Schreckenberger koordiniert im Kanzleramt Europa- und Medienpolitik.
FOTO: SVEN SIMON

europäischen Binnengrenzen schrittweise abzubauen und Kontrollen an die europäischen Außengrenzen zu verlagern.

Die Vereinbarungen überschreiten den Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, indem sie Elemente einer politischen Union einbeziehen. Sie zielen auf eine allgemeine Freizügigkeit in Europa, die den europäischen Gemeinsinn fördert und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärkt. Gemessen an diesen hohen Zielen mögen die bisherigen Erfolge bescheiden erscheinen, gemessen an den Schwierigkeiten, unterschiedliche Rechtsordnungen und Wirtschaftsstrukturen zu integrieren, sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Die erste große Entscheidung war die Aufhebung der Binnenzölle im Jahre 1968; es folgte eine Reihe von Erleichterungen für den Reiseverkehr, den grenzüberschreitenden Warenverkehr, insbesondere die mehrfach angehobenen steuerlichen Freimengen und Freigrenzen, zuletzt auf dem Mailänder Gipfel im Juni 1985; dazu kamen Erleichterungen im Güterkraftverkehr, die Beseitigung von technischen Handelshemmnissen und Liberalisierungen für das Berufsleben.

Auch nach dem Abschluß der Grenzabkommen wird häufig beklagt, daß Grenzbeamte zu oft und zu intensiv kontrollierten. Die Durchsetzung der Grenzabkommen ist in der Tat nicht problemlos. Man muß aber berücksichtigen, daß wir von den Grenzbeamten, insbesondere der Nachbarländer, eine Abkehr von einer seit Generationen eingeübten Berufspraxis verlangen. Zöllner sind stolz darauf, daß ihr Beruf biblisch bezeugt ist. Insgesamt gesehen haben Zöllner und Grenzpolizisten die Neuregelungen aber positiv aufgenommen. Der von ihnen befürchtete Personalabbau fand nicht statt, da das Tätigkeitsfeld nicht kleiner wurde, sondern sich veränderte und teilweise höhere Anforderungen als bisher brachte.

Die Abkommen fordern auch die verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte, vor allem bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und des Terrorismus. Die Staatsgrenzen sind nach wie vor ein wichtiges Element unserer Sicherheit. Es kann nicht ersatzlos entfallen. Wer mehr Freizügigkeit will, muß auch die Verstärkung der grenzüberschreitenden Arbeit der Polizei akzeptieren. Diese Zusammenarbeit ist die angemessene Antwort auf die sich international ausweitenden kriminellen Verbindungen. Es genügt nicht, Polizeivorschriften, Regelungen des internationalen Rechtshilfeverkehrs, des Ausländerrechts oder des Paßrechts zu vereinheitlichen oder aneinander anzupassen. Nicht minder wichtig ist die praktische Zusammenarbeit. Die Abkommen haben hierfür eine die Ressortgrenzen überschreitende Grundlage geschaffen. Laufende Erfahrungsberichte und Kontrollbesuche durch Regierungsvertreter sowie eine breite Unterrichtung der Bevölkerung sollen zur weiteren Verbesserung der Grenzsituation beitragen.

Auch ist es wichtig, daß die Bevölkerung „ihre Grenzerfahrung" den Behörden mitteilt. Die bisherige Sicherheitslage konnte im wesentlichen gewahrt werden; an einigen Grenzabschnitten gelang es sogar, die polizeilichen Aufgriffe, vor allem im Bereich der schwereren Kriminalität, zu steigern. Die Grenzöffnungen begünstigen die Bestrebungen der Bundesregierung, die Probleme der inneren Sicherheit und der Verbrechensbekämpfung als eine gemeinschaftliche europäische Aufgabe zu begreifen.

Die Bundesregierung hat den Weg bilateraler Vereinbarungen beschritten, um Gemeinschaftsregelungen zu erleichtern und den europäischen Fortgang zu beschleunigen. Ein Europa ohne Binnengrenzen ist heute mehr als eine politische Perspektive.

Prominente Gäste bei „Germany Today"

DW. Bonn

An dem von der Universität Bonn veranstalteten Kurs „Germany Today" haben 30 amerikanische Hochschullehrer und Politiker teilgenommen. Unter ihnen befanden sich der frühere Botschafter in Spanien und Chile, Ryan, der Stabschef des Gouverneurs von Minnesota, Montgomery, der frühere Vizeadmiral und jetzige Rechtsprofessor Benitez. Während des zweiwöchigen Kurses unter Leitung des Bonner Historikers Professor Ulrich Feldenkirchen hörten die Gäste Vorträge der Bundesminister Wörner und Schwarz-Schilling, des Berliner Senators Kewenig und des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Tietmeyer. Referate hielten auch der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Benda, Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger, der Präsident des Bundeskartellamtes, Wolfgang Kartte sowie die Parteipolitiker Kiep (CDU), Glotz (SPD), Haussmann (FDP) und Müller (Grüne).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ablösung von Sowjetgeneralen heruntergespielt

F. D. Berlin

Entgegen der bisher üblichen Praxis, personelle Veränderungen an der Spitze der in der „DDR" stationierten sowjetischen Truppen ausführlich in Wort und Bild zu würdigen, sind die Tageszeitungen Ost-Berlins am Wochenende nicht auf die überraschende Ablösung des sowjetischen Armeegenerals Michail Saizew und des Chefs der politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Truppen in der „DDR", General Alexej Lisitschew, eingegangen. Lediglich die amtliche Nachrichtenagentur ADN hat in einer kurzen Meldung den Wechsel vermerkt und von einem Empfang des Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker für die beiden Militärs berichtet, die einen der wichtigsten strategischen Außenposten Moskaus innehatten.

Sowohl die fehlende Berichterstattung wie auch die Überraschung westalliierter Militärexperten über die plötzliche Ablösung lassen den Schluß zu, daß offenbar erhebliche Differenzen zwischen Ost-Berlin und den sowjetischen Militärs vorgelegen haben müssen. Die Ablösung erfolgte so schnell, daß ADN über die Nachfolger der Generale noch keine Angaben machen konnte. Saizew befehligte seit Dezember 1980 die rund 400 000 sowjetischen Soldaten in der „DDR".

Luftwaffenoffiziere tödlich verunglückt

AFP, Moskau

Ein General und ein Oberst der sowjetischen Luftwaffe sind „im Diensteinsatz" ums Leben gekommen, meldete die sowjetische Armeezeitung „Roter Stern". Sie erwähnte, daß General Alexej Sidorow zuletzt „stellvertretender Befehlshaber der Luftwaffe innerhalb der Marineeinheiten der Etappe" war. In diplomatischen Kreisen Moskaus wurde vermutet, daß General Sidorow und Oberst Viktor Kokorew bei den Vorbereitungen für die Manöver ums Leben kamen, die vom 15. bis 21. Juli in der Militärregion Kaukasus stattfinden. Zu den Übungen, an denen rund 25 000 Mann teilnehmen, hat Moskau Beobachter aus 14 Ländern – so aus Italien, Griechenland, der Türkei, Zypern, Spanien und Portugal – eingeladen.

Politbüro kritisiert lasche Ministerien

dpa, Moskau

Das sowjetische Politbüro hat auf seiner jüngsten Sitzung Kritik daran geübt, daß nicht alle Zweige der Volkswirtschaft das notwendige Tempo eingeschlagen hätten, das die „unbedingte Erfüllung" der gestellten Planaufgaben gewährleistet. So hätten die Ministerien für Ölindustrie, Eisenmetallurgie, die Düngemittelindustrie, für Baumaterialien, für die Holz- und Papierindustrie sowie andere Ressorts die Planaufgaben nicht erfüllt.

Nach Darstellung des Parteiorgans „Prawda" stellte das Politbüro fest, daß die an dem noch unter Andropow begonnenen Wirtschaftsexperiment beteiligten Ministerien und Betriebe die Planaufgaben 1984 übererfüllt hätten. Dies sei ohne zusätzliche Arbeitskräfte und in einigen Fällen sogar mit einem verringerten Personalbestand möglich gewesen. Bei diesem Experiment, dessen Erfahrungen im neuen Fünfjahresplan (1986 bis 1990) berücksichtigt werden sollen, wurden den Leitern von Betrieben und Produktionskombinaten eine größere Selbständigkeit bei Entscheidungen, aber auch mehr Verantwortung gegeben.

Regierungskrise knapp vermieden

dpa, Brüssel

Mit einem Vertrauensvotum für die Mitte-Rechts-Regierung, das von der sozialistischen Opposition boykottiert wurde, hat das belgische Parlament in Brüssel am Wochenende eine ernste Regierungskrise nur knapp vermieden. In ihrem Mittelpunkt stand Innenminister Charles-Ferdinand Nothomb, dessen Rücktritt von der Opposition und von Liberalen verlangt wurde, da er die politische Verantwortung für das Fußballdrama am 29. Mai in Brüssel trage. Über einen Antrag der Opposition auf Rücktritt des Ministers wurde jedoch im Parlament nicht abgestimmt, nachdem es in zähen Verhandlungen hinter den Kulissen offenbar gelungen war, die liberalen Kollegen umzustimmen.

Bei den blutigen Auseinandersetzungen zwischen britischen und italienischen Fußballfans waren vor Beginn eines Fußballpokal-Endspiels 38 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 400 zum Teil schwer verletzt worden. Im Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über das Fußballdrama waren der Innenminister, der Bürgermeister von Brüssel, die Organisatoren des Spiels, die Stadtpolizei und vor allem die Gendarmerie heftig kritisiert worden.

Gegen Terrorismus und Drogen

Asean, EG und Pazifik-Länder für gemeinsames Vorgehen / Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebt

CHRISTEL PILZ, Kuala Lumpur

Drei Tage lang haben die Außenminister der Asean mit ihren fünf großen Wirtschaftspartnern des Pazifik und der EG über Themen diskutiert, die den Frieden und den Wiederaufschwung der Weltwirtschaft gefährden, von der Kambodscha-Frage über amerikanische Verteidigungsstrategie, Protektionismus und Technologie-Transfer bis zum Rauschgiftproblem und der wachsenden Bedrohung durch internationalen Terrorismus.

Es war dies das sechste Asean-Pazifik-EG-Treffen seit 1979. Gastgeber war diesmal Malaysia, dessen Hauptstadt Kuala Lumpur ein überzeugendes Beispiel für die wirtschaftliche Dynamik der Asean abgibt. Aus dem noch vor zehn Jahren ländlich anmutenden Kuala Lumpur ist eine Großstadt von Glas- und Stahlhochbauten geworden.

Ganz bewußt hält die Asean (Malaysia, Singapur, Philippinen, Thailand, Indonesien, Brunei) an diesem Forum als „Dialog" fest. Alle Beteiligten haben hier die einzigartige Gelegenheit, ihre Positionen und Absichten zu erklären, ohne unter dem Zwang zu konkreten Beschlüssen zu stehen.

Es ist ein Treffen von Freunden, in dem hart und offen diskutiert wird, doch stets in der für Südostasien typischen Atmosphäre, eine Basis zur Verständigung zu finden. Blumen und Orchideen schmücken die Tagungsräume, man lächelt viel und besingt einander bei den abendlichen Diners. Wo sonst kann man selbst den japanischen Außenminister singen hören? Singen verbindet, sagen die Politiker der Asean, wozu die Amerikaner ihnen in diesem Jahr in leichter Abwandlung von „You Are My Sunshine" „You Are My Asean, My Only Asean" vorsangen.

Gerade im Verhältnis der Asean zu den USA hat sich der Dialog als eine höchst politische Institution gezeigt. Erst war es die Asean, die eine Anerkennung der vietnamesischen Invasion in Kambodscha blockierte. Heute stellt sich Washington voll hinter die Kambodscha-Politik der südostasiatischen Staatengemeinschaft.

US-Außenminister George Shultz bestätigte, daß Washington seine Beziehungen mit Vietnam erst normalisieren wird, wenn Hanoi seine Truppen aus Kambodscha abzieht. Hanoi ist an einer Normalisierung brennend interessiert. Allerdings, so sagte Shultz, sollte die Asean eine Strategie für Kambodscha haben, die sie auf lange Zeit durchhalten kann. Asean glaubt, mit ihrem Vorschlag an Vietnam, indirekte Gespräche mit der Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstandes aufzunehmen, eine solche Strategie entworfen zu haben. Hanoi bleibt jedoch weiterhin ablehnend.

Es ist dies nicht nur der erste konkrete Vorschlag, den Asean zur Lösung des Kambodscha-Konflikts machte, sondern auch die erste Initiative, der die USA, die anderen Dialogpartner der Asean und China zustimmen.

Shultz wies erneut auch darauf hin, daß die USA zu ihren Sicherheitsverpflichtungen in Asien und im Pazifik stünden und seit 1981 bestrebt seien, die Flotten- und Luftwaffenkapazität in dieser Region zu stärken. Die Asean-Länder haben Washington aufgefordert, den sicherheitspolitischen Entwicklungen im Südpazifik große Aufmerksamkeit zu widmen.

Umgekehrt haben in diesem Dialogtreffen die Amerikaner, unterstützt von Kanada, das Thema des internationalen Terrorismus angeschnitten. Hier wünschen sie eine Kooperation mit der Asean. Die Tagungsteilnehmer appellierten in einer mündlichen Erklärung an die internationale Gemeinschaft, allein und zusammen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, Akte des Terrorismus zu bekämpfen und sich an die Bestimmungen aller dazu relevanten internationalen Konventionen zu halten.

Die Vorbehalte einiger Asean-Länder in dieser Frage rühren daher, daß sie enge Beziehungen zur islamischen Welt unterhalten. In Malaysia ist der Islam Staatsreligion, in Indonesien steht die alle Religionen umfassende Staatsphilosophie Pancasila zwar über dem Islam, doch sind 90 Prozent der 160 Millionen Indonesier zumindest formell Moslems. Die Philippinen haben auf ihrer südlichen Insel Mindanao ein erneut aufflammendes islamisches Separatistenproblem.

Sicherheitspolitische Aspekte dominierten auch in einer zweiten Erklärung, die die Asean-Minister zum Rauschgiftproblem abgaben. Sie sehen im Drogenmißbrauch und Drogenhandel nicht mehr nur ein soziales und menschliches Problem, sondern auch eine ernsthafte Gefahr zur Unterminierung ihrer nationalen Sicherheit. Auf der nächsten UNO-Vollversammlung wollen die Asean-Politiker deshalb eine Resolution zur Annahme einer internationalen Anti-Rauschgiftstrategie einbringen.

Die Dialogpartner versicherten der Asean, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und die Interessen der Asean-Länder bei nationalen Entscheidungen und internationalen Verhandlungen zu berücksichtigen.

Alle Teilnehmer sprachen sich gegen den Protektionismus und für eine internationale Wirtschaftsstrategie aus, die die Handelspolitik mit Fiskal- und Geldpolitik verbindet. Als ersten Auftakt dazu nannte Shultz das Fünf-Punkte-Programm seiner Regierung, das dazu beitragen soll, die Erholung der Weltwirtschaft auf einen „nichtinflationären und dauerhaften Pfad" zu führen.

„In Äthiopien verkommen 60 000 Tonnen Getreide"

„Daily Express" erhebt schwere Vorwürfe gegen das Regime

SAD, London

Am Tag des „Live Aid"-Konzerts für die Hungernden in Afrika berichtete der Londoner „Daily Express" über den „Skandal", daß das marxistische Regime von Äthiopien zehntausende Tonnen von Lebensmittelspenden aus politischen Gründen verkommen lasse.

Nach amtlichen Angaben warten allein im Hafen Dschibouti 30 000 Tonnen Nahrungsmittel auf den Weitertransport nach Äthiopien – Mais aus Europa, Mehl aus Amerika, Weizen aus der Bundesrepublik Deutschland, Speiseöl aus Japan und vieles andere mehr.

Aber ein Reporter der Zeitung schätzt die Menge auf „mindestens 60 000 Tonnen, das meiste davon im Freien und in Gefahr, falls es anfängt zu regnen". In der Hitze von 43 Grad platzen die Getreidesäcke auf. Der Reporter: „Nur die Tauben werden fett. Die Vögel können ihr Glück gar nicht glauben. Ihr Festmahl dauert schon acht Monate. In derselben Zeit sind immer mehr Hungeropfer gestorben."

Seit acht Monaten versuchen die Behörden von Dschibouti, den äthiopischen Staatschef Oberst Mengistu zum Abtransport der Lebensmittelspenden zu bewegen. Reporter Geoffrey Levy ließ sich berichten: „Mengistu ignoriert ihr Flehen. Die Waggons auf der gemeinsamen Eisenbahnlinie kommen oft wochenlang nicht zurück. Die Züge kommen einfach aufs Abstellgleis und bleiben so lange wie möglich unentladen. Wenn die Waggons nicht zurückgeschickt werden, können keine Hilfstransporte rollen."

Levy: „Genau wie der Rest der Welt haben die Bewohner von Dschibouti verschiedene Theorien über Mengistus Weigerung. Die meisten sehen darin einen zynischen Versuch, die rebellischen Guerillas in Eritrea und Tigre auszuhungern, die es ablehnen, sein unfähiges und brutales Unterdrückungsregime zu akzeptieren."

idea, Stuttgart

In einem Appell an die äthiopische Regierung fordert der Leiter der Aktion „Brot für die Welt" und Direktor im Diakonischen Werk der EKD, Hans-Otto Hahn, „die unverzügliche Einstellung der Zwangsumsiedlungsaktion und Deportation der äthiopischen Bevölkerung". Insgesamt 1,5 Millionen Menschen sind davon betroffen. Die Verantwortlichen legen dies als Notstandsmaßnahme aus, da sie, wie sie sagen, keine Möglichkeiten sehen, die Bevölkerung in ihren Wohngebieten weiterhin zu ernähren. Hahn ist aber der Meinung, das Verhalten ziele auf den Ausbau militärischer Machtpositionen ab.

„Die Medien berichten kontinuierlich darüber, mit welcher Entschlossenheit die Regierung das Umsiedlungsprogramm durchführt", erklärt Hahn weiter. Bei einer Beurteilung der Aktionen müsse davon ausgegangen werden, daß sie Bestandteil der militärischen Auseinandersetzung seien und keine sozialen Maßnahmen darstellten.

Bei der Umsiedlungsaktion aus der Provinz Tigre werde von brutaler Gewaltanwendung berichtet. Kranke Menschen würden in die zur Verfügung gestellten Lastwagen, Busse und Flugzeuge getragen und dort wie Säcke hineingeworfen.

Sieben Afghanen flohen im Hubschrauber nach Pakistan

In Genf fragt die UNO nach dem Selbstbestimmungsrecht

rtr/I. Z. Islamabad/Genf

Afghanische Deserteure haben nach Angaben eines pakistanischen Regierungssprechers, zwei moderne sowjetische Kampfhubschrauber vom Typ MI-24 nach Pakistan gebracht. Sie seien in der Grenzstadt Miranschah gelandet.

Aus afghanischen Exil-Kreisen verlautete, die Besatzungsmitglieder der Hubschrauber hätten in Pakistan um politisches Asyl nachgesucht. Es handele sich um sieben Deserteure.

Die afghanische Luftwaffe soll nur über 20 Hubschrauber des Typs MI-24 verfügen. Die MI-24 ist nach Angaben aus westlichen Militärkreisen der modernste im Truppeneinsatz befindliche Hubschrauber und offenbar die einzige sehr wirkungsvolle Waffe gegen die Mudschahedin, die die sowjetischen Invasionstruppen und die von diesen unterstützten afghanischen Regierungsstreitkäfte bekämpfen. Die Hubschrauber werden nach westlichen Erkenntnissen von afghanischen und sowjetischen Piloten bei Kommandoeinsätzen in den vom Widerstand gehaltenen Gebieten geflogen.

Miranschah, wo die beiden Hubschrauber landeten, ist etwa 180 Kilometer südwestlich von Peschawar entfernt und liegt an der Hauptverbindungslinie, auf der die Mudschahedin von ihren pakistanischen Stützpunkten aus die Grenze nach Afghanistan überqueren. Sprecher einer der Widerstandsorganisationen sagten, sie seien vor zwei Tagen über den Fluchtplan informiert worden.

Die Menschenrechtslage in Afghanistan steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Tagung des UNO-Menschenrechtsausschusses in Genf.

Der vom afghanischen Außenministerium vorgelegte Bericht gibt lediglich Verfassungsbestimmungen wider, erwähnt aber weder den bewaffneten Konflikt noch die etwa vier Millionen afghanischer Flüchtlinge, die in Pakistan und Iran leben.

Bei der Befragung des afghanischen Vertreters durch 18 Rechtsexperten aus aller Welt stand das Selbstbestimmungsrecht der Afghanen im Mittelpunkt. Der Ausschuß wollte wissen, wie es möglich sei, daß eine angeblich demokratische Revolution stattgefunden habe, wenn ein Drittel der Bevölkerung geflohen, 80 Prozent der Führungsschicht verschwunden und das Land von sowjetischen Truppen besetzt sei. Die UNO wie die Menschenrechtskommission in Genf haben in Resolutionen mehrfach den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert.

Auch das Thema Kriegsverbrechen wurde angesprochen. Den Sowjets wurde vorgeworfen, Dörfer zu bombardieren und Zivilisten zu töten, Kriegsgefangene hinzurichten und Ernte und Vieh zu vernichten.

Die Kommission stützt sich vor allem auf den im März erschienenen Afghanistan-Bericht des UNO-Sonderberichterstatters Ermacora. Der Vertreter Afghanistans sagte, von den angeblichen Flüchtlingen seien die meisten Nomaden oder Gastarbeiter, die Widerstandskämpfer seien Banditen und Terroristen. Was sich in Afghanistan abspiele, sei ein Werk der amerikanischen CIA. Angesichts dieser äußeren Aggression habe sich sein Land genötigt gesehen, die Hilfe der Sowjetunion zu erbitten, mit der es einen Freundschaftsvertrag habe.

KPI beruft „großen Kriegsrat" ein

Parteitag wird nach Wahlniederlagen vorverlegt / Neue Ansichten über Kapitalismus

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach zwei verlorenen Wahlschlachten haben „Oberbefehlshaber" und „Generalstab" der KPI die Einberufung eines „großen Kriegsrates" beschlossen. Auf Vorschlag des Generalsekretärs Alessandro Natta sprach sich der Parteivorstand für die Vorverlegung des erst im Jahre 1987 fälligen 17. Parteitages auf das kommende Frühjahr aus.

Kritische Äußerungen, die in letzter Zeit von führenden Parteifunktionären in Presseinterviews gemacht wurden und der – dem Vernehmen nach – ziemlich stürmische Verlauf der Vorstandssitzung, auf der über die Vorverlegung des Parteitages beraten wurde, lassen darauf schließen, daß Nattas Prestige durch die Niederlagen der Partei bei den Regional- und Kommunalneuwahlen vom 12. Mai sowie bei dem Referendum über die gleitende Lohnskala vom 9. Juni gelitten hat. Vor allem von den jungen „Obristen", wie einige noch von Nattas Vorgänger Berlinguer eingesetzte unorthodoxe Regional- und Provinzsekretäre genannt werden, wird ihm vorgeworfen, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben.

Politisch isoliert

Selbst Exponenten der „alten" Führungsgarde übten öffentlich Kritik. So erklärte beispielsweise der Fraktionschef im Senat, Gerardo Chiaromonte, der seit vielen Jahren dem Parteivorstand angehört, dem „Corriere della Sera": „Die Ergebnisse der Wahlen vom 12. Mai und das Referendumsergebnis zwingen uns dazu, unsere Politik und die Art, sie voranzutreiben, ernsthaft zu überprüfen. Für mich ist es keine Frage, daß wir heute unter einer gewissen politischen Isolierung leiden. Wir müssen nach den Ursachen unserer Tiefen suchen – nicht nur im objektiven Bereich, sondern auch im Blick auf unsere eigenen Irrtümer."

Der als einer der Exponenten des „gemäßigten" Parteiflügels geltende Senator Paolo Bufalini, Präsident der zentralen Kontrollkommission, stellte in der Zeitschrift „Europeo" als einen dieser Irrtümer das absolut feindliche Verhalten der Partei gegenüber dem sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi heraus. Die Partei, so sagte er, habe die Bedeutung des Einzugs eines Sozialisten in den Palazzo Chigi unterschätzt.

Chiaromonte bekannte zu diesem Punkt selbstkritisch, daß sich die KPI „zweifellos" polemische Exzesse, unkontrollierte Unduldsamkeit und „nicht immer gerechtfertigte" Angriffe vorzuwerfen habe. Die Auseinandersetzung zwischen KP und Sozialisten habe letztlich nur der DC genutzt.

Von den „jungen Obristen" wandte sich der sizilianische Parteisekretär Luici Colajanni, ein 41jähriger Architekt, in aller Öffentlichkeit gegen die „Verteufelung des Kapitals". Es sei völlig sinnlos, sagte er, „sich mit dem Kapital anzulegen". Das Problem sei, seinen Fluß zu lenken, dies aber nicht durch Stärkung der Staatsmacht, sondern durch Dezentralisierung.

Der Parteisekretär der roten Hochburg Livorno, Sergio Landi, ein 35jähriger Politwissenschaftler, äußerte gegenüber dem liberalen „Corriere della Sera" ähnliche Ideen: „Das Kapital ist eine Realität mit regressiven, aber auch mit progressiven Faktoren. Das Problem ist heute nicht mehr: Kapitalismus, ja oder nein. Das Problem ist, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen." Die „Arbeiterklasse" in der alten Form gebe es nicht mehr. „Wo ist diese Arbeiterklasse, wo der Mittelstand? Beide sind überall. In jeder sozialen Wirklichkeit gibt es etwas von beiden, und es ist schwierig geworden, das soziale Gefüge auf der Grundlage dieser Klassifizierung zu kennzeichnen."

Streit über Atomkraft

Natta machte auf der letzten Vorstandssitzung keinen Hehl aus der Mißbilligung, mit der er diese Interviewfreudigkeit seiner Funktionäre verfolgt. Er warnte davor, die innerparteiliche Auseinandersetzung in der Presse zu führen.

Ein aktuelles Thema innerparteilicher Auseinandersetzungen bildet neben den ideologischen Grundsatzfragen und der politischen Taktik auch die Einstellung der Partei zur Atomkraft. Der Streit entzündete sich an einem Protesttelegramm der Jungkommunisten nach der Veröffentlichung einer Anzeige im Parteiblatt „Unita": In dieser Anzeige waren ausschließlich positive Äußerungen führender Kommunisten zum nationalen Energieplan abgedruckt worden, der den Bau von 20 Kraftwerken – teils auf Atomenergie-, teils auf Kohlebasis – vorsieht.

Die Jungkommunisten, die Umweltexperten der Partei und zahlreiche Parteiaktivisten in den betroffenen Regionen laufen dagegen Sturm.

Dialog zwischen Colombo und den Tamilen erfolglos

P.D./DW. Neu-Delhi

Die Gespräche zwischen der Regierung Sri Lankas und den Tamilen sind am Wochenende in der Hauptstadt Bhutans, Thimpu, ergebnislos auf August vertagt worden. Als sich nach vier Verhandlungsrunden keine Annäherung der Standpunkte in dem ethnischen Konflikt zwischen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit der Inselrepublik abzeichnete, flog am Freitag der indische Staatssekretär Bahndari nach Thimpu, um zu vermitteln. Offensichtlich erfolglos.

Nach dem Vorschlag Colombos sollen die Distrikt-Versammlungen mehr Autonomie erhalten, das heißt, über Erziehungs-, Verwaltungs- und Transportfragen selbst entscheiden. Ein zweiter in Thimpu diskutierter Vorschlag ist die Zusammenfassung von vier Distrikten im Norden Sri Lankas zu einer gemeinsamen Regionalversammlung.

Beide Vorschläge entsprechen aber nicht der von den Tamilen gewünschten Autonomie, geschweige denn einem Weg zum eigenen Tamilen-Staat. Vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung würden die Distrikte weiterhin weitgehend vom Goodwill Colombos abhängen. Auch die Polizei bleibt unter direkter Kontrolle der Hauptstadt.

Um „die Stimmung zu verbessern", hat die Regierung in Colombo jetzt 600 von schätzungsweise 2500 inhaftierten mutmaßlichen tamilischen Terroristen freigelassen. Außerdem wurde die nächtliche Ausgangssperre im Norden der Insel aufgehoben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mutterschaftsgeld

„Gut gemeint oder gut"; WELT vom 6. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Kommentator äußert die Befürchtung, daß der Kündigungsschutz im Zusammenhang mit dem Erziehungsurlaub sich als Einstellungssperre für Frauen auswirken würde. Man sollte aber nicht übersehen, daß die derzeitige gesetzliche Regelung (Paragraph 9a Mutterschutzgesetz) für die Betriebe viel einschneidender ist als die zukünftige. Schon seit 1979 gibt es für erwerbstätige Frauen Mutterschaftsurlaub bis zum sechsten Lebensmonat des Kindes und ein absolutes Kündigungsverbot bis zum achten Monat.

Ab 1986 wird sich der Kündigungsschutz zwar über zehn Monate erstrecken, aber es handelt sich um keinen absoluten Schutz mehr: wenn es für den Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich ist, kann er das Arbeitsverhältnis kündigen. Die neue Regelung berücksichtigt also viel stärker die Interessen der Betriebe. Die um zwei Monate verlängerte Dauer stellt keinen Nachteil dar, da es im allgemeinen für den Arbeitgeber leichter ist, für einen längeren Zeitraum eine qualifizierte Ersatzkraft zu finden.

Erinnert sei auch an Frankreich, Österreich und Schweden, wo es bereits seit Jahren einen Erziehungsurlaub mit ein- bis zweijähriger Arbeitsplatzgarantie gibt. In zwei der drei Länder wurde er von konservativen Regierungen eingeführt; in allen drei Ländern ist die Erwerbsquote der Frauen höher als bei uns. Hinzu kommt, daß der Erziehungsurlaub künftig auch von jungen Vätern genutzt werden kann und ihre Einstellung insofern auch ein „Risiko" bedeutet.

Das entscheidende Beschäftigungshindernis für Frauen im Zusammenhang mit einer Mutterschaft liegt in der seit 18 Jahren unterlassenen Anpassung des während der 14-wöchigen Mutterschutzfrist (beginnend sechs Wochen vor der Geburt) von den Krankenkassen zu zahlenden Mutterschaftsgeldes. Es liegt seit 1967 bei maximal 750 Mark monatlich und muß vom Arbeitgeber auf das bisherige Nettogehalt aufgestockt werden.

Daraus entsteht mittlerweile eine durchschnittliche Kostenbelastung von über 3000 Mark pro „Mutterschaftsfall" für den Arbeitgeber. Eine Erhöhung dieser Krankenkassenleistung oder eine Änderung des Finanzierungsverfahrens ist also überfällig.

Mit freundlichen Grüßen
R. Loos,
Bundesgeschäftsführer, Familienbund der Deutschen Katholiken, Bonn

Weißbuch notwendig

„Streit um ein ‚Weißbuch', das es nicht gibt"; WELT vom 18. Juni

Mehrfach hat „Die Welt" über das seit der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad 1977 nicht wieder erstellte Weißbuch über die Lage der Deutschen in Osteuropa und den politischen Streit um dieses Vorhaben berichtet. Inzwischen ist das Thema auch im Plenum des Deutschen Bundestages zur Sprache gekommen – innerhalb der Debatte über das KSZE-Menschenrechtstreffen von Ottawa. Dabei wurde deutlich, daß wenigstens aus den beiden größten Fraktionen im Parlament – denen der CDU/CSU und der SPD – Unterstützung für dieses Vorhaben zu erwarten ist.

Auf lange Sicht kann unseres Erachtens nur eine solche amtliche Dokumentation Grundlage einer zusammenhängenden und widerspruchsfreien Menschenrechtspolitik jeder Bundesregierung sein, die die aktuelle Lage der Menschenrechte in den Staaten der Welt objektiv, d. h. mit gleichen Maßstäben beurteilt, darstellt. Eine besondere Berücksichtigung der menschenrechtlichen Lage der Deutschen von der DDR bis hin nach Siebenbürgen und in den Fernen Osten Sibiriens kann dabei durchaus sinnvoll und hilfreich sein. Um die moralische Legitimation einer solchen Dokumentation zu unterstreichen, sollte sie jedoch alle Länder umfassen, die UNO-Mitglieder sind oder mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische oder wirtschaftliche Beziehungen unterhalten.

Diese Dokumentation könnte jährlich – zum Beispiel jeweils zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte – vorgelegt werden.

Der unausweichlichen Diskrepanz zwischen der Veröffentlichung eines solchen Weißbuches und seiner Nutzung als Maßstab für die praktische Politik sind wir uns bewußt. Das Wissen um diese Diskrepanz darf jedoch nicht als Argument gegen die Herausgabe einer solchen Dokumentation mißbraucht werden. Der Wert einer solchen öffentlichen Behandlung an sich wäre schon enorm.

Wir begrüßen es, daß dank der Initiativen aus den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD im Frühherbst eine ausführliche Behandlung grundsätzlicher Fragen der Menschenrechtspolitik im Bundestag stattfinden wird.

Unsere Aufmerksamkeit für die Situation der unterdrückten und verfolgten Menschen und Völker dieser Erde ist das Minimum dessen, was wir diesen Opfern von Menschenrechtsverletzungen schulden – und zwar unsere öffentlich bekannte Aufmerksamkeit! Deswegen hoffen wir, daß sich die Bundesregierung spätestens anläßlich der herbstlichen Debatte zu der Herausgabe eines solchen Weißbuches entschließen wird, auf das die Öffentlichkeit nun schon länger als ein halbes Jahrzehnt wartet.

Jörn Ziegler,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Deutsche Sektion e. V. – Frankfurt am Main

Chauvinismus

„Briefmarke erregt Unmut in Warschau"; WELT vom 8. Juli

Sehr geehrte Herren,

der kommunistische polnische Chauvinismus stößt also wieder einmal ins Posthorn. Er nimmt im voraus Anstoß an einer deutschen Sondermarke, die erst im Spätjahr kommen wird. 1955 und 1965 hatte man sich in Warschau schon eimal aufgeregt, als zwei deutsche Sondermarken an die 10 bzw. 20 Jahre Vertreibung der Millionen Deutschen aus den Ostgebieten erinnerten.

Bonn hat daraufhin (erwartungsgemäß) etwas leisergetreten. Die für November geplante Sonderbriefmarke soll nun nicht mehr die Vertreibung aus der Heimat und den Verlust von Hab und Gut ansprechen, sondern lediglich an die soziale Leistung erinnern, die 40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher für die Nachkriegspolitik der Bundesrepublik bedeuten.

Aber auch das ist dem polnischen Postministerium schon zu viel. (Frage: Wie leicht kommt in Warschau das schlechte Gewissen in Wallung?) Die Volksrepublik wurde beim Auswärtigen Amt – der weichsten Stelle der Bonner Politik – vorstellig. Sie erwartert, daß die Bundespost auf die Herausgabe der Marke verzichtet. Andernfalls werden polnische Briefträger, wie in Warschau verlautet, Briefe und Päckchen, die mit dieser Sondermarke frankiert sind, nicht austragen. Sie können es auch nicht. Denn der Briefmarken-Zensor im Ministerium läßt diese Sendungen gar nicht erst in die Sortiermaschine einfließen.

Das Millionengeschenk der portofreien Liebesgabensendungen in die Volksrepublik Polen war gestern. Heute gilt das nicht mehr. Wehe der Geschenksendung an einen bedürftigen polnischen-Staatsbürger, die mit der falschen Briefmarke ankommt. Sie wird erbarmungslos kassiert.

Mit freundlichen Grüßen
A. Bledow,
Meersburg

Wort des Tages

» Es ist so bequem, wenn man etwas geben kann; damit hält man sich die Leute vom Leibe. «

Jean Paul Sartre; franz. Philosoph (1905–1980)

Gorbatschow

„Gorbatschow drängt Gromyko ins Amt des Staatschefs ab"; WELT vom 2. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Analyse der Wahl des Georgiers Schewardnadse zum neuen Außenminister der UdSSR habe ich einen Aspekt vermißt, den des Faktums eines Vertreters einer nicht-russischen Republik mit älterer Kultur als der russischen und entsprechender nationaler Eigenwilligkeit: ein Spannungsfeld, dem durch die Einbeziehung des georgischen Politikers in die übernationale sowjetische Szene wohl auch begegnet werden soll.

Mit freundlichen Grüßen
E. Heresch,
München 90

Personalien

GEBURTSTAGE

Der emeritierte Ordinarius und Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Heidelberg, **Wilhelm Simon**, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Wilhelm Simon, in Wuppertal-Cronenberg geboren, studierte in Köln, Aachen und Frankfurt Geologie. Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft (1949) wurde er nach einer Zwischenstation in Münster Assistent am Geologisch-Paläontologischen Institut der Bergakademie Clausthal (heute TU), wo er sich 1951 erneut habilitierte und 1956 den Lehrstuhl von **Fritz Dahlgrün** übernahm. 1955 wurde Wilhelm Simon in das Ordinariat für Geologie und Paläontologie an der TU Berlin berufen, wo er das Hauptfachstudium für Geologie einführte. 1959 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Geologie und Paläontologie in Heidelberg. Bis 1984 lehrte er dort.

*

Der langjährige Dekan des Evangelischen Kirchenkreises Marburg-Stadt, Kirchenrat **Bernhard Götz**, feierte in Marburg seinen 70. Geburtstag. Der seit 1982 im Ruhestand lebende Geistliche hat sich vor allem um die Einführung des Religionsunterrichts an den hessischen Berufsschulen verdient gemacht. Er war viele Jahre lang Studienleiter für den Kirchensprengel Oberhessen. Heute steht er noch an der Spitze des St.-Elisabeth-Vereins in Marburg, der mehrere Jugend- und Altenheime unterhält.

AUSZEICHNUNGEN

Für seine „um Volk und Staat erworbenen Verdienste" hat Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den langjährigen Pfarrer an St. Gertrudis in Bochum-Wattenscheid und Stadtdechanten von Wattenscheid, Propst **Theodor Lotter**, mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Auszeichnung überreichte Bürgermeister **Rolf Schick**, der den Propst als einen Mann würdigte, der über seinen seelsorgerlichen Dienst hinweg im Sinne der katholischen Soziallehre den Menschen unmittelbar geholfen habe.

*

Hubert Rohde, der 56jährige Intendant des Saarländischen Rundfunks (SR), ist mit dem Komturkreuz des Päpstlichen Gregorius-Ordens ausgezeichnet worden. Als Intendant des SR habe sich Rohde für die Rechte und Anliegen der Kirche eingesetzt, betonte der Bischof von Speyer, **Anton Schlembach**, bei der Überreichung der Auszeichnung.

AUSWÄRTIGES AMT

Klaus-Max Franke, im Kanzleramt in Bonn seit 1979 Leiter des Referats bilaterale Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt, zu Asien, Afrika und Lateinamerika, wird Botschafter in Bangladesch. Franke, 1932 in Hamburg geboren, studierte Jura. 1964 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war auf Auslandsposten in Nigeria und in Indonesien, ehe er 1976 als Botschafter nach Nordjemen ging, wo er bis 1979 blieb.

KIRCHE

Die vatikanische Kunstkommission hat dem Kölner Psychologieprofessor **Johannes Wickert**, der auch Maler ist, den Auftrag erteilt, die Kirche in dem italienischen Städtchen Caserta bei Neapel auszumalen. Wickert, der mit 17 Jahren eine Ausbildung in „altmeisterlicher" Maltechnik absolviert hat, wird voraussichtlich zwei Jahre lang an diesem Werk arbeiten, für das er lediglich Kost und Logis erhält.

EHRUNGEN

Mit dem Roswitha-Ring der Stadt Bad Gandersheim ist die Münchner Schauspielerin **Christiane Hammacher** geehrt worden. Sie nahm gestern die Ehrung während einer Feierstunde im Gandersheimer Kursaal entgegen. Der Ring ist im Jahr 1974 von der Stadt Gandersheim zur Erinnerung an die erste deutsche Dichterin, **Roswitha von Gandersheim** gestiftet worden und wird jährlich während der Gandersheimer Domfestspiele an eine Schauspielerin vergeben. Christiane Hammacher wurde von der Jury „für ihre hervorragenden schauspielerischen Leistungen" bei der Darstellung der Herzogin von Friedland in **Friedrich von Schillers** dramatischem Gedicht „Wallensteins Tod" und der Maria in **William Shakespeares** Komödie „Was ihr wollt" ausgewählt.

*

Dr. **Johannes Bob van Benthem**, Erster Präsident des Europäischen Patentamtes in München, wurde die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München verliehen. Die Fakultät würdigt vor allem die Verdienste, die sich van Benthem um das europäische Patentwesen und um die Errichtung und Führung des europäischen Patentamtes in München erworben hat. Van Benthem wurde ab November 1977 Erster Präsident des neu in München errichteten Europäischen Patentamts. Nach einer über siebenjährigen Amtszeit war er Ende April dieses Jahres in den Ruhestand gegangen.

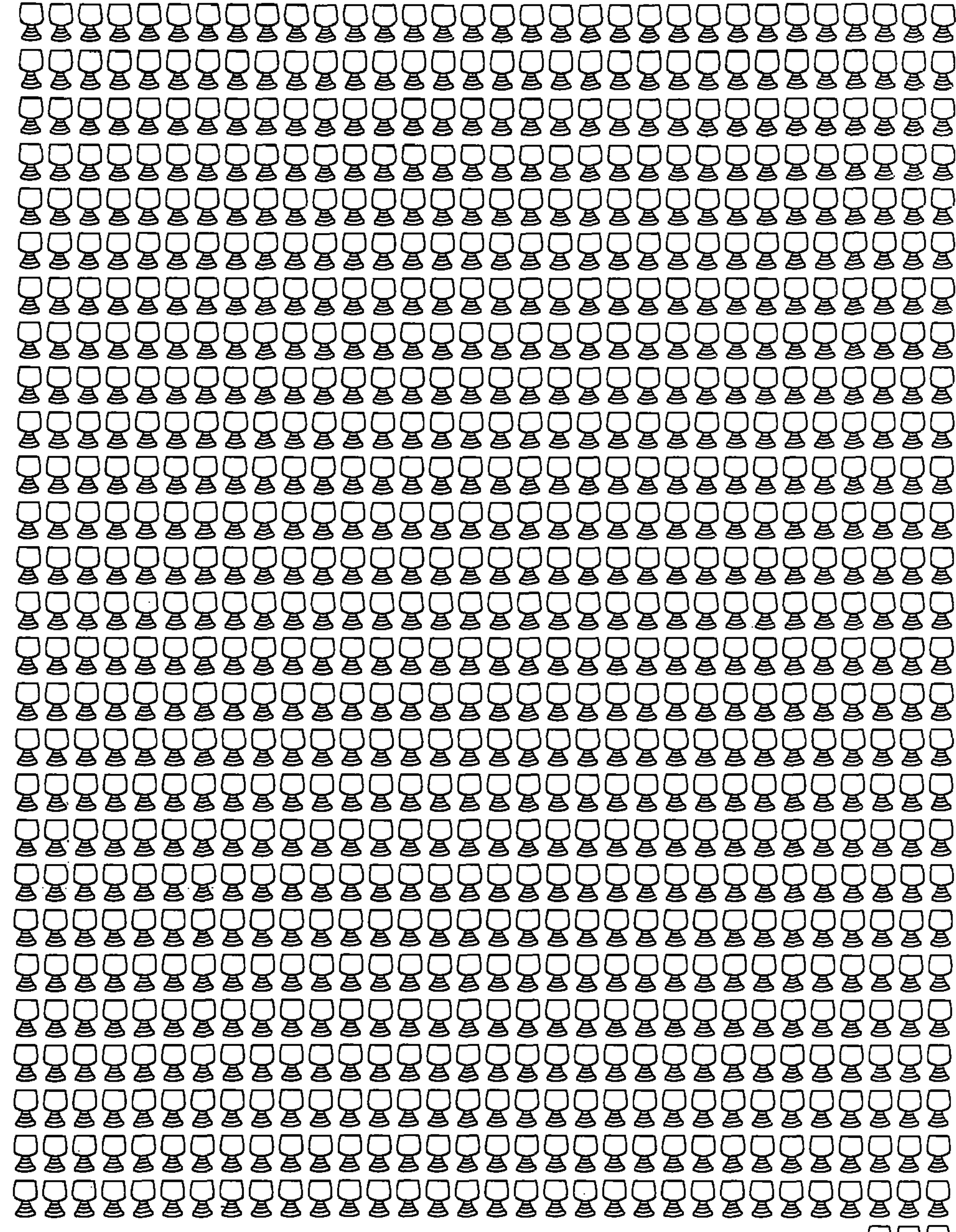
VERÄNDERUNG

Botschaftsrat Erster Klasse Dr. **Thilo Graf Brockdorff-Dallwitz**, bisher an der deutschen Botschaft in Tokio tätig, geht als Geschäftsführer des neuen Japanisch-Deutschen Zentrums nach Berlin. Graf Brockdorff-Dallwitz wird in Berlin in seiner neuen Aufgabe Pionierarbeit leisten müssen. Die Einrichtung eines Japanisch-Deutschen Zentrums beschlossen 1983 Bundeskanzler **Kohl** und der japanische Regierungschef **Nakasone**. Sitz dieses neuen Zentrums wird die alte japanische Botschaft im Berliner Tiergarten, die von Japan wieder aufgebaut wird.

Matthias Hoogen, der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und von 1964 bis 1970 Wehrbeauftragter des Bundestages, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Der am 25. Juni 1904 in Straelen am Niederrhein geborene Hoogen gehörte dem Frankfurter Wirtschaftsrat an, der vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland der damaligen Zwei-Zonen-Verwaltung (amerikanisch und britisch) beratend zur Seite stand. Von 1948 bis 1956 war Hoogen Bürgermeister in Kempen. Der mit dem großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnete Jurist zog 1949 in den ersten Bundestag ein, dem er 15 Jahre lang angehörte. 1953 wurde er zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt. Seine Arbeit als Wehrbeauftragter trug maßgeblich dazu bei, in den Steitkräften dem Leitbild des Soldaten als Bürger in Uniform Geltung zu verschaffen.

Kein Pardon

Gegen die schwarzen Schafe der österreichischen Weinwirtschaft wird bereits gerichtlich ermittelt.*

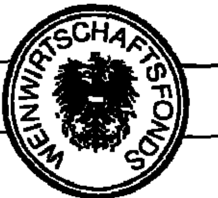


52.790 österreichische Winzer, 1.582 österreichische Weinhandelsbetriebe und 52 Winzergenossenschaften erzeugen ihren Wein unter strengsten amtlichen Qualitätskontrollen.



* Bereits am 23. April 1985 wurden die behördlichen Maßnahmen ergriffen. Alle beanstandeten Weine wurden beschlagnahmt.

Offizielle Mitteilung des Österreichischen Weinwirtschaftsfonds



„Prawda“ sieht „Schritt nach vorn“ mit China

dpa, **Moskau**

Das Moskauer Parteiorgan „Prawda“ hat den offiziellen Moskau-Besuch des chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin in einem Kommentar als „Schritt nach vorn in der Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen“ bezeichnet. Yao hatte in der vergangenen Woche in Moskau ein Handelsabkommen für die Jahre 1986 bis 1990 sowie mehrere technische Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet (WELT v. 13. 7.).

Die „Prawda“ hob die „wichtige Bedeutung“ dieser Abkommen hervor und wies darauf hin, daß mit ihnen eine langfristige Grundlage für die Zusammenarbeit beider Staaten in den Bereichen des Handels, der Wirtschaft und der Technik gelegt worden sei. Yao hatte in Moskau auch politische Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow und dem Ersten Stellvertretenden Regierungschef Archipow geführt. Dabei war von beiden Seiten der Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen betont worden. Allerdings wurden dabei keine konkreten Ergebnisse erzielt. Die „Prawda“ schrieb dazu, die Sowjetmenschen hofften, daß der „negative Streifen“ in diesen Beziehungen „überwunden werden kann und wird“.

Propagandachef in Peking abgelöst

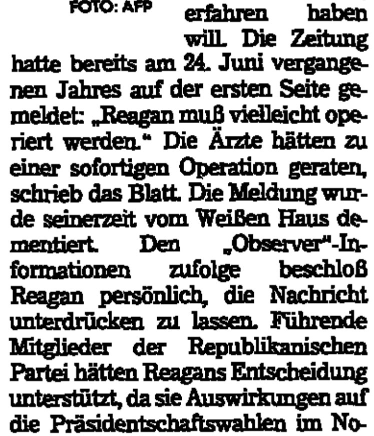
rtr, **Peking**

Der Propagandachef der chinesischen Kommunistischen Partei, Deng Liqun, ist seines Amtes enthoben worden, bleibt aber weiterhin im Zentralkomitee der Partei. Nachfolger des 70jährigen Deng wurde der 54jährige Zhu Houze, der bislang als Parteisekretär der Provinz Guizhou amtierte. Wie das Außenministerium zu der Ablösung erklärte, sei Deng im Zuge der allgemeinen Verjüngung der Kader zurückgetreten. Deng galt als Gegner der gegenwärtigen Reformpolitik. Vor zwei Jahren hatte er eine Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ aus dem Ausland ins Leben gerufen, die schließlich abgebrochen wurde, als sie sich immer stärker gegen die eingeleitete Öffnungspolitik und die Wirtschaftsreformen zu wenden begann.

Reagan regiert die USA vom Krankenbett aus

DW. **Washington/London**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat gestern morgen seine Amtsgeschäfte wieder übernommen, die er wegen einer Darmoperation Vizepräsident George Bush übertragen hatte. Reagan zeichnete nach Mitteilung seines Sprechers Larry Speakes einen Brief an die Präsidenten beider Häuser des Parlaments, durch den er wieder in alle an Bush delegierten Vollmachten als Präsident eintrat. Vizepräsident Bush hatte weniger als acht Stunden die Amtsgeschäfte Reagans geführt. In dieser Zeit machte er nach Angaben seines Stabes von den ihm übertragenen Vollmachten keinen Gebrauch. Speakes zitierte den Chefchirurgen Dale Oller, der Reagan operiert hatte, mit den Worten: „Falls der Präsident eine Entscheidung treffen muß, kann er sie fällen.“



Dale Oller: Der Mann, der den amerikanischen Präsidenten operierte. FOTO: AFP

Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten hatte damit ein Präsident alle Amtsbefugnisse vorübergehend auf seinen Stellvertreter übertragen. Von dieser Möglichkeit, die erst seit 1967 besteht, machte Reagan Gebrauch, bevor er für die operative Entfernung eines größeren Darmtumors in Vollnarkose versetzt wurde. Die Operation, der sich der US-Präsident unterziehen mußte, dauerte zwei Stunden und 53 Minuten und wurde im Marine-Militärhospital Bethesda bei Washington ausgeführt. Bei Reagan mußte ein etwa 60 Zentimeter langes Stück des Dickdarms entfernt werden, weil sich an diesem ein mehr als fünf Zentimeter langer Polyp gebildet hatte. Nach Mitteilung des behandelnden Arztes wurden bei dem Eingriff keine Anzeichen von Krebs festgestellt. Eine eingehende Untersuchung von Gewebeproben werde jedoch erst heute Gewißheit darüber bringen, ob die Wucherung selbst bösartig gewesen sei.

Der 74jährige US-Präsident wurde operiert, nachdem die Geschwulst bei einem weitaus harmloseren Eingriff am Freitag, bei der unter örtlicher Betäubung ein kleinerer Polyp entfernt wurde, entdeckt worden war.

Die Übertragung der Amtsbefugnisse auf Vizepräsident Bush war überraschend gekommen, denn das Weiße Haus hatte wenige Stunden vor dieser Amtshandlung erklärt, eine solche Übertragung komme nicht in Frage.

Reagans Ärzte hätten dem Präsidenten schon vor mehr als einem Jahr eine Darmoperation vorgeschlagen, wie die Londoner Sonntagszeitung „Observer“ von Informanten, „die dem Ärzteteam des Weißen Hauses nahestehen“, erfahren haben will. Die Zeitung hatte bereits am 24. Juni vergangenen Jahres auf der ersten Seite gemeldet: „Reagan muß vielleicht operiert werden.“ Die Ärzte hätten zu einer sofortigen Operation geraten, schrieb das Blatt. Die Meldung wurde seinerzeit vom Weißen Haus dementiert. Den „Observer“-Informationen zufolge beschloß Reagan persönlich, die Nachricht unterdrücken zu lassen. Führende Mitglieder der Republikanischen Partei hätten Reagans Entscheidung unterstützt, da sie Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahlen im November befürchteten. Der „Observer“ berichtete weiter: „Später wurde beschlossen, die Operation baldmöglichst nach der Vereidigung im Januar durchzuführen.“ Der Machtwechsel in der Sowjetunion und die Erfordernisse der amerikanischen Volkswirtschaft hätten zu einer weiteren Verzögerung der Entscheidung geführt.

Neue Steuerreform für 90er Jahre

Stoltenberg: In zwei weiteren Stufen „auf breitester Front Vergünstigungen abbauen“

AP, **Frankfurt**

Rufe nach einer Entlastung der Steuerzahler über die für 1986 und 1988 in zwei Stufen geplante Reform hinaus sind aus dem Lager der Bonner Koalition sowie vom Präsidenten des Bundesfinanzhofs lautgeworden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kündigte für die 90er Jahre eine weitere Reform der Lohn- und Einkommen-, aber auch der Körperschaftsteuer mit einem Volumen von 35 bis 40 Milliarden Mark an. Finanzhof-Präsident Franz Klein forderte vor allem eine Vereinfachung des Steuerrechts, der FDP-Finanzpolitiker Hans-Hermann Gattermann Steuerfreiheit für die untersten Einkommensgruppen.

Noch weniger Lohnsteuer

Stoltenberg nannte es im Gespräch mit „WELT am SONNTAG“ die „wichtigste Aufgabe der kommenden Wahlperiode, die Voraussetzungen für eine noch stärkere Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zu schaffen“. Auch diese werde aber voraussichtlich nur in zwei Stufen, 1990 und 1992, möglich sein, weil die Politik der Haushaltskonsolidierung noch nicht abgeschlossen sei, sagte der Finanzminister. Stoltenberg fügte hinzu, die gewünschte Größenordnung von 35 bis 40 Milliarden Mark sei nur erreichbar, „wenn wir uns entschließen, bei einem wesentlich niedrigeren Tarifverlauf auf breitester Front Steuervergünstigungen abzubauen“. Außerdem müsse eine begrenzte Umschichtung von den direkten zu den indirekten Steuern vorgenommen werden.

Kritisiert wurden von Stoltenberg Forderungen aus der FDP, einen erheblichen Anteil der Rentenlast auf den Bundeshaushalt zu verlagern. Wer dies verlange und zudem noch zweistellige Milliardenbeträge für internationale Hochtechnologie mobilisieren wolle, „der nimmt uns jede Möglichkeit für eine Steuersenkung“, sagte der CDU-Politiker.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Otto Solms sprach sich in der Hannoverschen „Neuen Presse“ für ein investitionsfreundlicheres Steuerklima aus. Dieses könne nur durch eine Steuersenkung auf breitester Front erreicht werden. Neben viel größeren Steuerfreibeträgen für die Bezieher unterer Einkommen forderte der FDP-Politiker Korrekturen in der Progressionszone mit dem Ziel, den Spitzensteuersatz auf höchstens 50 Prozent zu senken. Solms räumte aber ein, daß dies „allein aus Zeitgründen“ in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr möglich sein werde.

Sein Fraktionskollege Gattermann, zugleich Vorsitzender des Bundestagsfinanzausschusses, plädierte dafür, die unteren Einkommen überhaupt nicht mehr zu besteuern. In einem Gespräch mit dem Kölner „Express“ erklärte er: „Wir werden Schluß machen mit dem System, daß der Staat grundsätzlich jede verdiente Mark besteuert.“ Das Existenzminimum dürfe den Staat in Zukunft nichts angehen.

Subventionen streichen

Der Präsident des Bundesfinanzhofs in München, Klein, begründete sein Eintreten für eine wesentliche Vereinfachung des Steuerrechts im „Deutschlandfunk“ mit der Sorge, anderenfalls sei der Rechtsschutz der Bürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleistet. So bedauerte Klein, daß man jetzt in Bonn damit beginne, die Luftreinhaltung über die Kraftfahrzeugsteuer zu sichern: „Was mit Mühe und Not vereinfacht wurde, wird jetzt erneut kompliziert.“ Klein schlug weiter vor, einige Subventionen zu streichen und dafür den Steuersatz entsprechend zu senken.

SPD fordert Sondersteuer

Glotz will durch „zweiten Lastenausgleich“ Arbeitsplatzbeschaffung finanzieren

dpa, **Bonn**

Einen „zweiten Lastenausgleich“ zum Abbau der Arbeitslosigkeit hat der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, gestern in einem Interview mit Radio Luxemburg gefordert. Er erklärte, die SPD traue sich zu, innerhalb von zwei Jahren den Sockel der Arbeitslosigkeit um eine Million Arbeitslose zu vermindern. Das sei allerdings nicht umsonst zu haben, sondern müsse von allen, die in Brot und Arbeit stehen, für eine bestimmte Zeit durch ein Opfer ermöglicht werden.

Als gangbare Wege nannte Glotz eine Abgabe oder eine geringfügig erhöhte Steuerlastquote. Damit ließe sich ein großes Programm zur Beschaffung von Arbeit vor allem im Bereich der Dienstleistungen, im Umweltschutz und zur Verkürzung von Arbeitszeit finanzieren. Auch dann werde es immer noch mehr als eine Million Arbeitslose geben, doch gehe Bundeskanzler Helmut Kohl in den nächsten zyklischen Abschwung der Wirtschaft, für den er nichts könne, mit einem Sockel von weit mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, dann müsse er den Sozialstaat „nochmals zusammendrücken“. Die CDU folge der falschen Denkweise, daß in der Industrie viele Arbeitsplätze neu entstehen könnten, obwohl die derzeitige ungeheure technische Revolution den industriellen Bereich stark schrumpfen lasse. Scharf kritisierte der SPD-Politiker auch die Ansicht von Otto Graf Lambsdorff (FDP), daß die Statistik von sogenannten Scheinarbeitslosen befreit werden müsse. Lambsdorff habe sich zu einem „zynischen Draufschläger“ entwickelt. Die Statistik sei umgekehrt nach Ansicht vieler Gewerkschafter falsch, weil die nichtregistrierten Arbeitslosen nicht erfaßt seien.

Zur Frage der Aussichten der SPD in den Bundestagswahlen 1987 sagte der Bundesgeschäftsführer im Zweiten Deutschen Fernsehen, die Partei profitiere natürlich von dem „Unsinn“, den die Bundesregierung mache. Sie sei aber auch stärker geworden, weil sie ihr Programm geschärft, die Idee der Ostpolitik weiter entwickelt und sich in der Wirtschaftspolitik auf Arbeit und Umwelt konzentriert habe. Am meisten werde die SPD gewinnen, wenn sie sich als eine an Problemen arbeitende und sich darüber auseinandersetzende Partei darstelle. „Das tut uns viel besser, als wenn wir nur Propaganda machen“, meinte Glotz.

Genscher: Sich von Illusionen freihalten

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher teilt nicht die Einschätzung, daß der sowjetische Parteichef Gorbatschow eine Europapolitik „unter Umgehung der Bundesrepublik“ betreiben will. „Ich bin der Meinung, daß es zu Begegnungen zwischen den führenden Repräsentanten der neuen sowjetischen Führung und der Bundesregierung natürlich kommen wird, aber ich gehöre nicht zu denjenigen, die als Ersatz für Politik sich als Besuchsankündigungspropheten betätigen“, sagte Genscher in einem Interview des Hessischen Rundfunks.

Von der SPD war kritisch angemerkt worden, Gorbatschow reise zuerst nach Paris und treffe sich dann mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan in Genf, ohne Bonn zu besuchen, weil sich die Bundesregierung – so die Auffassung der Sozialdemokraten – selbst als Hauptpartner der Ostpolitik ausmanövriert habe. Dazu sagte Genscher, er sehe die Gefahr einer Ost-West-Politik „um die Bundesrepublik herum“ nicht, „wenn die Bundesrepublik den klaren Kurs einer realistischen Entspannungspolitik fortsetzt“. Es gebe überhaupt keinen Zweifel daran, daß dieser Kurs so, wie er in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers festgelegt sei, fortgesetzt werde.

Auf die Frage, ob er sich stärker seinen Kritikern in der Union zuwenden wolle, wenn er neuerdings wieder von „realistischer Entspannungspolitik“ und nicht mehr einfach von einer „neuen Phase der Entspannung“ spreche, erwiderte Genscher, bei ihm sei immer nur von realistischer Entspannung die Rede gewesen. „Wenn jemand so durchdrungen ist von der Notwendigkeit, daß unser Land in seiner Lage sich freihalten soll von Illusionen – solche Illusionen gibt es links und die gibt es rechts –, wenn jemand für realistische Politik eintritt, dann sollte man ihm nicht mit semantischen Spielchen kommen.“ Über die SPD, die ihn in jüngster Zeit mehrfach gelobt hatte, äußerte sich der FDP-Politiker skeptisch. Die SPD habe sich in der Frage der Nachrüstung von gemeinsamen Positionen gelöst. „Hier besteht für die Sozialdemokraten der Nachholbedarf, wieder zurückzukehren auf die Grundlage der gemeinsamen Sicherheitspolitik nicht nur unseres Landes, sondern unseres Bündnisses.“

Skepsis verflogen

fa (London) – Mit Skepsis hatten die Verantwortlichen der Deutschen Lufthansa die Vorstellungen der britischen Regierung zur Kenntnis genommen, den Luftverkehr zwischen Deutschland und Großbritannien wenigstens teilweise zu liberalisieren. Heute, gut ein halbes Jahr nach Abschluß des neuen Luftverkehrsabkommens zwischen London und Bonn, hat sich auch bei der Lufthansa ein deutlich positiveres Verhältnis zur Einführung von Billig-Tickets und der Freigabe von Streckenrechten im Verkehr zwischen beiden Ländern durchgesetzt.

Der deutsche Carrier, der sich als Fluggesellschaft für Geschäftsreisende und möglichst voll zahlende Touristen bei Wahrung eines überdurchschnittlich hohen Passagier-Komforts versteht, kann über die Entwicklung seither auch nicht gerade unglücklich sein. Um 15 Prozent ist das Passagier-Aufkommen im Großbritannien-Verkehr seit Jahresbeginn gestiegen, nachdem jetzt im Schnitt etwa 20 Prozent der Gesamtkapazität auf das billigste Marktsegment, die Early Saver Return Fares, entfallen. In die Kasse brachte dies ein Plus von sechs Prozent, nach Abzug der Mehraufwendungen verbleiben immer noch drei Prozent.

Der Ankauf brasilianischer Regionalverkehrsflugzeuge und der Nachfolgemuster der Fokker 27 für die Lufthansa-Tochter DLT läßt die Einführung eines regionalen Nachbarschaftsverkehrs mit Großbritannien nur noch als eine Frage von Monaten erscheinen. Daß diese Entwicklung auch auf die anderen europäischen Länder ausgedehnt werden soll, ist eine beinahe zwangsläufige, aber deshalb nicht minder begrüßenswerte Politik.

Beispiel Schweiz

HH – Bleifreies Benzin ist ein Wert an sich, sagen die Umweltschutzexperten; ganz einfach deshalb, weil Blei giftig ist und weniger Blei weniger Gift bedeutet. Es ist daher für die Umwelt ein Gewinn, wenn man auch dann bleifrei fährt, wenn das Auto noch keinen Katalysator hat, der nur mit bleifreiem Benzin funktioniert. Doch leider kommt der Absatz umweltfreundlichen Benzins noch nicht in Gang (unter ein Prozent). Trotz Mineralölsteuersenkung bleibt ein Preisunterschied von etwa zwei Pfennig gegenüber verbleitem Normalbenzin. Bonn sollte sich an der Schweiz ein Beispiel nehmen, wo heute der Zoll für bleifreies Benzin gesenkt wird, so daß es billiger ist als verbleites. Aller in Meinungsumfragen erklärten Opferbereitschaft für den Umweltschutz steht nämlich das Zögern der Autofahrer an der Zapfsäule entgegen, wenn bleifrei Tanken die Rechnung in die Höhe treibt. Die Bundesregierung sollte über eine Steuersenkung zumindest Preisgleichheit anpeilen.

AGRARPREISE / Auch ein Treffen von Kiechle und Andriessen ohne Ergebnis

Immer noch keine Annäherung der verhärteten Standpunkte in Sicht

HEINZ HECK, **Bonn**

Eine weitere Konfrontation bei eher noch verhärteten Fronten zeichnet sich für die neue Verhandlungsrunde um die europäischen Getreidepreise im Wirtschaftsjahr 1985/86 heute und morgen in Brüssel ab. Ein Gespräch zwischen EG-Agrarkommissar Frans Andriessen und Minister Ignaz Kiechle (CSU) am Freitag und Samstag auf dessen Bauernhof in Kempten hat offenbar keine Annäherung der Standpunkte gebracht.

Nach dem Scheitern der Agrarpreisverhandlungen vor einem Monat, die mit einem deutschen Veto endeten, hat die Kommission nicht – wie im Bonner Ernährungsministerium zunächst erwartet – neue Vorschläge unterbreitet. Die Brüsseler Behörde hat damit zu erkennen gegeben, daß sie Bonn nicht weiter entgegenkommen und bei ihrem letzten Angebot einer Preissenkung um 0,9 Prozent bleiben will.

Kiechles Chancen, sich in der Ministerrunde mit dem Vorschlag einer Verlängerung der alten Preisregelung durchzusetzen, erscheinen daher gering. Kiechle will damit Zeit gewinnen, „um eine kompromißfähige Neuformulierung der Getreidemarktpolitik vorzunehmen".

In einer ersten Stellungnahme zum „Grünbuch" der EG-Kommission zur Agrarpolitik äußerte sich Kiechle besorgt über die Absicht, „die seit Jahren propagierte Senkung der Agrarpreise durchzusetzen". Preissenkungen mit dem Ziel einer wirksamen Verminderung der Überschüsse müßten „so hoch ausfallen, daß sie den Ruin einer Vielzahl von bäuerlichen Familienbetrieben bedeuten würden". In gewissem Gegensatz zu seinem Vorgänger Josef Ertl (FDP), der direkte Einkommensbeihilfen unter bestimmten Voraussetzungen befürwortete, hält Kiechle es „für wenig sinnvoll, den Bauern über Preissenkungen zunächst einen Teil des Einkommens zu nehmen, um danach über direkte Einkommensübertragungen neue und zusätzliche Wege des bürokratischen Einkommensausgleichs zu suchen".

Auslösendes Moment der jetzigen Auseinandersetzungen ist ein Beschluß der EG-Länder, die Getreidepreise zu senken, falls 1984 die Getreideernte 121 Millionen Tonnen übertreffen sollte. Sie lag bei rund 150 Millionen. Die Kommission hatte beim Ministerrat im Juni zunächst eine Preissenkung um 3,6 Prozent vorgeschlagen, anschließend Kompromißangebote von 1,8 und zuletzt 0,9 Prozent Preissenkung gemacht.

Da für Raps und Hartweizen das neue Wirtschaftsjahr bereits am 1. Juli begann, hatte die Kommission hierfür ohne Ministerratsbeschluß die neuen Preise um 1,8 Prozent gesenkt (laut Kiechle-Interpretation nur für Raps, während Hartweizen unverändert bleibe). Für die übrigen Getreidearten, deren Wirtschaftsjahr Ende Juli endet, hatte die Kommission angekündigt, hier in gleicher Weise zu verfahren, falls sich der Ministerrat nicht vorher einigen sollte.

Auch wenn die rechtlichen Grundlagen der Kommissionsentscheidung von Bonner Politikern im großen und ganzen nicht angezweifelt werden, wird darin allgemein eine klimatische Belastung für die morgige Runde gesehen. Kiechle verurteilte den Brüsseler Alleingang „scharf" und meinte, er würde die morgige Verhandlungsrunde „wesentlich erschweren".

Die Verantwortung für die neuerliche Verschärfung müsse „allein die Kommission tragen". Sein Parteifreund Josef Brunner (von Beruf Landwirt) sprach sogar von „eigenmächtigem Hintergehen" Kiechles. Die Kommission habe ihm und den deutschen Bauern „den Dolch von hinten durch die Brust gerammt". Nach Meinung des Agrarausschußvorsitzenden im Bundestag, Martin Schmidt (SPD), hätte die Bundesregierung gut daran getan, den letzten Kommissionsvorschlag von 0,9 Prozent zu akzeptieren.

Kiechles Haus hat in einer Veröffentlichung noch einmal die Gründe für das Veto genannt. Von den 730 000 landwirtschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik werde in rund 440 000 Brotweizen angebaut, für den es bisher eine besondere Stützung gegeben habe. Da neben der Preissenkung auch diese Stützung fortfallen solle, wäre für diese Produktion eine weitere Preissenkung um etwa 7 Prozent gekommen.

US-AKTIENMÄRKTE

Volcker berichtet Mittwoch über den Kurs der Geldpolitik

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Reaktion der Wall Stret auf die neuen konjunkturellen Warnsignale war nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Die US-Aktienmärkte akzeptieren im Augenblick ein langsameres Wirtschaftstempo, das sich sowohl in den Einbrüchen im Einzelhandel als auch in den nicht steigenden Herstellerpreisen ausdrückt, weil anders die Zinsen kaum weiter sinken können. Vom Haushalt her ist keine rasche und ausreichende Entlastung zu erwarten, nachdem sich nun auch die Republikaner über die nötigen Defizitschnitte zerstritten haben.

Die neuen Rekorde, die – allerdings bei nur geringen Kursgewinnen – aufgestellt wurden, sind eher Mexiko zu verdanken, das noch einmal den Rohölpreis zurücknahm. Die Opec muß nun wohl oder übel folgen. Von dem billigeren Öl profitieren sofort die Flug- und Elektrizitätsgesellschaften. Positiv werten die Aktienmärkte auch den Dollarrutsch: Er bremst die Importkonkurrenz und hilft den amerikanischen Exportindustrien. Vor diesem Hintergrund verbesserte sich der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf um 4,15 (Freitag: 0,90) auf 1338,60, der umfassende Nyse-Index um 0,46 (0,18) auf 112,13 Punkte.

Am New Yorker Devisenplatz wurde dagegen der Rückgang der US-Einzelhandelsumsätze als ein klares konjunkturelles Schwächezeichen gesehen, das auf ein schnelles Ende der hohen Dollarrenditen hindeutet. Wie schon in den Vortagen sackte die amerikanische Währung stärker als in Frankfurt, und zwar von 2,9230 auf 2,8730 Mark.

Broker berichteten, daß ausländische Anleger in größerem Umfang mit der Auflösung ihrer in der Hochzinsphase zusammengekauften Dollar-Portefeuilles begonnen haben. Erstmals machte sich in den Bankzentren in Manhattan echter Pessimismus breit. Die USA seien plötzlich nicht mehr der „sichere Hafen", hieß es.

In den vergangenen vier Monaten sind in Amerika dreimal die Einzelhandelsumsätze gesunken. Im Juni und Mai waren es starke 0,8 und 0,5 Prozent. Dies geht einher mit einer verlangsamten Zunahme der Realeinkommen und einer höheren privaten Verschuldung. Das muß den Konsum dämpfen. Der nicht veränderte Index der US-Herstellerpreise im Juni (plus 1,4 Prozent im ersten Halbjahr 1985) wiederum reflektiert auch die stagnierende Industrieproduktion. So sind Vormaterialien heute um 8,3 Prozent billiger als vor Jahresfrist. Bei Halbwaren sind es 0,4 Prozent.

Das künftige Börsenklima hängt hauptsächlich von der US-Geldpolitik ab. Ob das Federal Reserve System auf dem bisherigen Expansionskurs bleibt, wird Paul Volcker an diesem Mittwoch im Kongreß verkünden.

Appell an die Regierung

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Wirtschaft ist schwächer als ihr Ruf; wesentlich schwächer, wenn man dem fast leidenschaftlichen Appell der Unternehmer an die Regierung folgt. Das liegt nicht nur an der Struktur dieser Wirtschaft, die immer noch von vielen Kleinstbetrieben geprägt ist. Zwei von zwölf Angehörigen der aktiven Bevölkerung sind „Unternehmer". Und der größte Unternehmer ist der Staat, der 40 Prozent der Wirtschaft und über die Hälfte des Bankenkapitals kontrolliert.

So wird es also noch viele Veränderungen geben müssen, wenn die Wirtschaft des Landes *zwischen den Pyrenäen* und dem Atlantik sich dem europäischen Wettbewerb unterwirft. Um zu überleben, stellen die spanischen Unternehmer Forderungen, von denen sie aber wissen müssen, daß der Staat sie kaum erfüllen kann, die aber dennoch objektiv die Voraussetzung dafür bilden, daß die Privatwirtschaft die nächsten Jahre erfolgreich übersteht.

Der wichtigste Punkt: Um die Mehrwertsteuer, die mit dem Beitrittsdatum vom 1. Januar 1986 an fällig wird, zahlen zu können, müssen die Unternehmen von jener Mehrlast entbunden werden, die ihnen ein schwacher Staat unter dem Druck starker Gewerkschaften nach dem Ende des Franco-Regimes aufbürdete: die Last der neuorganisierten Sozialversicherung, die zu über 80 Prozent die Unternehmen zu tragen haben. Nur: Wie soll eine Regierung diese Kosten übernehmen, die in diesem Jahr erstmals ihre Neuverschuldung knapp unter fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes halten kann.

Die Spanier wehren sich dagegen, daß ihnen die hochverschuldete Regierung vorhält, nicht genug zu investieren, zumal doch ausländische Unternehmen hier mit gutem Beispiel vorangingen. Tatsächlich liegen die Investitionen weit unter dem Bedarf, wenn man die Arbeitslosenquote von 22 Prozent bei *steigender* Tendenz in Rechnung stellt. Die Auslandsinvestitionen machen nicht einmal sieben Prozent der Gesamtinvestitionen aus.

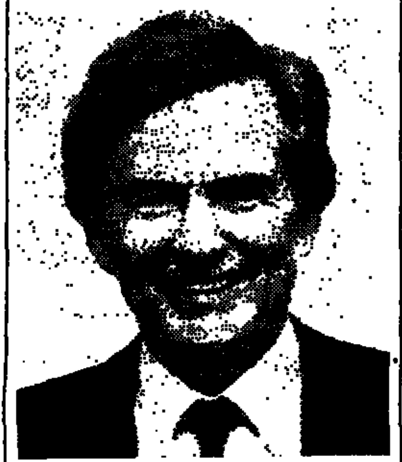
Zu 80 Prozent werden die Investitionen immer noch von der privaten Wirtschaft getragen. Diesen Anteil will sie auch nicht ausweiten, auch wenn mehr Geld zur Verfügung stünde als noch vor einem Jahr; denn dann, meinen Banken, versuchten die Unternehmen, den Eigenkapitalanteil von jetzt durchschnittlich 28 Prozent zu erhöhen. Der Staat, der über die Mammutholding INI 40 Prozent der Wirtschaft kontrolliert, hat ohnehin nur mit elf Prozent zu den Gesamtinvestitionen beigetragen.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird zudem durch den Staat gehemmt. Das „liberale" Image der sozialistischen Regierung, dessen bisherigen Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer sich nach der Schelte vom Vorjahr soeben das posthume Lob des Internationalen Währungsfonds einholte, verliert jedoch an Glanz. Denn der Staat hält nicht weniger als 55 Prozent der Bankdepositen unter seiner Kontrolle. Das geschieht über ein System von Mindestreserven, mit denen auch Investitionen und Spareinlagen gelenkt werden. Dieser Interventionismus orientiert sich aber nicht an der objektiven Notwendigkeit einer schrittweise aus dem Protektionismus zu entlassenden Privatwirtschaft.

Der Staat braucht das Geld vielmehr zur Deckung seiner Schuldverschreibungen, die zu verkaufen er die Banken verpflichtet. Damit entzieht aber er der Privatwirtschaft jene Mittel, die sie braucht, wenn sie investieren soll – und das zu Bedingungen, mit denen die freie Wirtschaft ohnehin nicht mithalten kann. Auch unter der Einschaltung der Auslandsbanken lassen sich die Zinssätze, die die Schuldverschreibungen nun einmal diktieren, nicht wesentlich herabdrücken.

Wer unter diesen Umständen den Rücktritt des Superministers Boyer analysiert, glaubt, daß Boyer sein Amt ganz bewußt niederlegte, als ihm weitere Garantien versagt wurden. Sein Nachfolger, Carlos Solchaga, wird nicht die gleichen Instrumente erhalten, um sich gegen den Druck der Gewerkschaften durchsetzen zu können. Und die Gewerkschaften – sowohl die der sozialistischen Regierungspartei als auch ihre gleich starken Rivalen, die kommunistischen Comisiones Obreras – werden angesichts der immer noch wachsenden Arbeitslosenzahl auf das Wirtschaftsprogramm drücken, wenn die Regierung nach den Wahlen 1986 in die zweite Legislaturperiode gehen will.

AUF EIN WORT



„In Fortsetzung der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Überstundenlimitierung könnte es womöglich eines Tages heißen: Arbeit nur noch „auf Bezugsschein" der Arbeitsbehörde zulässig."

Gerhard Gathmann, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Immobilien Fonds AG, Hamburg.
FOTO: FALK KÖHLER

Stahl-Einigung mit den USA?

VWD, **Brüssel**

In der am letzten Montag in Brüssel begonnenen Verhandlungsrunde zwischen der europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten zeichnete sich am Freitag eine Kompromißlösung ab. Nach Angaben aus Kommissionskreisen wurden die Brüsseler Beratungen bei einem Stand unterbrochen, der „eigentlich eine Basis für einen Kompromiß darstellen könnte". Die zunächst in einen Engpaß geratenen Verhandlungen seien durch ein US-Angebot hinsichtlich der künftigen EG-Lieferungen bei den bisher noch frei gehandelten „Konsultationsprodukten" wieder in Gang gebracht worden. Die Vereinigten Staaten haben für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen für heute „einseitige Maßnahmen" angekündigt.

STEUER-GEWERKSCHAFT

Flucht in Schattenwirtschaft wird immer bedrohlicher

HEINZ HECK, **Bonn**

„Die Steuermoral ist direkt davon abhängig, ob und inwieweit der Staat fähig ist, seinen Steueranspruch durchzusetzen." So die Aussage einer kürzlich gefaßten Entschließung des Bundeshauptvorstands der Deutschen Steuergewerkschaft (DStG). In der Bekämpfung der wachsenden Steuerkriminalität sieht sie eine vorrangige steuerpolitische, aber auch ordnungspolitische Aufgabe.

Zu den Hauptforderungen gehört, „daß kein Steuergesetz mehr verabschiedet werden darf, ohne den damit verbundenen erhöhten Personalaufwand auszuweisen". Der Bund als „Verursacher der Normenflut" müsse an den dadurch ausgelösten Kosten der Länder beteiligt werden. Betriebsprüfung und Steuerfahndung sollen gestärkt werden. Die Betriebsprüfung könne ihre Aufgaben, auf eine gleichmäßige Besteuerung hinzuwirken, die Steuerkriminalität zu bekämpfen und ihr vorzubeugen, nicht erfüllen, wie der vom Bundesrechnungshof offengelegte Betriebsprüfungsturnus beweise. „Die knapp 900 Steuerfahnder in der Bundesrepublik sind einer üppig gedeihenden Steuerkriminalität nicht gewachsen."

Die Steuerlast des Einzelnen werde immer drückender und die Flucht in die Schattenwirtschaft immer bedrohlicher für die Rechtsordnung. Die Gewerkschaft fordert eine spürbare Entlastung des Einzelnen durch eine „umfassende" Steuertarifreform. Über einen Abbau der steuerlichen Vergünstigungen sollten die Tarifkorrekturen finanziert werden: „Steuerentlastungen für alle statt steuerlicher Vergünstigungen für wenige sind ein wirksamer Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit."

LAKER-VERGLEICH

Die zwölf Beklagten werden 48 Millionen Dollar zahlen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Antitrust-Klage, die der englische Billigflieger Sir Freddie Laker im November 1982 gegen British Airways, Lufthansa, PanAm, TWA, Sabena, UTA, KLM, SAS, British Caledonian, Swissair, McDonnell Douglas und die McDonnell Douglas Finance Corp. angestrengt hat, ist außergerichtlich beigelegt worden. Vor dem Bundesdistriktgericht in Washington stimmte der Konkursverwalter der Laker Airways einem Vergleich zu. Er sieht die Zahlung von 48 Mill. Dollar (etwa 139 Mill. Mark) an mehr als 16 000 Laker-Gläubiger, darunter 14 000 Ticket-Besitzer, durch die zwölf Beklagten vor.

Sir Freddie Laker, der Gründer der in Konkurs gegangenen Fluggesellschaft, erhält acht Mill. Dollar und verzichtet im Gegenzug auf alle weiteren Ansprüche. Für heute wertlose Aktien wird seine frühere Frau Joan mit 50 000 Dollar abgefunden. Rund 30 multinationale Banken bleiben auf einem großen Teil ihrer Forderungen sitzen, da sie jeweils nur mit rund 250 000 Dollar entschädigt werden. Als Vertreter der Gruppe weigerte sich die British Airways, die Kosten für die einzelnen Beklagten mitzuteilen.

In seiner Klage hatte Laker British Airways und andere Luftfahrtgesellschaften beschuldigt, sein Unternehmen durch gemeinsame und gezielte Preisunterbietung in den Bankrott getrieben zu haben. Unter ihrem Druck haben sich McDonnell Douglas als Flugzeuglieferant geweigert, bei der Schuldenfinanzierung zu helfen. Laker begann seinen Skytrain-Service zwischen England und den USA 1977, 1981 geriet er in finanzielle Schwierigkeiten. Im Nordatlantik-Verkehr beförderten seine fünf DC 10 zeitweise jeden fünften Passagier.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Deutsche Investitionen im Ausland

1984

Insgesamt 9266 Mio. DM

Wer (%)

Wer	%
Beteiligungsgesellschaften	16
Kreditinstitute	14
Automobilindustrie	13
Chemische Industrie	10
Elektrotechn. Industrie	8
Gewinnung v. Erdöl u. Erdgas	5
Versicherungen	3
Wohnungsunternehmen	3
Sonstige	28

Wo (%)

Wo	%
USA	35
Großbritannien	12
Niederlande	6
Spanien	6
Mexiko	5
Frankreich	5
Belgien	4
Japan	3
Sonstige	24

Wie (in Mio. DM)

Wie	in Mio. DM
Beteiligungen	6089
Darlehen	1914
Zuschüsse	1262

CONDOR

Deutsche Unternehmen haben 1984 rund 9,3 Mrd. Mark in Form von Beteiligungen, Darlehen oder Zuschüssen im Ausland investiert, 1,5 Mrd. Mark mehr als 1983. Von dieser Summe entfielen 1,4 Mrd. Mark auf die Entwicklungsländer und 7,9 Mrd. Mark auf die Industrieländer. Allein in die USA ging über ein Drittel aller Direktinvestitionen. QUELLE: CONDOR

Bremen will „faire Lösung"

Bremen (dpa/VWD) – An einer fairen Lösung für die Reedereien der deutschen Hochseefischerei in Cuxhaven und in Bremerhaven ist das Land Bremen nach wie vor interessiert. Das versicherte der bremische Regierungschef, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), in einem dpa/VWD-Gespräch. Koschnick bestätigte, daß Ministerpräsident Albrecht mit dem für Fischerei zuständigen bremischen Wirtschaftssenator Werner Lenz (SPD) über die neuen Vorstellungen Niedersachsens für eine Einheitsgesellschaft gesprochen hat. Dabei sei von Bremer Seite darum gebeten worden, die niedersächsischen Ansichten über eine neue Konzeption schriftlich zu erhalten. Wenn diese geprüft seien, werde Bremen darauf antworten.

MG stockt auf

Frankfurt (Wb.) – Die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, erhöht ihr Grundkapital um 40 Mill. DM auf 280 Mill. DM aus genehmigtem Kapital. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zum Preis von 160 DM je 50-DM-Aktie im Verhältnis 6:1 angeboten werden und ab 1. Oktober 1985 gewinnberechtigt sein.

China: Importabgaben

Peking (dpa/VWD) – Der chinesische Staatsrat hat gestern die Einführung von Sonderabgaben für Importe bekanntgegeben. Mit dieser Abgabe, vor allem auf teure Konsumgüter aus dem Ausland, beabsichtigt China eine weitere Drosselung der Einfuhren, um den Devisenabfluß zu stoppen. Nach Angaben der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua soll die neue Regelung morgen in Kraft treten. Die Sonderabgaben gelten unter anderem für Pkw-Limousinen, Minibusse, Motorräder, Videorekorder, Farbfernseher, Minicomputer sowie Synthetische Gewebe und sollen in den fünf Sonderwirtschaftszonen sowie auf der südchinesischen Insel Hainan erhoben werden.

Kooperation der Banken

Luxemburg (VWD) – Führende japanische Banken und öffentliche Investitionsbanken in Europa wollen die gegenseitigen Direktinvestitionen zwischen Japan und der erweiterten Zwölfer-Gemeinschaft fördern. Die Banken sind bereit, ihre Beteiligung an der Finanzierung japanischer Unternehmen in Europa und europäischen Unternehmen in Japan zu verstärken. Zu diesem Ergebnis gelangten Vertreter der sechs führenden japanischen Banken und des Klubs der Institute für den langfristigen Kredit in der EG.

Gegen Kostenbeteiligung

Hamburg (VWD) – Die Angestellten-Ersatzkassen haben sich gegen eine weitere Kostenbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten ausgesprochen. Der Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen, Karl Kaula, kündigte den „entschiedenen Widerstand" der Kassen gegen entsprechende Pläne der FDP und der Arbeitgeber an. Eine weitergehende Belastung der Versicherten sei nicht vertretbar, zumal die Arbeitnehmer durch die Kostenbeteiligung bereits mit sechs Mrd. DM stärker belastet seien als die Arbeitgeber.

Hohe EG-Getreideernte

Bonn (DW) – In der EG wird in diesem Jahr nach jüngsten Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften mit einer Getreideernte von 133,6 Mill. Tonnen gerechnet. Das wären 1,5 Mill. Tonnen oder 1,1 Prozent mehr als im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984. Die hohe Vorjahresmenge von 150,8 Mill. Tonnen würde damit jedoch um 17,2 Mill. Tonnen oder 11,4 Prozent unterschritten. Das endgültige Ergebnis, das erfahrungsgemäß höher liegt als die Vorschätzungen, hängt im wesentlichen vom Witterungsverlauf der nächsten Wochen ab.

Airbus-Zukunft gesichert

München (dpa/VWD) – Die Zukunft der europäischen Airbus-Industrie ist nach den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten und Airbus-Aufsichtsratsvorsitzenden Franz Josef Strauß über das Jahr 2000 hinaus gesichert. Bei seinem Besuch im Airbus-Werk im französischen Toulouse am Vortag sei eine Vorentscheidung über die Aufstockung des Airbus-Programms getroffen worden, erklärte Strauß in München bei der Taufe eines neuen Airbus A 310 für die amerikanische Fluggesellschaft PanAm.

AUSSENHANDEL

Export in die Opec-Staaten ist kräftig zurückgegangen

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Die Entwicklungsländer außerhalb Europas konnten 1984 im Handel mit der Bundesrepublik deutlich aufholen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, schloß der Handel mit den Entwicklungsländern 1984 mit einem Fehlbetrag von 2,2 Milliarden DM ab. In den beiden Vorjahren hatte es jeweils noch einen Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik von 4 Milliarden DM gegeben.

Hinter den Zahlen verbergen sich recht unterschiedliche Strömungen. Ausschlaggebend für den Rückgang waren die verminderten Lieferungen in die Opec-Staaten. Die Exporte in diese Länder waren schon 1983 deutlich gesunken. Im vergangenen Jahr verminderten sie sich um elf Prozent abermals kräftig; der Aktivsaldo schrumpfte damit 1984 von 4,3 Milliarden auf 0,7 Milliarden DM.

Dafür nahmen die Ausfuhren in andere Entwicklungsländer um zwölf Prozent zu. Zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Waren unter den Entwicklungsländern zählten trotz allem der Iran (6,5 Milliarden DM) und Saudi-Arabien (6,3) sowie Ägypten (3,2), Brasilien, Indien (jeweils 2,6) und Algerien (2,5 Milliarden DM).

Die Einfuhren aus den Enwicklungsländern, die in den beiden vorangegangenen Jahren deutlich gesunken waren, übertrafen 1984 mit 69,9 Milliarden DM das Vorjahresergebnis um elf Prozent. Zu den wichtigsten Lieferanten gehörten 1984 Nigeria und Libyen (jeweils 6,2 Milliarden DM), Brasilien (5,5), Hongkong (4,0), Saudi-Arabien, Algerien (jeweils 2,8) und Venezuela (2,7 Milliarden DM). Die Opec-Länder lieferten unverändert Waren im Wert von 27,3 Milliarden DM.

SIEMENS / Vertrag mit dem japanischen Elektrokonzern Toshiba unterzeichnet

Das Mega-Projekt wird beschleunigt

DANKWARD SEITZ, **München**

Einen umfassenden Austausch von Know-how und Patentlizenzen für spezifische Produkte und Prozesse auf dem Gebiet integrierter Halbleiterschaltungen mit gegenseitigen weltweiten Rechten haben Ende vergangener Woche die Siemens AG, Berlin/München, und der japanische Elektro-Konzern Toshiba, Tokio, vereinbart. An diesen Vertrag knüpft Siemens eigenen Angaben zufolge die Hoffnung, sein 1984 gestartetes „Mega-Projekt" (Entwicklung und Fertigung eines 1- und 4-Megabit-Speichers sowie eines breiten Spektrums von Logikschaltungen in Micron- und Submicrontechnik) erheblich beschleunigen zu können.

Im weltweiten Rennen um die beste Position in der Mikroelektronik wird Siemens nun, wie ein Unternehmenssprecher auf Anfrage meinte, mit dem 1-Mbit-Speicher bereits in der zweiten Jahreshälfte 1986 auf den Markt kommen können statt wie bisher geplant 1987 und damit nur wenige Monate später als die schnellen Japaner. Zudem habe Siemens dafür noch einmal die für das „Mega-Projekt" vorgesehenen Investitionen von 1,4 Mrd. auf 1,7 Mrd. DM aufgestockt. Davon sollen 500 Mill. DM für den Aufbau des geplanten 1-Mbit-Produktionswerkes in Regensburg und 600 Mill. DM für die Entwicklung und Pilotfertigung des 4-Mbit-Speichers in München-Perlach aufgewendet werden.

Das strategische Ziel von Siemens beim „Mega"-Projekt ist es, in der 4-Mbit-Technologie einmal zu einem der führenden Hersteller modernster Halbleiterschaltungen zu werden. So sieht man auch in der Kooperation mit Toshiba einen weiteren Schritt dahin, durch weltweite Zusammenarbeit auf dem Halbleitersektor eigene Produkte noch besser durchzusetzen und die Entwicklungsergebnisse in das eigene Produktspektrum einbauen zu können. Keine Angaben wollte der Siemens-Sprecher über die finanzielle Seite dieses Abkommens machen.

Bei dem „Mega"-Projekt kooperiert Siemens bereits eng mit dem niederländischen Philips-Konzern, um eine gemeinsame Prozeßtechnologie zu entwickeln. An dieser Zusammenarbeit wird sich, wie bei Siemens betont wird, durch den Vertrag mit Toshiba nichts ändern. Dabei forschen Siemens und Philips getrennt, während die Ergebnisse ausgetauscht werden und in die jeweils eigene Fertigung einfließen.

In diesem Jahrzehnt werden die Megabit-Speicher nach Ansicht von Experten allerdings noch keine dominierende Rolle am Markt spielen. Für den erst jetzt aus Serienfertigung verfügbaren 256-Kilobit-Chip wird das größte Marktvolumen 1989 mit 3 Milliarden Stück erwartet.

US-AUTOINDUSTRIE

Einbruch bei den Erträgen

dpa/VWD, New York

Amerikas Automobilhersteller, die in den beiden vergangenen Jahren Rekordsummen einfuhren, werden dieses Jahr erheblich weniger verdienen. Bei jedem der drei Großen – General Motors Corporation, Ford Motor Company, Chrysler Corporation – zehrten im 2. Quartal höhere Steuern und kostspielige Verkaufsförderungsprogramme am Gewinn. Branchenanalysten haben ausgerechnet, daß sie zusammen etwa 2,4 Mrd. Dollar verdient haben. Das wären 30 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. 1984 verdienten die drei Großen zusammen 9,83 Mrd. Dollar (28 Mrd. DM).

Nachdem nun im Anschluß an die Aufhebung des Selbstbeschränkungsabkommens mit Japan im März die japanischen Einfuhren wieder zunehmen dürften, wird sich der Wettbewerb verschärfen. Das Ergebnis wird zum Teil auch deshalb schlechter ausfallen, weil die Unternehmen im Vergleichszeitraum von rezessionsbedingten Steuergutschriften Gebrauch machen konnten.

WELTHANDEL / Bundesrepublik nach zehn Jahren beim Industriegüterexport vom ersten Platz vertrieben

Japaner verfolgen eine erfolgreichere Strategie

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Bundesrepublik, seit zehn Jahren größter Exporteur von Industriegütern weltweit, wurde im letzten Jahr erstmals von Japan überflügelt. Während die Deutschen für 148,61 Mrd. Dollar Waren ausführten, brachte es das fernöstliche Inselreich auf 165 Mrd. Dollar. Eine Analyse des Welthandels 1984 hat das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf erstellt. Danach beruhte der Erfolg der Japaner vor allem auf drei Punkten: Wechselkursvorteile, die Ausrichtung auf wachstumsorientierte Absatzmärkte sowie ein optimal auf heutige Marktbedürfnisse getrimmtes Produktesortiment.

Die japanische Industriewarenausfuhr ist erheblich schneller gewachsen als die der übrigen Industrieländer. Dieser Anstieg der japanischen Marktanteile seit 1980 hängt mit der Abwertung der DM und anderer europäischen Währungen gegenüber dem Yen sowie dem Höhenflug des Dollar zusammen. Zwischen 1980 und 1984 wurde die DM um 56 Prozent abgewertet gegenüber dem Dollar, der Yen jedoch nur um fünf Prozent. Auch preisbereinigt stiegen die japanischen Exporte in den letzten fünf Jahren um 60 Prozent, die deutschen hingegen nur um 22 Prozent.

Auch in der Ausrichtung auf die richtigen Absatzmärkte, in der Regionalstruktur, liegen die Japaner sehr günstig. Im Unterschied zur Bundesrepublik, die über ein Drittel ihrer Ausfuhr den stagnierenden Märkten Westeuropas liefert, konzentriert der Inselstaat seine Exporte auf die wachsenden Absatzgebiete Südostasiens (plus 10 Prozent) und Nordamerikas (plus 5 Prozent). In die USA führt Japan 35,2 Prozent seiner Exporte aus, während die Bundesrepublik 9,6 Prozent ausweist; im pazifischen Raum hält Japan über 40 Prozent der Marktanteile aller Industrieländer, die Bundesrepublik 7 Prozent.

Wesentlich ist außerdem das marktgerechte Produktesortiment der Japaner. Die Inselnation hat sich auf Sektoren wie Elektronik spezialisiert, die weltweit stark nachgefragt sind. Im Elektronikgüterbereich wuchsen die weltweiten Dollar-Exporte von 1979–84 um 100 Prozent, während alle anderen Industriewaren nur um zehn Prozent zulegten. 1984 exportierte Japan für 36 Mrd. Dollar Elektronik, während die Deutschen knapp ein Viertel davon, etwas unter neun Mrd. Dollar, ausführten.

Der Inselstaat ist nicht nur bei der Konsumgüterelektronik wie Video- und TV-Geräten führend, sondern auch im Telekommunikationsbereich. Auch beginnt Japan, die USA bei elektronischen Bauteilen (Halbleiter) zu überflügeln. Ebenso bei Computern schließt sich die Lücke.

Im Sektor Elektronik sind die meisten neuen Produkte entstanden; das japanische Angebot harmoniert mit der wachsenden Nachfrage. Bei elektronischen Gütern haben die Japaner 32 Prozent der Exporte aller Industrieländer erobert, während sie bei allen anderen Industriegütern 16,5 Prozent der Ausfuhr halten.

Dazu kommt das japanische Exportwachstum selbst bei stagnierenden Märkten. Bestes Beispiel liefert die Automobilbranche: Noch 1979 führte die Bundesrepublik gut ein Drittel mehr aus als der Inselstaat: Pkw, Lkw und Zubehör im Wert von 27,2 Mrd. Dollar gegenüber 201 Mrd. Dollar aus Japan. Nur fünf Jahre später exportierten die Asiaten 30 Prozent mehr als die Deutschen, nämlich 37 Mrd. Dollar gegenüber 28 Mrd. Am stärksten ist der Export von Autoersatzteilen und Zubehör gewachsen: 1984 wertmäßig um 27 Prozent.

Selbst auf schrumpfenden Drittmärkten halten sich die Japaner besser. In den Opec-Ländern etwa konnten die Asiaten zwischen 1980 und 83 insgesamt noch um drei Prozent expandieren, während die Bundesrepublik im gleichen Zeitraum zwei Prozent ihrer Marktanteile verlor.

Die Effizienz der Japaner liegt auch darin, daß sie marode Industrien absterben lassen. Die Textilindustrie haben sie zum Beispiel in benachbarte Niedriglohnländer ausgelagert; Europäer und zum Teil auch Amerikaner versuchen, die alten Strukturen zu bewahren.

Die Standardvorhersagen prognostizieren, daß die Japaner auch in Zukunft ein stärkeres Wirtschaftswachstum haben werden als die Deutschen. Erwartet wird, daß die Ungleichgewichte in der Wechselkursentwicklung behoben werden.

ENGLAND / Staatsbetriebe spüren Folgen des Kohlestreiks

Finanzlimit kräftig überzogen

WILHELM FURLER, London

Einmal mehr haben die britischen Staatsunternehmen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verheerend abgeschnitten. Insgesamt haben sie im Finanzjahr 1984/85 ihren Finanzbedarf in Höhe von 1,93 Mrd. Pfund (gut 7,7 Mrd. DM) um immerhin mehr als 100 Prozent überzogen, um ihre Verluste ausgleichen zu können.

Ursprünglich war den Unternehmen in britischem Staatsbesitz ein Limit an direkten Zuschüssen und staatlich verbürgten Krediten in Höhe von 1,88 Mrd. Pfund gesetzt worden, das später aufgrund geänderter Abrechnungen der Sozialversicherung und anderer Änderungen auf 1,93 Mrd. Pfund ausgeweitet wurde. Die jüngste Schätzung liegt aber inzwischen bei einem Finanzbedarf in Höhe von rund 3,9 Mrd. Pfund (15,6 Mrd. DM).

Ein großes Loch hat erwartungsgemäß der fast ein Jahr dauernde Streik der britischen Bergleute in die Kasse etlicher Staatsunternehmen geschlagen, insbesondere bei der staatlichen Kohlebehörde (National Coal Board) selbst, aber auch bei der staatlichen Elektrizitätsversorgung sowie beim Stahlkonzern British Steel. Der ursprünglich festgelegte Verschuldungsrahmen der staatlichen Kohlebehörde in Höhe von 1,1 Mrd. Pfund wurde um 620 Mill. Pfund überschritten. Und die staatliche Elektrizitätsversorgung, die ursprünglich nach den Plänen von Februar 1984 eigentlich 740 Mill. Pfund für die Staatskasse erwirtschaften sollte, mußte statt dessen 523 Mill. Pfund in Anspruch nehmen.

Nicht viel besser erging es der Staatsbahn British Rail, deren Versuch, die Staatskasse endlich einmal mit weniger als einer Mrd. Pfund zu belasten, kläglich scheiterte. So mußte der Finanzbedarf der Bahn auf 1,045 Mrd. Pfund festgeschrieben werden. Auch davon ist ein Teil auf den Kohlestreik zurückzuführen.

Unter den wenigen Staatsunternehmen, die einen positiven Beitrag an die Staatskasse lieferten, ragen die Fluggesellschaft British Airways mit 335 Mill. Pfund (ursprüngliche Erwartung vom Februar 1984: plus 160 Mill. Pfund) und die Post mit 70 Mill. Pfund heraus.

Ausland kurbelt die Wirtschaft an

IRENE ZÜCKER, Genf

Das reale Bruttoinlandprodukt der Schweiz ist im ersten Quartal im Vergleich zur Vorjahresperiode um zwei Prozent gewachsen. Dies geht aus den Schätzungen des Bundesamtes für Statistik hervor. Das Wachstum der schweizerischen Wirtschaft ist im ersten Quartal höher ausgefallen als im westeuropäischen Durchschnitt.

Wichtigster Wachstumsimpuls lieferte die Auslandsnachfrage. Nicht zuletzt wegen der Abschwächung des Frankens hielt die Ausfuhrbelebung unvermindert an. Der gesteigerte Export von Produkten erhöhte sich zu konstanten Preisen um 7,4 Prozent, die Ausfuhr von Dienstleistungen wuchs nur um 2,6 Prozent.

Weniger stiegen die Käufe ausländischer Produkte und Dienstleistungen mit real 2,3 Prozent (Vorquartal: plus 7,8 Prozent). Die Abnahme ist jedoch auf den Rückgang der Importe elektrischen Stroms zurückzuführen.

ITALIEN / Beteiligung des größten Chemiekonzerns an Bi-Invest setzt Zeichen

Montedison will Aktivitäten global erweitern

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der größte italienische Chemiekonzern, Montedison F.P.A. in Mailand, ist gegenwärtig dabei, seine Aktivitäten und Beteiligungen im In- und Ausland auszubauen. Letzte bisherige Operation ist der in den letzten Wochen an der Börse erfolgte Kauf der Kontrollquote der Mailänder Finanzgesellschaft Bi-Invest in Höhe von etwa 37 Prozent des Kapitals. Davor war die Kontrolle von Bi-Invest durch die Mailänder Unternehmerfamilie Bonomi ausgeübt worden. Ziel der Kontrollübernahme ist es der Konzernleitung von Montedison zu Folge die Tochterunternehmen der beiden Gesellschaften, die in ähnlichen Bereichen tätig sind, in Verbund arbeiten zu lassen. Als verbundfähig gelten in Mailänder Branchenkreisen in diesem Zusammenhang unter anderem die Bi-Invest-Tochter Fisac, Italiens größter Seidenverarbeiter und die Montedison-Tochter Montefibrie, Italiens größer Chemiefaser-Hersteller. Weitere Verbundmöglichkeiten könnten sich im Falle der Montedison-Tochter Standa, Italiens größtem Warenhauskonzern und des größten italienischen Versandhausunternehmens der Bi-Invest-Tochter Postalmarket, ergeben. In den Rahmen der Chemieaktivitäten von Montedison paßt auch das von Bi-Invest kontrollierte Chemie- und Zündwarenunternehmen Saffa.

Gegenwärtig ist die Spezialitätenchemie und die Pharmazeutik am Montedisonumsatz mit zusammen etwa 27 Prozent beteiligt, während auf die Grundstoffchemie 34 Prozent und auf die Energie- und Dienstleistungsbereiche jeweils um die 20 Prozent entfallen. Erklärtes Ziel von Montedison ist es, den Anteil vor allem der Spezialitätenchemie und der Pharmazeutik sowie im Grundstoffchemiebereich den der Fluor-Chemie auszudehnen. Weiter ausgebaut werden soll auch der Dienstleistungszweig, der vor allem vom Ertrag her eine wichtige Konzernsäule darstellt.

Im Ausland plant Montedison unter anderem den Ausbau der Fluor-Chemie und die Beteiligung an der Äthanol-Herstellung. Vorgesehen ist die Beteiligung an der Firma Missalco (Mississippi River Alcol Company in New Orleans), die die Firma Ferruzzi mit US-Partnern zusammen gegründet hat, um in den USA Äthanol zu erzeugen. In der Anfangsphase ist eine Jahresproduktion von 160 Mill. Liter vorgesehen. Die Hälfte davon wird Texaco abnehmen.

Im Jahre 1984 stieg der Montedison-Konzernumsatz gegenüber dem Vorjahr um 16,2 Prozent auf 12 382 Mrd. Lire, wovon 44 Prozent auf die Ausfuhr entfielen. Seit 1980 steckt die Konzernbilanz ununterbrochen in den roten Zahlen. Der Bilanzausgleich ist für 1985, die Rückkehr in die Gewinnzone für 1986 vorgesehen.

Midland Bank kauft Anteil zurück

fu. London

Die Londoner Merchant Bank Samuel Montagu wird wieder eine hundertprozentige Tochter der zu den „big four" gehörenden britischen Geschäftsbank Midland Bank. Erst 1982 hatte die Midland Bank 40 Prozent an Samuel Montagu an den US-Versicherungskonzern Aetna Life and Casualty für 66 Mill. Pfund verkauft. Jetzt wird Midland für den Rückkauf knapp 98 Mill. Pfund (etwa 400 Mill. DM) bezahlen. In einem Parallel-Geschäft übernimmt Aetna die Vermögensanlage-Tochter von Montagu, die Montagu Investment Management. Mit der vollen Übernahme von Samuel Montagu will sich die Midland Bank auf die Liberalisierung des Londoner Wertpapierhandels einrichten. So hat Montagu inzwischen das bekannte Stockbroker-Haus Greenwell gekauft. Dieser Dreier-Verbund ermöglicht ein weitgespanntes Finanz-Dienstleistungsangebot „unter einem Dach".

RENTENMARKT / Tendenz insgesamt noch freundlich

Optionsscheine fielen ab

Der Abrutsch des Dollarkurses auf 2,9023 DM und die Einbrüche am Aktienmarkt am Mittwoch und Freitag vergangener Woche beeinflußten auch den Rentenmarkt: Ausländer blickten abwartend auf die US-Währung; Anleger hielten sich außerdem zurück, weil sie hoffen, die Bundesbank nutzt den gewonnenen Spielraum und senkt den Lombardsatz von jetzt 6 Prozent. Optionsscheine mußten kräftige Kursrückgänge hinnehmen. Insgeamt aber blieb die Markttendenz freundlich; die Kurssteigerungen hielten sich jedoch in Grenzen. Die Durchschnittsrendite bei öffentlichen Anleihen pendelte sich bei 6,67 Prozent ein. (DW.)

Emissionen	12.7. 85	5.7. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,34	6,35	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,50	6,60	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,42	6,56	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,87	6,85	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,46	6,54	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,18	6,26	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,98	7,06	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,46	6,54	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,06	7,11	7,20	8,08	8,45

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Gesellschaftstierarzt und Prokuristen, Herrn

Dr. Gisbert Straeten

der am 10. Juli 1985 im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Mit ihm scheidet eine Persönlichkeit von hoher menschlicher und fachlicher Qualifikation nach 20jähriger Tätigkeit für die Gesellschaft aus unserem Leben.

Das Gefühl von Hochachtung und Dankbarkeit für den Verstorbenen läßt ihn in unseren Gedanken fortleben.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der

Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a. G.

FINANZANZEIGEN

reichelt

F. Reichelt Aktiengesellschaft Hamburg

Bilanz zum 31. Dezember 1984

– in zusammengefaßter Form –

AKTIVA	1984 TDM	1983 TDM
Sachanlagen	23 461	21 907
Beteiligungen	2 781	3 232
Vorräte	30 321	28 495
Kurzfristige Forderungen	28 189	24 026
Flüssige Mittel	106	30
Forderungen an verbundene Unternehmen	93 355	77 388
Sonstige Vermögensgegenstände einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	10 536	9 533
Bilanzverlust	—	2 701
	188 749	167 312

PASSIVA	1984 TDM	1983 TDM
Grundkapital	18 291	18 290
Rücklagen	6 384	13 539
Sonderposten mit Rücklageanteil	368	368
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	1 038	795
Pensionsrückstellungen	2 253	2 195
Andere Rückstellungen	2 186	2 085
Langfristige Verbindlichkeiten	9 236	9 214
Kurzfristige Verbindlichkeiten	149 003	120 826
	188 749	167 312

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984

– in zusammengefaßter Form –

	1984 TDM	1983 TDM
Umsatzerlöse	244 097	224 654
Aufwendungen für bezogene Waren	222 715	204 550
Rohertrag	21 382	20 104
Erträge aus Beteiligungen	2 187	2 479
Gewinne aus Anlagenabgängen und Zuschreibungen	92	7
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	30	74
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6 b EStG	—	2 835
Sonstige Erträge davon außerordentliche TDM 2 191 (Vorjahr TDM 310)	8 614	6 844
	10 923	12 239
	32 305	32 343

	1984 TDM	1983 TDM
Personalaufwendungen	14 409	13 297
Abschreibungen auf Anlagevermögen	2 442	6 044
Zinsaufwand	7 198	4 866
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag, vom Vermögen	549	480
Sonstige Steuern	81	95
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	—	368
Sonstige Aufwendungen	12 068	10 066
	36 747	35 216
Jahresfehlbetrag	4 444	2 873
Verlustvortrag Vorjahr Gewinnvortrag	2 701	172
Entnahme aus freien Rücklagen	7 145	—
Bilanzverlust	—	2 701

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers trägt, wird voraussichtlich im Juli 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

Der Bericht für das Geschäftsjahr 1984 kann kostenlos bei der Gesellschaft bezogen werden.

Aufsichtsrat:
Adolf Merckle, Vorsitzender; Gerhard W. Bülow, stellv. Vorsitzender; Klaus v. Broen; Franz Koch; Werner Kraschinski; Dieter Wöhning.

Vorstand:
Rudolf Dittrich; Werner Harder.

Linde

Linde Aktiengesellschaft Wiesbaden

– Wertpapier-Kenn-Nummer 648 300 –

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 6 Abs. 4 der Satzung hat der Vorstand unserer Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossen, das Grundkapital um DM 36.000.000,– auf DM 216.000.000,– durch Ausgabe von 720.000 neuen auf den Inhaber lautenden Aktien zu je DM 50,– zu erhöhen. Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1985 zur Hälfte dividendenberechtigt. Ein Bankenkonsortium unter der Führung der Deutschen Bank AG hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären im Verhältnis 5 : 1 zum Preis von DM 250,– je Aktie zu DM 50,– zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 19. Juli bis 2. August 1985 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 22 während der üblichen Schalterstunden bei einer der nachstehend genannten Bezugsstellen auszuüben:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Merck, Finck & Co.

Auf je 5 alte Aktien zu DM 50,– kann 1 neue Aktie zu DM 50,– zum Preis von DM 250,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei der Bezugsanmeldung, spätestens am 2. August 1985, zu entrichten. Die neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummer 648 301) sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 23 bis 40 und Erneuerungsschein ausgestattet; der Gewinnanteilschein Nr. 23 trägt den Aufdruck „1/2".

Die Bezugsrechte (Wertpapier-Kenn-Nummer 648 308) werden vom 19. bis 31. Juli 1985 einschließlich an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom Beginn der Bezugsfrist an versteht sich der Börsenhandel der alten Aktien „ex Bezugsrecht".

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß das Bezugsrecht unter Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 22 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind zunächst in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegt wird. Bis zum Vorlegen von Einzelurkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die Bezieher erhalten zunächst eine Gutschrift auf Girosammeldepotkonto.

Die neuen Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München zugelassen; die Notierung wird am 6. August 1985 aufgenommen werden.

Wiesbaden, im Juli 1985

Der Vorstand



Linde International B.V. · Amsterdam/Niederlande

Mitteilung an die Inhaber der Optionsscheine zu unserer 3⅛ % Optionsanleihe von 1984/1994

Der Optionspreis zur Ausübung der Option auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft aus den Optionsscheinen zu unserer 3⅛ % Optionsanleihe von 1984/1994 ermäßigt sich infolge der Kapitalerhöhung von 1985 der Linde Aktiengesellschaft nach der in § 7 der Optionsbedingungen enthaltenen und erläuterten Formel vom Stichtag, dem 19. Juli 1985, an auf

DM 343,33.

In der Zeit vom 15. bis 18. Juli 1985 einschließlich kann das Optionsrecht nicht ausgeübt werden (§ 2 der Optionsbedingungen). Vom genannten Stichtag an können bei Ausübung des Optionsrechts nur noch Aktien der Linde Aktiengesellschaft „ex Bezugsrecht" erworben werden.

Amsterdam, im Juli 1985

Linde International B.V.
Die Geschäftsführung

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD, Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

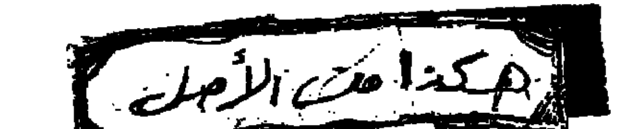
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



MUSTANG / Handel honoriert Markenprofilierung

Jeans gehen wieder besser

WERNER NEITZEL, **Künzelsau**

Während in der Jeans-Branche seit geraumer Zeit Überkapazitäten, Kurzarbeit, Werksstillegungen oder gar die Aufgabe von Marken und Märkten das Bild bestimmen, sieht die Mustang Bekleidungswerke GmbH + Co., Künzelsau, wachsende Chancen. In den ersten sechs Monaten 1985 erzielte das Familienunternehmen nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Albert Sefranek ein Umsatzplus von über 5 Prozent, wogegen die deutsche Herren-Bekleidungsindustrie deutlich im Minus gelegen haben dürfte.

Für das zweite Halbjahr stellen sich die Perspektiven aufgrund der Vororders noch günstiger, denn hier wurde mengenmäßig ein Zuwachs von 36 Prozent erzielt. In der Produktgruppe der Jeans lag das Vororderplus sogar bei über 40 Prozent. Für diese Erfolge maßgebend ist vor allem das vom Markt her sehr positiv aufgenommene Kollektionskonzept der Firma Mustang, in dem die Sparte der „New Basics", das ist nach Sefraneks Definition eine „jeansverwandte junge Freizeitmode mit Zeitgeist", eine stark wachsende Bedeutung hat. Überdies hält sich Mustang aus Billigpreisangeboten heraus und arbeitet ständig an seinem Markenprofil, was offenbar auch vom Handel honoriert wird.

Auf die rezessiven Tendenzen in 1984 hatte sich Mustang durch „angemessene Reduzierung" der Kapazität eingestellt. Der Umsatz verringerte sich zwar um 7,2 Prozent auf 134 Mill. DM, doch fiel der Rückgang wesentlich niedriger als der des Gesamtmarktes aus. „Dem Ertrag zuliebe" – das Gewinniveau sei immer noch als gut zu bezeichnen – habe man bewußt einen 9 Prozent geringeren Mengenabsatz bei Jeans in Kauf genommen. Sie machen 85 Prozent des Wertumsatzes aus. Investiert wurden 6 Mill. DM, für das laufende Jahr sind 2,5 Mill. DM Investitionen eingeplant.

Durch Umstrukturierungsmaßnahmen vergrößerte sich die Zahl der Mitarbeiter auf 854 (plus 4 Prozent). Eine Produktionstochter besteht in Portugal (knapp 200 Beschäftigte). Die Vertriebstochter in Frankreich kam auf einen Umsatz von 30,5 Mill. Franc (plus 18,5 Prozent).

HEILIT + WOERNER / Gute Liquiditätslage – Großaktionär wieder ohne Dividende

Auslandsbau verliert an Bedeutung

DANKWARD SEITZ, **München**

Keine Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der Lage in der Bauwirtschaft hat die Heilit + Woerner Bau-AG, München. Nach Ansicht ihres Vorstandsmitglieds Helmut Holz dürfte sich diese Situation erst nachhaltig bessern, wenn einerseits die öffentliche Hand von ihrer restriktiven Fianzpolitik abgeht und die Investitionen deutlich verstärkt sowie andererseits die Branche endlich die erforderlichen Überkapazitäten abbaut. Und auch der Auslandsbau werde keine Entlastung bringen, solange die Opec-Länder wegen schwindender Einnahmen und die Staaten der Dritten Welt aufgrund der anhaltenden Finanzkrisen ihre Investitionsprogramme weiter kürzen müssen.

Angesichts dieser Situation stellt sich Heilit + Woerner darauf ein, daß die eigene Bauleistung 1985 auf dem schon niedrigen Vorjahresniveau stagnieren wird und man, wie die Branche, über ein ausgeglichenes Ergebnis froh sein kann. Die Hoffnungen richten sich dabei trotz schwieriger Marktlage fast ausschließlich auf den Inlandsmarkt und hier insbesondere auf den Tiefbau. Denn während die Gesamtbauleistung des Unternehmens wegen des langen und kalten Winters in den ersten sechs Monaten um 14 Prozent gegenüber der Vorjahreszeit zurückging, konnte im Tiefbau ein Plus von 14 Prozent verzeichnet werden. Weiter abnehmen dürfte der Auslandsbau, auch wenn zwei Aufträge aus Nigeria über jeweils 25 Mill. DM den gesamten Auftragsbestand per Ende Juni wieder auf den Wert vom Jahresanfang von rund 384 Mill. DM ansteigen ließen.

Bereits 1984 bekam Heilit + Woerner diese Entwicklung in einem Rückgang der Bauleistung um 28 Prozent auf 940 Mill. DM zu spüren. Zwar brachte das Inlandsgeschäft eine leichte Steigerung auf 600 (586) Mill. DM, dafür aber fiel der Auslandsbau auf 340 (714) Mill. DM zurück. Das gleiche Bild zeigt der Auftragseingang von 706 (687) Mill. DM. Hier brachte das Inland noch ein überdurchschnittliches Plus von 17 Prozent auf 594 Mill. DM, während aus dem Ausland nur Bestellungen über 112 (180) Mill. DM kamen.

So enttäuschend dies letztlich auch sein mag, kann es doch ebenso mit einem lachenden Auge bewertet werden. Denn vor allem das Abschmelzen des Auslandsbaus führte zu einer seit Jahren nicht gekannten guten Liquiditätslage. So konnten die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken – langfristige bestehen überhaupt nicht – um 46,2 Mill. auf 13,1 Mill. DM abgebaut werden. An Guthaben werden hingegen 99,3 (68,4) Mill. DM ausgewiesen. Der Zinsaufwand reduzierte sich auf 7,5 (13,7) Mill. DM.

Dies ermöglichte es, bei deutlich geringeren sonstigen Aufwendungen von 127 (203) Mill. DM einen abrechnungsbedingten Betriebsverlust von „unter 10 Mill. DM" zu verdauen und wieder einen fast unveränderten Jahresüberschuß von 0,11 (0,15) Mill. DM auszuweisen. Wie im Vorjahr wird der Hauptversammlung (26. Juli) vorgeschlagen, für die Minderheitsaktionäre, die noch 0,87 Mill. DM des Grundkapitals von 27 Mill. DM halten, eine Dividende von 5 DM auszuschütten. Der Großaktionär, die Schörghuber-Gruppe, verzichtet wieder auf eine Ausschüttung.

HAWESTA / Führende Positionen an Land gefischt

Nur handverpackte Ware

J. BRECH, **Hamburg**

Die Hawesta-Feinkost, Hans Westphal GmbH & Co KG, Lübeck-Schlutup, ein vor 84 Jahren gegründetes Familienunternehmen, das sich auf die Verarbeitung von Heringsfilets spezialisiert hat, spielt unverändert eine führende Rolle am deutschen Markt für Fisch-Dauerkonserven. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Peter Westphal-Langloh ist Hawesta am Gesamtmarkt mit 27 Prozent beteiligt. Berücksichtigt man nur den von Nielsen erfaßten Einzelhandel beträgt der Anteil 35 Prozent.

Das mit einem klaren Markenprofil ausgestattete Fischfeinkost-Programm der gehobenen Preisklasse umfaßt 130 Artikel. Im vergangenen Jahr hat Hawesta etwa 55 Mill. Dosen verkauft und rund 86 Mill. DM umgesetzt. Neben dem eigenen Programm fertigt Hawesta außerdem Handelsware für die Rewe (Gütefisch) und für die co op Gruppe (Senator und Seelord). Das eigene Sortiment ist dieser Tage um eine neue „Leichte Linie" erweitert worden.

Im Inland wird die nach wie vor grundsätzlich handverpackte Ware über 35 Auslieferungsläger vertrieben. Nach Angaben von Westphal-Langloh gibt es dabei ein starkes Süd-Nord-Gefälle. Während Hawesta im Süden über überdurchschnittliche Marktanteile verfügt, ist das Unternehmen in den Küstenländern unterrepräsentiert. Hier macht sich die noch vorhandene Konkurrenz kleiner Unternehmen bemerkbar, die nicht bundesweit distribuieren.

Die Rohware kommt zu 80 Prozent in Form filetierter Frischware aus Dänemark. Im Lübecker Werk sind spezielle Produkte entwickelt worden, die für die Verarbeitung der kleineren Ostsee-Heringe geeignet sind. Die restlichen 20 Prozent bezieht Hawesta tiefgefroren vornehmlich aus Norwegen und Kanada. Mit dieser Ware, so Westphal-Langloh, würden Preissprünge, Fangbeschränkungen und wetterbedingte Ausfälle ausgeglichen. Einen zweiten Produktionsbetrieb hatte Hawesta 1974 in Munkebo auf der dänischen Insel Fünen errichtet, weil der Arbeitskräftemangel eine Erweiterung des Stammwerkes in Lübeck nicht zuließ.

BRAAS / Hohe Polster bei den Rückstellungen gebildet

Harte Zeiten am Baumarkt

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Wir müssen uns mit aller Rationalität auf sieben magere Jahre einstellen", gibt Kurt Ruths, Geschäftsleitungssprecher der Braas & Co., GmbH, Frankfurt, die Maxime für die Zukunft aus. Nach Einschätzung des Dachpfannen-Spezialisten liegt der langfristige Jahresbedarf an neuen Wohnungen nur bei 280 000 bis 300 000 Einheiten. 1985 wäre sogar ein Rückgang auf 210 000 (398 000) Einheiten denkbar. Braas selbst allerdings, 1984 mit 92 (90) Prozent seiner Umsätze vom Baumarkt abhängig, hat sich nach eigenem Urteil auf die mageren Zeiten gut vorbereitet.

Nach der beizeiten vorgenommenen Liquiditätsvorsorge und den Kostensenkungsmaßnahmen der vergangenen Jahre ist Ruths zuversichtlich, den für 1985 absehbaren Umsatzrückgang um 8 bis 10 Prozent ebensogut zu überstehen wie die kaum besseren nächsten Jahre. Eine erste Bewährungsprobe hat das Konzept schon 1984 hinter sich gebracht.

Obwohl der Umsatz bereits um knapp 2 Prozent auf 706 (717) Mill. DM zurückging, konnte der Konzern einen Jahresüberschuß von 39 (38) Mill. DM ausweisen. Dabei wurden – insbesondere bei den Rückstellungen, die auf 289 (250) Mill. DM angeschwollen – erneut ansehnliche Polster gebildet. Die auf 28 (48) Mill. DM verringerte Steuerposition deutet allerdings an, daß die Ertragskraft 1983 trotz des geringeren Gewinnausweises noch größer gewesen war.

Handelsbilanz-Rückstellungen über das steuerlich zulässige Maß hinaus hatten zu dieser Verzerrung geführt. Belastend wirkte 1984 auch die Umschichtung bei den US-Beteiligungen. Der Rückzug aus dem 50-Prozent-Engagement bei der Redland-Braas-Corporation und die direkte Beteiligung an deren Tochter Gang Nail brachte Verluste aus Anlageabgängen von 24 Mill. DM, die zu einem guten Teil durch Währungsgewinne kompensiert wurden.

Runde 77 Mill. DM Beteiligungszugänge gehen noch auf die Vollübernahme (bisher 49 Prozent) von zwei italienischen Dachziegelherstellern zurück. In Sachanlagen wurden dagegen „nur" 34 (33) Mill. DM bei 33 (32,5) Mill. DM Abschreibungen investiert. Aufgegeben wurde das Energiesparprodukt „Studiodach", der Folienbereich auf das Kerngebiet der Baufolien reduziert. Davon sind 180 Mitarbeiter betroffen. Ein leichter Rückgang der 1984 bei 3152 (3142) Mitarbeitern gehaltenen Belegschaft darüber wird nicht ausgeschlossen.

Großauftrag für den Fahrzeugbau?

dpa/VWD, **Friedrichshafen**

Die Zeppelin-Metallwerke GmbH, Friedrichshafen, die rund 90 Prozent ihres Umsatzes mit dem Handel von Caterpillar- und Zeppelin-Baumaschinen, Motoren und Ersatzteilen erzielt, erwartet 1985 nur in ihrem Fertigungsbetrieb eine Verbesserung der Geschäftslage. Wie es im Geschäftsbericht 1984 heißt, bestehen im Bereich Fahrzeugbau gute Aussichten auf einen öffentlichen Auftrag, der die Auslastung über mehrere Jahre sichern würde. Im Behälter- und Apparatebau werde sich 1985 die erhöhte Investitionstätigkeit der Chemieindustrie positiv auswirken. Der Radar- und Richtfunkbau lasse eine gute Auslastung bei kleineren Geräten und einige größere Anlagen erhoffen. Dagegen erwartet das Unternehmen im Handel mit Caterpillar- und Baumaschinen, daß die Baubranche 1985 nur ebensowenig Erdbewegungsmaschinen kauft wie im schlechten Jahr 1984.

Der Umsatz der Zeppelin-Metallwerke stieg 1984 insgesamt auf 783 (711) Mill. DM, wovon unverändert rund 90 Prozent auf den Handelsbereich entfielen. Die Zahl der Mitarbeiter wurde von 1 975 auf 1 915 reduziert. Investiert wurden 8,2 (6,5) Mill. DM. Als Jahresüberschuß werden 3,6 (3,5) Mill. DM ausgewiesen.

NAMEN

Siegfried Möckel, Mitglied im Aufsichtsrat und im Beirat der Wella AG, Darmstadt, vollendet am 16. Juli das 70. Lebensjahr.

Günter Achatzi (43) ist in die Geschäftsleitung der Prognos AG, Basel, für den Bereich Unternehmensberatung eingetreten.

Dr. **Franz Göri** wurde zum Vorstandsmitglied der Roland Verkehrs-Service-Versicherung AG, Köln, bestellt. Er trat die Nachfolge von **Horst Fossen** an, der den Vorstandsvorsitz in der Muttergesellschaft, der Roland Rechtschutz-Versicherungs-AG, Köln, übernahm.

Dietrich Müller (54), als Vorstandsmitglied zuständig für das Finanzressort der Rosenthal AG, Selb, wird ab 1. Oktober 1985 Sprecher des Vorstandes. **Peter Siemssen** (49) wird zum gleichen Zeitpunkt ordentliches Vorstandsmitglied für den Bereich Marketing und Kommunikation und **Bernhard Teuber** (44) stellvertretendes Vorstandsmitglied für den Bereich Vertrieb.

Dr. **Eberhard Reichstein**, seit 21 Jahren Vorstandsmitglied der Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Köln, ist am 30. Juni 1985 in den Ruhestand getreten.

Horace Kroch, langjähriger früherer Geschäftsführer der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, und ehemaliges Vorstandsmitglied der Vereinigten Grundstücksgesellschaften AG, Frankfurt, ist im Alter von 70 Jahren in Monaco gestorben.

Dieter von Sanden gestorben

sz. **München**

Im Alter von 65 Jahren ist am 10. Juli Dieter von Sanden, Vorstandsmitglied der Siemens AG, unerwartet an den Folgen eines Herzinfarkts verstorben. Seinen ingenieurwissenschaftlichen Leistungen und seinem fachlichen Weitblick verdankt der Elektrokonzern zu einem wesentlichen Teil seine weltweit führende Rolle auf dem Gebiet der Nachrichten- und Kommunikationstechnik. Nach dem Studium trat Dieter von Sanden 1951 bei Siemens ein, er wurde dann 1970 in den Vorstand berufen und zeichnete ab 1973 für den Unternehmensbereich Nachrichtentechnik der Siemens AG, München, verantwortlich.

Keine Änderung in Dornier-Spitze

dpa/VWD, **Friedrichshafen**

An der Spitze des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier dürfte es in absehbarer Zeit keine Veränderung geben. Auf einer Sitzung hat der Aufsichtsrat dem Vorstand die Entlastung erteilt und auch die Kündigungen des Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer sowie des Vorstandsmitgliedes Karl-Wilhelm Schäfer vom 9. Februar 1985 für nichtig erklärt. Außerdem wurden, wie in Friedrichshafen bestätigt wurde, inhaltliche Vorwürfe gegen die beiden Manager (u. a. Bilanzfälschung), die als Grund der inzwischen von Gerichten für ungültig erklärten fristlosen Kündigungen gedient hatten, aus der Welt geschafft.

HANSE-MERKUR / Beitragssenkung und höhere Rückerstattungen angekündigt

„1985 wird ein besonders gutes Jahr"

KARL-HEINZ STEFAN, **München**

Das Jahr 1985 „wird für unsere Versicherten ein besonders gutes Jahr", meinte Gerd-Winand Imeyer, Vorstandsvorsitzender der Hanse-Merkur Versicherungsgruppe auf der traditionellen Sommer-Pressekonferenz von Hanse-Merkur. Aufgrund der tendenziell zurückgehenden Kosten für ambulante und zahnärztliche Behandlungen werde Hanse-Merkur zum 1. Juli 1985 die Beiträge in der Vollversicherung um bis zu 20 Prozent senken. Das System der Beitragsrückerstattungen werde weiter ausgebaut. Künftig sollen auch jene Versicherten, die nur einen Krankenhauskostentarif versichert haben – bei Nichtbeanspruchung von Leistungen – Rückerstattungen erhalten. Zusatzversicherten will Hanse-Merkur Entsprechendes anbieten.

Über die Kosten der Krankenhausbehandlung wußte der Vorstandsvorsitzende ebenfalls Erfreuliches zu berichten: Erstmalig steigen bei der Hanse-Merkur Krankenversicherung die Aufwendungen für Krankenhausleistungen nicht weiter an; in den Bereichen der privatärztlichen Behandlungen im Krankenhaus zeichnet sich sogar ein fallender Trend ab, lediglich die Wahlleistungen für bessere Unterbringung steigen.

Für die ersten fünf Monate 1985 liegen die Versicherungsleistungen der Hanse-Merkur im Krankenhaus mit 38 Mill. Mark etwa auf dem Vorjahresniveau, während die vergleichbaren Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung um 5,9 Prozent stiegen. Im einzelnen sanken die Kosten für Regelleistungen (allgemeiner Pflegesatz) um 3,9 und die zu den Wahlleistungen zählenden Privatarztkosten um 6,6 Prozent. Hier mache sich, so heißt es beim Vorstand, die Novellierung des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes bemerkbar.

Für 1985 zeichnet sich bei der Hanse-Merkur Kranken, die zu 60 Prozent am Gesamtgschäft der Gruppe partizipiert, eine Zunahme des Neugeschäfts um 20 Prozent ab. Die Hanse-Merkur Gruppe betreibt darüber hinaus Sach- und Lebensversicherungen. Die Beitragsrückerstattung bei Schadensfreiheit steigt auf vier Monatsraten. Auch für die Lebensversicherung erwartet man beim Vorstand einen Anstieg des Neugeschäfts. Positiv werden auch die Geschäftsaussichten für die Kfz-, Sach- und Reiseversicherung beurteilt.

Die Hanse-Merkur konnte ihre Position als erfolgreicher Reisespezialversicherer weiter ausbauen. Allein in den Monaten Januar bis Mai 1985 verzeichnete sie hierbei eine Steigerung der vereinnahmten Prämien um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Hanse-Merkur will im Herbst die Pflegekranken- sowie die Pflegerentenversicherung einführen.

Die gesamte Versicherungsgruppe wolle, so Imeyer, 1985 ihre Kosten um 2 Mill. Mark beziehungsweise 1,7 Prozent senken. Gleichzeitig erwartet der Vorstandsvorsitzende einen Anstieg der Beitragseinahmen um 1,7 Prozent auf 515 Mill. Mark. Der Vermögensbestand wird, folgt man der Vorstandsschätzung, voraussichtlich um 8 Prozent auf 1,75 Mrd. Mark zunehmen.

Wochenschlußkurse

New York

	12.7.	5.7.
Adv. Micro Dev.	26,5	26,25
Aetna Life	47,75	46
Alcan Aluminium	24,5	24,625
Alcoa	34	34,125
Allied Chemical	44,375	44
AMR Corp	50,375	49,5
Amax	13,875	14
Am. Cyanamid	57,5	57,125
Am. Express	47	47,625
Am. Motors	3,75	3,75
Am. Tel. & Telegr.	23,25	24,125
Amoco Corp.	62,875	63,25
Asarco	22,5	22
Atlantic Richfield	58,25	59,125
Avon Products	22,375	22,5
Bally	17,625	17,875
Bk. of America	19,625	20
Bethlehem Steel	17,375	16
Black & Decker	20,25	20
Boeing	47,25	46,75
Brunswick	38,375	37,125
Burroughs	56,625	59
Caterpillar	36,75	35,5
Celanese	129,125	123,875
Chase Manhattan	62,5	62,75
Chrysler	34,375	35,375
Citicorp	50,625	50,75
City Investing	36,125	36,375
Clorox	39,875	39,125
Coca-Cola	73,75	67,375
Colgate	25,375	26,5
Commodore	9	9,5
Comwth. Edison	32,5	32
Comm. Satellite	36,75	37,75
Control Data	27,5	26,625
CPC Int.	44,625	45,875
Curtiss Wright	55,5	55,375
Deere	31,625	30
Delta Airlines	52,125	52,625
Digital Equipm.	94,25	94,625
Dow Chemical	35,875	34,875
Du Pont	57,75	59,75
Eastern Gas-Fuel	22,5	22,75
Eastman Kodak	45,625	45,625
Exxon	52,5	53,75
Firestone	21,125	21,25
Fluor	17,625	18
Ford	43,125	45
Foster Wheeler	15	13,375
Fruehauf	25,25	23
GAF Corp	33	29,75
General Dynamics	78,75	73,75
General Electric	60,625	61,75
General Foods	83,75	80,75
General Motors	68,25	71,25
Gen. T. & E.	41,625	40,5
Goodrich	31	30,875
Goodyear Tire	28,5	28,125
Grace	41,25	40,875
Halliburton	28,25	29,75
Heinz	56,25	55
Hewlett Packard	35,75	36,125
Homestake	24,625	23,5
Honeywell	62,625	61,875
IBM	124,25	124,625
Int. Tel. & Tel.	31,625	31,375
Int. Harvester	8,5	8,375
Int. Paper	49,375	48,625
Int. North. Inc.	42,875	43,25
Jim Walter	36,25	35,5
Litton Industries	81,875	82,875
Lockheed Corp.	54,875	53,75
Loew's Corp.	49,5	49,875
Lone Star	27	24,375
Louisiana Land	32,75	33,25
LTV Corp	7,375	7,75
Mc Dermott	26,625	27,25
Mc Donnel Doug.	83,5	79,625
Merck & Co.	115	111,75
Merrill Lynch	34,25	34,125
Mesa Petroleum	15,125	14,5
MGM (Film)	16	15,375
Minnesota M.	73,625	79,375
Mobil Oil	29,75	30,125
Monsanto	50,75	50,125
Morgan J.P.	52,75	54,375
Nat. Semiconductor	13	12,625
National Steel	26,5	26,5
NCR	31,625	31
Newmont	42,75	41,25
PanAm World	7,25	7
Pfizer	52	48,5
Phibro	44	44,75
Philip Morris	82,875	84,625
Phillips Petroleum	11,75	11,875
Pittston	11,125	11
Polaroid	32,5	31,875
Prime Computer	19,25	18,375
Procter & Gamble	57,875	58,125
RCA	46,25	44,75
Revlon	43,125	41,875
Reynolds Ind.	29	30,25
Rockwell Int.	38,875	37,5
Rorer Group	35	36
Schlumberger	37,875	38,25
Sears Roebuck	36,5	37,875
Shell Oil	–	–
Singer	59,875	59,625
Sperry Corp.	51,75	53,75
Stand. Oil Calif.	37,5	34,75
Storage Techn.	2,375	2,625
Tandy	31,125	31,625
Teledyne	261,5	254,75
Telex Corp.	57,75	58,875
Tesoro	10,375	10,375
Texaco	36,375	37,125
Texas Instrum.	99,625	98,75
Tosco	4,75	4
Trans World Corp.	39,75	40,375
Transamerica	30,625	30,5
Travelers	47,25	45,875
UAL	56,75	56,375
Uccel Corp.	15	15,125
Union Carbide	48,625	46
Union Oil of Calif.	27,25	29,25
US Gypsum	47,75	43,75
US Steel	26,625	27,25
United Technologies	43,75	41,75
Walt Disney	87,75	91,75
Warner Comm.	31,75	32,125
Westinghouse El.	33,375	34,125
Weyerhaeuser	29,5	28,625
Whittaker	24,875	24,75
Woolworth	46,375	44,625
Xerox	54,75	55
Zenith Radio	17,75	19
Dow Jones Index	1338,60	1334,45
Stand. & Poors	193,29	192,52

Toronto

	12.7.	5.7.
Abitibi-Price	17,5	18
Alcan Alu	33,125	33,5
Bk. of Montreal	31,25	30,875
Bk. of Nova Scotia	13,625	13,875
Bell Cda Enterprises	43,125	44,125
Bluesky Oil	3,85	3,75
Bow Valley Ind.	15	15,25
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	12,375	12,5
Cdn. Imperial Bk.	36,625	37
Cdn. Pacif. Enterpr.	28	28,375
Cdn. Pacific Ltd.	18,625	19,5
Cominco	12	13
Coseka Res.	2,9	2,89
Denison Mines	12,25	12
Dome Petroleum	2,85	2,95
Domtar	21,25	18,75
Falconbridge Ltd.	18,75	18,875
Great Lakes Forest	21,5	20,25
Gulf Canada	17,5	18
Gulfstream Res.	1,15	1,27
Hiram Walker Res.	35,125	32,75
Hudson Bay Mng. Sm.	6,375	6,125
Husky Oil	9,75	9,875
Imperial Oil -A-	50,875	49,625
Inco	18,5	17,5
Inter City Gas Ltd.	16,5	16,75
Interprov. Pipeline	42,25	41,25
Kerr Addison	16	17
Lac Minerals	28,5	27,25
Massey Ferguson	2,88	2,61
Moore Corp.	27,875	28,125
Noranda Mines	15,25	15,25
Norcen Energy Res.	14,5	15
Northgate Expl.	4,75	4,5
Northern Telecom.	49,5	49
Nova An Alberta 'A'	6,5	6,5
Nu West Group	0,46	0,47
Oakwood Petrol	7,575	7,875
Provigo Inc.	21	21,875
Ranger Oil	4,4	5
Revenue Properties	1,88	1,9
Rio Algom	20,75	20,375
Royal Bk. of Can.	32	31,25
Seagram	54,125	57,125
Shell Canada	25,875	27
Sherritt Gordon	6,625	7,25
Stelco -A-	22,25	20
TransCdn. Pipelines	27,5	26,75
Westcoast Transm.	18,5	19
Index TSE 300	2737,40	2739,50

Tokio

	12.7.	6.7.
Alps	1350	1520
Bank of Tokyo	938	856
Banyu Pharma	–	766
Bridgestone Tire	546	576
Canon	1100	1160
Daiichi Kogyo	622	640
Daiwa House	719	693
Daiwa Sec.	1000	1050
Eisai	1250	1310
Fuji Bank	1800	1830
Fuji Photo	1850	1960
Fuji Radio	1950	2070
Hitachi	690	721
Honda	1450	1480
Ikegai Iron	361	375
Isetan	600	650
Ito Yokado	2500	2620
Japan Air	7180	7350
Japan Met.	385	408
Japan Syn. Rubber	367	378
Kajima	489	325
Kansai Elec. P.	1930	1890
Kao Soap	810	839
Kawasaki H	181	181
Kawasaki S	149	151
Kirin Brewery	675	679
Komatsu	520	485
Kubota Iron	351	354
Kyocera	3750	4000
Makita El.	949	1020
Marui	1240	1240
Matsushita El. Ind.	1280	1300
Matsushita El. Wks.	760	795
Mitsubishi CP	697	675
Mitsubishi El.	377	390
Mitsubishi Estate	911	874
Mitsubishi Heavy I.	327	335
Mitsui Co. Ltd	427	412
Mitsukoshi	610	619
Mitsumi El	731	801
Nichicon	–	–
Nihon Cement	375	305
Nikko Sec.	896	865
Nippon El.	930	1050
Nippon Kokan	148	140
Nippon Oil	940	950
Nippon St.	157	162
Nippon Yusen	299	304
Nissan Motor	626	654
Nomura Sec.	1350	1380
Olympus	1120	1180
Penta-Ocean	373	327
Pioneer	1750	1850
Renown	709	705
Ricoh	909	962
Sankyo	1080	1190
Seiyu Stores	693	706
Sekisui Pref.	700	745
Sharp	810	898
Shiseido	1080	1120
Sony	3830	4100
Sumitomo Bank	2080	2040
Taisei Corp.	317	264
Taisho Marine	688	640
Takeda Chem.	775	835
Teijin	447	468
Tokyo Elec.	969	1000
Tokyo Gas	232	239
Tokio Marine	1020	970
Tokyo El. Power	2180	2140
Toray Ind.	468	489
Toshiba Elec.	338	363
Toto	740	750
Toyo Kogyo	450	475
Toyota Motor	1230	1280
Yamaichi	910	899
Yamanouchi	2700	2950
Yamaha	715	720
Yamazaki	800	830
Index	1048,30	1048,20

FUSSBALL

BW Berlin: Lizenz nach Vergleich

sid/dpa, Frankfurt

Erst nach Stunden konnten die Vertreter von Blau-Weiß Berlin aufatmen: Das zuständige Schiedsgericht für Profivereine erteilte dem Zweitligaklub gestern morgen für die nächste Saison nun doch noch eine Lizenz durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB). *Möglich wurde diese Entwicklung* durch einen Vergleich, den das Schiedsgericht unter Vorsitz von Günter Baarz (Hamburg) vorgeschlagen hatte.

Danach erkennen die Berliner die vom DFB auferlegten Bedingungen an. Der Liga-Ausschuß hatte die Hinterlegung einer Bankbürgschaft von 1,5 Millionen Mark gefordert, die der DFB-Vorstand am 14. Juni um 350 000 Mark reduzierte. Zudem mußte Blau-Weiß einen Dispositionskredit über 500 000 Mark vorlegen. Dieser Aufforderung kamen die Berliner erst verspätet nach.

Streitpunkt bei den Gesprächen am Wochenende war vor allem der vom DFB gesetzte Stichtag (21. Juni). Während Präsident Manfred Kurswa das Lizenzierungsverfahren durch den Erlaß einer einstweiligen Anordnung als ausgesetzt betrachtete, beharrte der DFB auf der Einhaltung dieses Termins. DFB-Justitiar Götz Eilers: „Ausschlaggebend war, daß das Schiedsgericht diese Mißverständlichkeit nicht zum Nachteil des Vereins auslegen konnte und somit die Verlängerung der Frist gewährt war. Eine Wiederholbarkeit in Zukunft ist dennoch nicht gegeben. Die *Einhaltungspflicht solcher Fristen ist* eine wesentliche Säule im Lizenzierungsverfahren, um die wir kämpfen."

Der beklagte DFB erteilte den Berlinern die Lizenz aufgrund ihrer Zugeständnisse bei dem vollzogenen Kompromiß. Blau-Weiß nahm hinsichtlich der DFB-Auflagen seine Klage zurück. Kurswa: „Damit *sind* wir rundherum zufrieden." Und der Berliner Anwalt Eberhard Hoene fügte hinzu: „Beiderseitiges Nachgeben ist bei einem Vergleich notwendig."

Die Hoffnungen des sportlich abgestiegenen FC St. Pauli Hamburg auf einen Verbleib im bezahlten Fußball sind jetzt beendet. Hans-Jürgen Kion, der Hamburger Anwalt, aber kündigte an: „Aus Zeitgründen wird es kaum mehr möglich sein, daß St. Pauli weitere Schritte vor dem Schiedsgericht unternimmt. Möglicherweise aber werden wir Schadenersatzansprüche geltend machen. Schließlich war die Zukunft des FC St. Pauli lange im Ungewissen. Der Klub konnte keine Spieler aus dem Amateurbereich verpflichten, da die Frist zum 1. Juli abgelaufen ist. Auch der Verkauf von Dauerkarten war nicht möglich, denn es bestand keine Klarheit darüber, zu welcher Klasse der Verein gehört."

*

Bei den Spielen der Intertoto-Runde gaben sich die *Bundesligaklubs* am Ende einer harten Trainingswoche diesmal keine Blöße: Bis auf Absteiger Eintracht Braunschweig überstand das DFB-Quartett die dritte Runde unbeschadet. Während der Vizemeister Werder Bremen nach einem 6:0 beim FC Antwerpen seine Ambitionen auf den mit 15 000 Schweizer Franken dotierten Gruppensieg unterstrich, erlitt Braunschweig beim 1:2 in Stavanger (Norwegen) die zweite Schlappe.

Fortuna Düsseldorf rehabilitierte sich nach der 1:6-Niederlage in Erfurt mit einem 0:0 beim holländischen Ehrendivisionär Twente Enschede, und Bundesliga-Absteiger Arminia Bielefeld machte die 1:2-Hinspiel-Niederlage beim israelischen Meister Maccabi Haifa durch einen 8:2-Sieg im Rückspiel wett. Beim klaren Sieg der Bielefelder vor nur 300 Zuschauern in *Salzdetfurth hatte der frühere Kölner* Uwe Haas ein gelungenes Debüt. Wie der Finne Pasi Rautiainen erzielte er drei Treffer.

STABHOCHSPRUNG / Sergej Bubka übersprang als erster Mensch die Höhe von sechs Metern

Jenseits der Traumgrenze liegt das „intensive Glück"



Der Weltrekord als logische Folge konsequenter Arbeit: Sergej Bubka nach dem Überqueren der Latte. FOTO: AP

K. Bl. Bonn

„Halten wir es doch mit einem alten russischen Sprichwort: Zählen *wir die Küken erst im nächsten* Herbst." Das war seine Antwort im letzten September, als es um das Thema „Sechs Meter" ging, um die Traumgrenze im Stabhochsprung. Mit 5,94 Meter hatte Sergej Bubka am 31. August 1984 in Rom den Weltrekord verbessert – da war die Frage nicht ungewöhnlich. Am Samstag, um 18.45 Uhr in Paris, hat Bubka die Ernte seiner Winterarbeit eingefahren: Als erster Stabhochspringer überwandt der 21 Jahre alte Sowjetrusse aus Donetzk die Höhe von sechs Metern.

Die Daten dieser sporthistorischen Tat: Bubka begann bei 5,70 m, steigerte dann sofort auf sechs Meter. Der *Weltrekord gelang im dritten* Versuch, und die Nachrichtenagenturen vermeldeten als Aussage Bubkas: „Ich fühle das intensive Glück eines Mannes, der als erster über sechs Meter gesprungen ist."

Noch einmal Daten: Bevor Bubka in Paris die Latte auf sechs Meter legen ließ, haben dies vor ihm bereits *zwei andere Springer in offiziellen* Wettkämpfen getan. Der erste war am 28. August 1983 in Köln der spätere Olympiasieger Pierre Quinon aus Paris, der zweite sein Landsmann Thierry Vigneron am 4. März 1984 in Göteborg. Beide scheiterten. Beide sprachen nach diesen Versuchen viel vom Spiel zwischen Körper und Geist, von der Nähe zur Artistik und vom Bekämpfen der Ratlosigkeit, wenn man so etwas wie sie unternehme. Aber sie sprachen nicht davon, daß Höhen von sechs Meter etwas Folgerichtiges, Logisches *wären. Vielleicht, um sich* den Grenzbereich zwischen Illusion und neuer Dimension als ureigenstes Neuland zu erhalten.

Als Bubka am 28. Juni auf Einladung des belgischen Arbeitersportbundes in dem Ardennenörtchen Jambes eintraf sprach er nicht von Ratlosigkeit, sondern von der konkre*ten Bereitschaft, in neue Dimensio*nen vorzustoßen. Er begründete das so: „Ich habe nie ein Vorbild gehabt und so muß es auch bleiben. Denn ein Vorbild wäre ein Ideal. Doch es gibt keinen idealen Sportler, weil seine Ergebnisse, seine Rekorde nicht mehr zu übertreffen wären. Der Sport verlöre seinen Sinn." Worte eines Einundzwanzigjährigen ...

Bubka ging an die Arbeit. Zwei Wochen lang hatte er sich mit seinem Bruder Wassilij, der auch Stabhochspringer ist, und seinem Trainer Vitali Petrow im Wohnheim der belgischen Arbeiterwohlfahrt einquartiert. Der sowjetische Verband konnte ihm dabei finanziell nicht allzu sehr unter *die Arme greifen und so spendierten* die Belgier Sergej Bubka drei Dollar pro Tag an Unterstützung.

Zweimal versuchte Bubka in dieser Zeit, sich an Sprünge über sechs Meter zu gewöhnen. Einmal im dem Brüsseler Vorort Vorst, doch da blieb es bei 5,80 m. Ein zweites Mal suchte er sich dafür das verschwiegene Ar*dennenstädtchen St. Ghislain* aus. Auch dort klappte es nicht. In Vorst aber sagte Bubka, ein eher schüchterner denn großspuriger junger Mann, etwas Verblüffendes: „Es macht nichts aus, ob ich über 5,85 m oder über sechs Meter springe. Sechs Meter können zwar zu einem Ziel werden, aber sie sind nur ein Übergangsstadium. Mein Ziel sind 6,20 m. Um diese Höhe zu überspringen vermisse ich nichts, ich habe dafür die Schnelligkeit, die Athletik, die richtigen Stäbe. Das einzige, was ich brauche, ist *Zeit.*"

Belege dieser Aussage: Bubka ist 1,83 m groß und 75 Kilogramm schwer. Er läuft die 100 m in 10,2 Sekunden, was für den Anlauf ungeheuer wichtig ist. Schneller als Bubka ist kein Stabhochspringer der Weltspitze. Für Rekordsprünge benutzt Bubka neuerdings einen drei *Kilogramm schweren Stab*, wobei er die Griffhöhe bei 5,14 m ansetzt. Zum Vergleich: Die besten Franzosen experimentieren mit Griffhöhen von fünf Metern. In St. Ghislain ließ Bubka nach dem Wettkampf viermal auf 5,95 m und zweimal auf sechs Meter auflegen – ohne einen gelungenen Sprung zu haben. Anschließend sprintete er *die 100 m noch einige* Male in 10,5 Sekunden, um sich dann die Video-Aufzeichnungen anzusehen, die sein Bruder angefertigt hatte.

Damals, kurz vor der Abreise nach Paris, erzählte Bubka: „Anfangs hatte ich meine Last mit den neu entwickelten Stäben, obwohl ich im Winter daheim in Donetzk sogar mit 20 Kilogramm schweren Stäben hin und wieder trainiert hatte. Doch was ich nun im Wettkampf tat, war völliges Neuland. Es gab keinerlei Erkenntnisse, und so hatte ich anfangs der Saison mehr Null-Sprünge als Ergebnisse. Aber das war notwendig, um höher zu kommen. Ich merkte: Bis 5,80 m kam ich mit dem herkömmli*chen Material, danach drängte sich* der Wechsel auf die Neukonstruktionen auf."

Spätestens vor einer Woche wußte *Bubka, daß Sprünge* über sechs Meter kein Experiment, sondern logische Konsequenz der letzten Vorbereitungen waren. „Wer kann so etwas springen?" fragte er, „heute ich, morgen jemand anders: Vigneron, Quinon. Ich muß mitnehmen, was ich kann."

In Paris nahm er mit, was er konnte – den sporthistorischen Sprung über sechs Meter. Und dennoch: „1985 ist ein Übergangsjahr. Es gibt die Chance, neues Material auszuprobieren. Es ist nichts anderes, als ein groß angelegtes Training."

Duell Wentz/Kratschmer

dpa/sid, Ulm

Favoritensiege peilten Siegfried Wentz und Sabine Everts bei den deutschen Mehrkampf-Meisterschaften in Ulm an. Vor nur 600 Zuschauern lag bei den Zehnkämpfern nach dem ersten Tag zwar der Mannheimer Thomas Rizzi mit 4359 Punkten vor dem Olympiadritten, dem Mainzer Wentz (4329), in Führung, doch Wentz gilt als der Mann, der am zweiten Tag die besseren Ergebnisse ewrreicht. In glänzender Form zeigte sich bei strahlendem Sonnenschein die 24jährige Sabine Everts (Dormagen), die dem Verfolgerfeld der Siebekämpferinnen mit 3798 Punkten schon am ersten Tag weit enteilt war (Ergebnisse standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

Zu Beginn der Wettkämpfe im Donaustadion wurde Wentz vom Pech verfolgt: Beim Einlaufen vor dem Start zum 100-m-Rennen zog er sich eine Muskelverhärtung im rechten Oberschenkel zu, unter der er sowohl im Sprint (11,21 sek.) und im Weitsprung (7,22 m) litt. Doch eine schnelle Behandlung war erfolgreich, und der mitten in der Vorbereitung aufs erste Staatsexamen als Mediziner steckende Mainzer sammelte mit der Kugel (15,84 m), im Hochsprung (2,09 m) und über 400 m (47,75 sek.) noch genügend Punkte.

In Abwesenheit des Olympiazweiten Jürgen Hingsen (Uerdingen), der für das Europacup-Finale am 7./8. September in Krefeld automatisch qualifiziert ist, entwickelte sich hinter Wentz ein spannender Kampf um die restlichen beiden Plätze im Europacup-Team. Dabei hatten zur Halbzeit der am ersten Tag starke Thomas Rizzi *(26)* und der *schon 32jährige* Ex-Weltrekordler Guido Kratschmer (Mainz/4 155) die besten Karten.

Auf dem Weg zu ihrem fünften Titel war Sabine Everts nur vom Gegenwind zu stoppen. Die 24 Jahre alte Olympia-Dritte hatte sowohl bei ihrem Rennen über 100-m-Hürden (13,38 sek.) als auch beim 200-m-Sprint (23,83 sek.) zum Teil heftigen Gegenwind. Trotzdem lag sie lediglich 47 Punkte unter dem Zwischenergebnis nach vier Übungen, das sie bei ihrem Deutschen Rekord 1982 in Mannheim (6523) erreichte. „An einen neuen Rekord *glaube ich aber nicht*, da in Mannheim mein zweiter Tag besonders gut war. Doch ich wäre schon mit über 6400 Punkte zufrieden", meinte Sabine Everts.

Der von ihr gefürchtete Zweikampf mit der Olympia-Sechsten Sabine Braun fand nicht statt. Die 20jährige Leverkusenerin mußte sich noch *kurz vor dem Wettkampf* wegen Schmerzen im Rücken und in der Wade Spitzen setzen lassen und blieb weit unter ihren Möglichkeiten. Bei ihrem ersten Start in der Frauen-Klasse lag sie mit 3 500 Punkten abgeschlagen auf dem zweiten Platz vor ihrer punktgleichen Vereinskameradin Renate Pfeil.

Das erfreulichste Ergebnis von Ulm strebte die gerade 20 Jahre alt gewordene und noch bei den Juniorinnen startende Helga Nusko an. Sie 20jährige sammelte in vier Disziplinen schon 3 675 Punkte.

Am zweiten Tag entwickelte sich ein heftiger Zweikampf zwischen Wentz und Ex-Weltrekordler Guido Kratschmer (beide Mainz). Wentz blieb im Hürdensprint in 14,28 Sekunden zwei Zehntelsekunden über seinem normalen Leistungsvermögen und erreichte mit dem Diskus *mittelmäßige* 45,52 m. Kratschmer bot mit 14,37 Sekunden und 47,62 m respektable Leistungen.

Mary Decker lief Jahresweltbestzeit

dpa, Paris/Athen

Die Leichtathleten kommen in Schwung: In Paris, wo der Sowjetrusse Sergej Bubka als erster Stabhochspringer die Weltrekordhöhe von 6,00 m übersprang, erzielte Mary Decker-Slaney im Rennen über 1500 m eine Weltjahresbestzeit. Die Amerikanerin verbesserte mit 3:59,84 Minuten die bis dahin von der Rumänin Doina Melinte gehaltene Bestmarke um vier Hundertstel.

Über 400 m bot ihr Landsmann Roddie Haley eine blendende Vorstellung. Er erzielte 44,83 Sekunden und verfehlte die Weltjahresbestzeit von Thomas Schönlebe („DDR") nur um 21 Hunderstelsekunden. Haley hatte Glück, denn als er an den Start ging, funktionierte die elektrische Zeitnahme bereits wieder, nachdem sie vorher eine *Stunde lang ihren* Dienst versagt hatte. Unter dem Elektronik-Ausfall hatte Europameister Harald Schmid zu leiden. Der Gelnhausener Olympiadritte gewann das Rennen über 400 m Hürden in ausgezeichneten 48,4 Sekunden. Ebenfalls handgestoppt erzielte Desai Williams (Kanada) 10,1 Sekunden über 100 m. Zu einem weiteren Höhepunkt wurde in Paris der Hochsprung-Wettbewerb der Damen, den die Kubanerin Sylvia Costa mit 2,00 m vor der Amerikanerin Louise Ritter gewann, die ebenfalls 2,00 m überwand.

Eine Jahresweltbestzeit über 3000 m lief die rumänische Olympiasiegerin Maricica Puica. In Bukarest benötigte sie 8:40,16 Minuten. Ob sie jedoch am 20. Juli in London gegen Mary Decker-Slaney und Zola Budd laufen kann, hat der rumänische Verband noch nicht entschieden. Die *amerikanische Fernsehgesellschaft* ABC hat für dieses Rennen 75 000 Dollar ausgesetzt: jeweils 25 000 für Decker und Budd, sowie 25 000 für den Veranstalter. Maricica Puica will starten – allerdings auch für eine Gage von 25 000 Dollar.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat Grünes Licht für die Verhandlungen Ende Juli in Lausanne mit den amerikanischen Fernsehanstalten ABC, NBC und CBS für Olympia 1988 in Seoul bekommen: Als letzter der 23 betroffenen olympischen Fachverbände hat der Internationale *Leichtathletik-Verband* (IAAF) in Athen seine Entscheidung getroffen. Das Präsidium der IAAF ist seinem einmal gefaßten Beschluß im Prinzip treu geblieben: Keine Entscheidungen – ausgenommen Marathon der Frauen und 50-km-Gehen – an den Vormittagen. Trotzdem ist die IAAF den US-Fernsehanstalten aller*dings auf halbem Wege entgegenge*kommen: Zwischen den Vormittags-Wettbewerben und den Entscheidungen gibt es keine Mittagspause mehr, die gesamten Leichtathletik-Wettbewerbe werden als komplette Zeit-Blöcke absolviert werden.

Das sieht in der Praxis so aus, daß die meisten Leichtathletik-Entscheidungen in Seoul zwischen 15 und 16.30 Uhr fallen werden. Nur einmal, am zweiten Tag des Zehnkampfes, wird es bis 17.45 Uhr gehen. Umgekehrt finden 15 Entscheidungen schon zwischen 12.30 und 14 Uhr statt. August Kirsch, das deutsche IAAF-Councilmitglied: „Das Fernsehen muß das akzeptieren. Fachverband und Organisationskomitee sind sich jedenfalls über die Zeitplangestaltung einig."

Der Hürden-Weltrekordler Renaldo Nehemiah (USA), der vor zwei Jahren *Football-Profi* geworden war, seitdem gesperrt ist und wieder als Leichtathlet reamateurisiert werden möchte, bekam kein Pardon vom IAAF-Council – die sowjetische Doping-Sünderin Tatjana Kasankina dagegen darf wieder starten.

Das IAAF-Präsidium hörte sich den Bericht des Schiedsgerichtes an – und traf keine Entscheidung. Da das Präsidium erst wieder am 1. und 2. Oktober beim Leichtathletik-Weltcup in Canberra (Australien) zusammentritt, bleibt Nehemiah bis dahin auf alle Fälle gesperrt. Immerhin, die IAAF-Präsidiumsmitglieder wollen den Fall Nehemiah bis dahin in Gesprächen mit Juristen individuell behandeln, um eventuell in Canberra zu *einer Entscheidung zu gelangen.*

Die 1500 und 3000-m-Weltrekordlerin Tatjana Kasankina, die wegen Dopings lebenslang gesperrt worden war, wird wieder zu allen Wettkämpfen zugelassen: Die lebenslange Sperre wurde in eine 18monatige Sperre umgewandelt. Dagegen bleibt der wegen Dopings disqualifizierte und gesperrte finnische 10 000-m-Silbermedaillen-Gewinner von Los Angeles, Martii Vainio, weiterhin gesperrt. Über ihn wird die IAAF erst entscheiden, wenn der finnische Verband neue Unterlagen nachgereicht hat. Vainio hatte kürzlich in der englischen Zeitung „Daily Mail" ausführlich über seine Dopingpraktiken in *den letzten Jahren gesprochen.*

Eine Entscheidung von Athen wird die Leichtathletik-Welt künftig stark verändern: Nach den Pariser Hallenspielen gibt es vom 6. bis 8. März 1987 im amerikanischen Indianapolis erstmals offizielle Hallen-Weltmeisterschaften. Das beschloß das IAAF-Council. Außerdem wird am 11./12. April 1987 auf der Olympiastrecke in Seoul der zweite Marathon-Weltcup durchgeführt werden.

TOUR DE FRANCE

Hinault: Sieg nach Sturz unmöglich?

sid/dpa, St. Etienne

Es waren nur noch 300 Meter zu fahren, und alles deutete darauf hin, als würde Bernard Hinault auch nach dieser 14. *Etappe* der Tour de France am Zielort St. Etienne in gewohnter Manier wieder das Gelbe Trikot des Spitzenreiters überstreifen. Doch dann passierte plötzlich etwas Unvorhergesehenes, was den Giganten Hinault bei dieser Tour möglicherweise den Gesamtsieg kosten wird. Hinault wurde in einen Sturz verwickelt. Es *geschah im Sprint einer kleinen Ver*folgergruppe, als der Franzose das Hinterrad seines Landsmannes Marc Madiot berührte und mit fünf anderen Fahrern stürzte, darunter auch der Australier Phil Anderson.

Bernard Hinault schleppte sich mit blutenden Wunden am Kopf, am Arm und an den Beinen über die Ziellinie in St. Etienne. Bei seinem Sturz zog er sich einen doppelten Nasenbeinbruch zu. Außerdem mußte im Krankenhaus eine Platzwunde am Kopf mit vier Stichen genäht werden.

Sportlich sieht die Situation für den Franzosen jetzt so aus: Durch den Vorfall hat er keinen zeitlichen Nachteil, da der Sturz auf den letzten 1000 Metern passierte. So wird der viermalige Tour-Sieger mit 2:33 Minuten Rückstand auf den Etappensieger Herrera (Kolumbien) gewertet. Boden *(zwei Minuten)* verlor er allerdings auf seinen amerikanischen Mannschafts-Kollegen Greg Lemond, der das Ziel als Dritter erreichte.

Doch wie geht es mit Bernard Hinault weiter, wie wird er die Verletzungen verkraften? Er selbst gab sich einen Tag nach dem Sturz wieder



Hinault: Im Spurt selbst einen Fehler gemacht? FOTO: AP

selbstbewußt, während er im Zielraum noch sehr deprimiert wirkte: „Das ist das Risiko in unserem Beruf. Ich fahre weiter. Die Verletzung ist nicht so schlimm. Sie wird mich nicht behindern." *Mit Schuldzuweisungen* am Unfall hielt er sich auch zurück: „Ich habe die Fernsehzeitlupe noch nicht gesehen und weiß nicht, ob Anderson oder Madiot schuld hatten. Vielleicht habe ich auch einen Fehler gemacht."

Auch die Ärzte glauben derzeit nicht, daß Hinault die Tour vorzeitig beenden muß. Tour-Chefarzt Gerard Portes erste Stellungnahme: „Die Verletzungen sehen wahrscheinlich schlimmer aus, als sie sind. Ein erster Befund: Nichts Ernstes – er kann weiterfahren." Und weiter: „Die Fahrer sind sehr harte Burschen. Natürlich liegt die letzte Entscheidung, ob einer weitermachen kann oder nicht, bei uns. Aber *wir* wissen, daß die *Tour* für die meisten Fahrer in jeder Beziehung sehr viel bedeutet."

Selbstverständlich muß Bernard Hinault jetzt in Zweckoptimismus machen. Andere vor ihm haben das auch getan, doch schon bald wurden sie von der Wirklichkeit eingeholt. Wie etwa vor zwei Jahren der Franzose *Pascale Simon. Zehn Tage fuhr er* im Gelben Trikot. Bei einem Sturz zog er sich ein gebrochenes Schlüsselbein zu, und die Ärzte warnten: „Wenn es in die Berge geht, wird er aufhören müssen, weil er bei den Abfahrten bei Geschwindigkeiten von 80 bis 100 Stundenkilometern das Rad nicht mehr halten kann." So kam es dann auch.

Auch dem Tour-Favoriten stehen noch die Berge bevor. Kaum vorstellbar, daß Hinault beim Atmen keine Schwierigkeiten *bekommen* wird. Dietrich Thurau meinte dann auch: „Es ist kaum denkbar, daß er die Tour beendet. Die Schmerzen treten erst dann auf, wenn er den ganzen Körper braucht, wenn er die Erschütterungen bei den Abfahrten merkt. Und wenn er dann bei den Fahrten bergauf nur durch den Mund atmen kann. Aber seine Mannschaft hat genug Fahrer, die an seiner Stelle die Tour gewinnen können. Es wird wohl so kommen, daß Greg Lemond schon in *diesem Jahr der erste amerikanische* Toursieger ist."

Der Frankfurter Rad-Profi meinte zu seiner eigenen Karriere, daß er *wohl auch noch im nächsten Jahr* Rennen fahren wird. Seine Disqualifikation bei der Tour habe seinen Abschied um ein Jahr verzögert.

FECHTEN / Der Älteste holte bei der WM Bronze mit dem Florett, und Thorsten Weidner, der Jüngste, überraschte mit dem sechsten Platz im Finale

In brütender Hitze gewann Harald Hein „meine wertvollste Medaille"

GREGOR DERICHS, Barcelona

„Für mich ist es eigentlich unfaßbar, daß ich diese Medaille geholt habe", sagte Harald Hein, „diese Hitze macht das Fechten zur Tortur. Schließlich bin ich mit 35 Jahren nicht mehr der Jüngste." Die Schweißperlen rannen dem Tauberbischofsheimer unablässig die Stirn herab, als er nach dem Gewinn der Bronzemedaille im Herren-Florett *durch einen 12:10-Sieg* über den Olympia-Dritten Stefano Cerioni (Italien) bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Barcelona Bilanz zog. „Ich fechte jetzt seit 18 Jahren in der Nationalmannschaft. Diese Medaille ist sicher meine wertvollste."

1967 gab der 17jährige Hein sein WM-Debüt. Damals war er auch als Degenfechter internationale Spitzenklasse, zur Perfektion fand er aber später mit dem feineren Florett. An drei Goldmedaillen für die deutsche Florettmannschaft war er beteiligt, zeigte 1977 bei der WM in Buenos Aires (Silber) und 1978 in Hamburg (Bronze) aber auch seine Qualitäten als Einzelfechter. „Nur die Goldmedaille fehlt mir noch. Am liebsten wäre mir, wenn ich sie bei Olympia 1988 in Seoul holen würde." Sicher ist es aber keineswegs, daß Hein in drei Jahren als 38jähriger noch für die Nationalmannschaft die Planche betritt. „Vielleicht", sagt er, „mache ich auch Schluß, wenn ich aus den Ferien zurückkomme. Der Rücktritt hängt davon ab, wie die Jugend ficht." Sicher ist, daß Bundestrainer Beck ein gewichtiges Wörtchen bei der Entscheidung mitsprechen wird.

Beck trug entscheidend dazu bei, daß das Leben von Harald Hein sich hauptsächlich auf das Fechten bezieht. Beck holte ihn aus dem badischen Haßloch, als er noch nicht „der Medaillenschmied" genannt wurde. Internationale Erfolge stellten sich erst 1973 bei der WM in Göteborg ein. Hein war an der ersten Goldmedaille für die Degenmannschaft und die Sil*bermedaille für das Floretteam* beteiligt. Nachdem Hein nach Tauberbischofsheim übergesiedelt war, wurde er im ständig wachsenden Bundesleistungszentrum Leiter des Teilinternats Fechten. Diese Aufgabe hat inzwischen der deutsche Meister Matthias Behr übernommen, Hein wird als Koordinator in den Gehaltslisten geführt. Allgemeine Organisation und Trainingsplanung gehören zu seinen Aufgaben. Und auch er erteilt Nachwuchsfechtern Lektionen, darunter seinem zehnjährigen Sohn Sven. Die Berufsbezeichnung Trainer wird nicht benutzt, sonst könnte es nach den Regeln des Internationalen Olympischen Komitees Konflikte mit dem Amateurstatus geben. Überwacht und kontrolliert wird der inzwischen auf 32 Angestellte angewachsene Fechtbetrieb von Emil Beck. Er hat also auch bei Heins Entscheidungen ein Wort mitzureden.

Der in 18 Weltmeisterschaften erfahrene Hein hat selbst in Barcelona Neues erlebt. „Daß ein Fechter, der 17 Jahre alt ist, in das Finale kommt, ist *eine Sensation*", meinte Hein über Thorsten Weidner, seinen Mannschaftsgefährten vom FC Tauberbischofsheim. Weidner, seit seinem Weltcupsieg in Venedig als eines der größten Fechttalente gepriesen, belegte unter 115 Teilnehmern Platz sechs. *Ihm* wurde sogar der Titelgewinn zugetraut, nachdem er schon in Venedig bewiesen hatte, daß er mit den starken Fechtern des Mannschafts-Olympiasiegers Italien umzuspringen weiß. Einzel-Olympiasieger Mauro Numa, der mit einem 10:6 über seinen Landsmann Andrea Cipressa auch in Barcelona die Goldmeadaille erfocht, hatte gegen Weidner im Frühjahr die Waffen strecken müssen. Vor einem möglichen Kampf gegen Numa scheiterte Weidner aber im *Viertelfinale ausgerechnet an Harald* Hein. Gegen seine Trainingspartner, die ihm noch mit vielen Tips zur Seite stehen und natürlich jede seiner Schwächen kennen, ficht Weidner noch ungern. 7:10 verlor der 1,87 m große blonde Junge.

Da half auch nicht die Orientierung am gleichaltrigen Wimbledon-Sieger Boris Becker, vor dessen Leistung und Energie er Achtung zeigt. „Thorsten hat nach dem Wimbledon-Finale gesagt: So muß ich es auch machen. Dann kann ich Weltmeister werden", erzählt Bundestrainer-Assistent Jochen Behr, einer derjenigen, die Weidner fördern und mehr sind als nur Partner im Leistungssport.

Weidner, vaterlos aufgewachsen, *galt lange Zeit als „schwieriger Fall"*, eine Fechtkarriere des impulsiven Jugendlichen galt als unwahrscheinlich. Aber das Tauberbischofsheimer Fechtzentrum hatte ein Auge auf ihn geworfen, hier gibt es Leute, die sich um Weidner kümmern. Das wirft ihn ausgerechnet auf der Fechtbahn noch gelegentlich in Konflikte. Vor dem entscheidenden Kampf um den Einzug in das Finale ging er zu Matthias Behr, dem Leiter des Fecht-Teilzeitinternates. „Wie soll ich fechten?", fragte er verunsichert. „Wir haben ein Vater-Sohn-Verhältnis. Da ist es schwierig für ihn, mich zu schlagen", erklärt Behr, der Olympia-Zweite von Los Angeles. Er versuchte die Bedenken des 13 Jahre jüngeren Weidner zu verstreuen. Weil der völlig erschöpfte Behr seinem Schützling ohne Gegenwehr die letzten Treffer schenkte, gewann das Talent mit 10:8.

Seine Zweifel aber hatte Weidner nicht besiegt. „Ich hätte heulen können", sagte er. Behr hatte die letzten Treffer nicht mehr ausgefochten und sich freiwillig besiegen lassen, weil er für sich selbst *keine* Medaillenchancen mehr erkannte. Zu ausgepumpt war er von der Hitze und der hohen Luftfeuchtigkeit, die in der Halle von Barcelona herrschten *und Proteste* der Sportler und Mannschaftsärzte auslösten. Zuvor hatte sich Behr für seinen Schützling aufgeopfert. Um Weidner den Einzug in das Finale der besten acht Fechter zu erleichtern, stemmte sich Behr mit letzter Kraft gegen Klaus Kotzmann („DDR"). Nach dem 10:8-Sieg erlitt Behr einen Kreislaufkollaps. Die Hitze, aufgestaut unter dem Fechtanzug und der Maske, forderte ihren Tribut. „Ich hoffe, daß du als 17jähriger alles dem *Boris Becker nachmachst*", *machte* er Weidner vor dem Finale Mut. Doch die Medaille holte Harald Hein nach Tauberbischofsheim ...

ANZEIGE

Die andere Boris-Becker-Story

oder:

Die PUMA-Bum-Bum-Boris-Becker-Story

oder:

Die PUMA-Wimbledon-Story

»Wie es Euch gefällt« (Frei nach Shakespeare) · PUMA Chef Armin A. Dassler zum »Sportereignis dieses Sommers«



Lieber WELT-Leser.

Viele haben mich gefragt, warum wir von PUMA nach dem sensationellen Erfolg beim Wimbledon-Turnier 1985 nicht sofort mit Riesenanzeigen in die Öffentlichkeit getreten sind. Wie Ihnen sicherlich bekannt, siegte nicht nur Boris Becker in PUMA Schuhen und mit einem PUMA Rakket im Herren-Einzel, sondern auch Martina Navratilova gewann in PUMA Schuhen und PUMA Tennis-Bekleidung zwei Titel. Außerdem trugen von 10 Teilnehmern der Wimbledon-Finals 1985 fünf die PUMA Schuhe mit dem Formstrip.

Ich will Ihnen sagen, warum wir so relativ zurückhaltend waren: Zum einen hat Boris als erster Ungesetzter, als Jüngster und als erster Deutscher Wimbledon ganz allein gewonnen. Daß wir von PUMA auf seinen Wunsch hin und nach vielen Besprechungen und Diskussionen mit ihm, seinem Trainer Günter Bosch und seinem Manager Ion Tiriac, seinen Tennis-Schuh speziell dem Wimbledon-Rasen angepaßt haben – daß wir seinen Schläger exakt auf seine Technik und seine Kraft abgestimmt haben, ist genau das, was wir uns von der idealen Zusammenarbeit mit einem Spitzenathleten erhoffen.

Geld hin, Geld her – natürlich müssen diese hart an sich arbeitenden Top-Stars des Sports, die ja nur eine begrenzte Zeit ihres Lebens mit dem Leistungssport ihr Geld verdienen können, auch davon etwas haben. Aber im Fall von Martina Navratilova und vor allem Boris Becker wird sicherlich die ganze Tenniswelt davon profitieren.

Im Dialog mit Martina entstand z. B. eine Textil- und Schuh-Kollektion, auf die wir alle stolz sind. Daran haben wir hart gearbeitet. Ganz besonders aber hat Boris Becker unsere Techniker zum Schwitzen gebracht, da er für seine torwartähnlichen »Paraden«, den kraftvoll schnellen Antritt, die vehementen Stops und überhaupt für seinen ganzen explosiven Tennisstil besondere Schuhe haben mußte.

Ganz abgesehen von seinem Racket. Nur logisch, daß ein Mann, der – wie Boris im Finale – 21 Asse in einem Match serviert, auch einen knallharten und doch armschonenden Schläger braucht. Ein Racket, das im übrigen noch sein ganz persönliches Geheimnis hat: Das PUMA POWER CONTROL SYSTEM, mit dem sich der Schläger individuell an den Spieler und die Platzgegebenheiten anpassen läßt. Wir sind nicht ganz der Meinung von John McEnroe, der nach Wimbledon sagte: »Die Tatsache, daß ein Junge wie Becker so weit nach vorn gekommen ist, hat ihren Grund sicher auch in seinem Racket«. Danke, John McEnroe, wir nehmen dieses Kompliment gerne entgegen; unser Racket steht Ihnen kostenlos zur Verfügung, obwohl wir der Meinung sind, daß letztendlich der Mensch Boris Becker gewonnen hat.

Wenn unsere gemeinsamen Entwicklungen positiv zum Erfolg beigetragen haben sollten, dann haben wir nur unsere Pflicht gegenüber allen anderen Tennisspielern getan.

Deswegen zuerst einmal herzlichen Glückwunsch, Boris, Congratulations, Martina – gewonnen habt Ihr. Wir haben auf Euren Wunsch hin »nur« das Material geliefert, das Ihr gebraucht habt. Millionen werden Euch dankbar sein; denn jetzt können auch sie diese ausgereiften Produkte im Sportfachhandel kaufen, als Ergebnis eines echten Teamworks zwischen Hersteller und Sportler.

Herzlichen Dank

Armin A. Dassler

NACHRICHTEN

Maurer unterlegen

Gstaad (dpa) – Der 27jährige deutsche Ranglisten-Zweite Andreas Maurer (Neuss) unterlag im Finale der mit 150 000 Dollar dotierten offenen Tennismeisterschaften der Schweiz dem Weltranglisten-Neunten Joakim Nyström (22) mit 4:6, 6:1, 5:7, 3:6. Der Schwede war in Gstaad an Nummer eins gesetzt.

Vier Fechter draußen

Barcelona (sid) – Vier der fünf deutschen Säbelfechter sind bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Barcelona bereits in den ersten beiden Qualifikationsrunden ausgeschieden. Nur Jörg Volkmann (Bonn) erreichte die dritte Runde der 48 besten Fechter.

Gesamtsieg für Belgier

Essen (sid) – Guido von Calster (Belgien) wurde überlegener Gesamtsieger der siebten internationalen Kriteriumsserie um die Coca-Cola-Trophy durch 15 deutsche Städte. Auch auf der letzten Etappe in Essen geriet der Erfolg des 29 Jahre alten Radprofis nicht mehr in Gefahr. Mit 81 Punkten verwies er den Niederländer Oosterbosch und den Berliner Schlaphoff auf die Plätze.

Titel verteidigt

Bikovo-Subotica (dpa) – Segelfliegerin Gisela Weinreich (Eschborn) konnte mit ihrer neuen LS-6 bei den Europameisterschaften der Damen in Jugoslawien ihren Titel in der 15-m-Rennklasse verteidigen.

Sieg für Peter Luther

Hickstead (dpa/UPI) – Peter Luther gewann auf Lucky beim internationalen CSI-Turnier im englischen Hickstead ein Zeitspringen in 74,37 Sekunden.

Unfall bei „DDR"-Rennen

Karl-Marx-Stadt (dpa) – Zu einem Unfall mit tödlichem Ausgang kam es bei einem internationalen Motorrad- und Autorennen auf dem Sachsenring bei Hohenstein-Ernstthal im „DDR"-Bezirk Karl-Marx-Stadt. Bertram Queck aus Zwickau starb nach einem Sturz im Wettbewerb der 125-ccm-Klasse.

Killats 3-m-Sprung

München (dpa) – Der 23 Jahre alte Albin Killat, Olympiateilnehmer in Los Angeles, entschied bei den deutschen Meisterschaften der Kunst- und Turmspringer mit 92,40 Punkten das Duell gegen den 28jährigen Dieter Dörr vom Drei-Meter-Brett für sich. Beim Turmspringen der Damen gewann Elke Heinrichs ihren 23. nationalen Titel.

Birmingham Kandidat

London (dpa) – Birmingham wird vom englischen Nationalen Olympischen Komitee (NOK) als Austragungsort der Olympischen Spiele 1992 unterstützt. Die beiden anderen Bewerber, London und Manchester, wurden nicht berücksichtigt.

Sieg für Hunger-Brüder

Koper (sid) – Die sechste und letzte Wettfahrt bei der Segel-Europameisterschaft in der olympischen 470er-Klasse gewannen vor dem jugoslawischen Koper die Brüder Wolfgang und Joachim Hunger (Berlin/Kiel). Den Titel sicherten sich die Spanier Luis Doreste und Roberto Molina.

Rallye: Peugeot vorn

Trier (sid) – Ihren fünften Saisongewinn nach sechs Wertungsläufen zur Deutschen Rallye-Meisterschaft feierten Kalle Grundel (Schweden) und sein Solinger Beifahrer Peter Diekmann mit dem Sieg der Hunsrück-Rallye. Die Peugeot-Fahrer fuhren auf der 1007 km langen Strecke mit Start und Ziel in Trier 3,26 Minuten Vorsprung auf das Audi-Quattro-Team mit Titelverteidiger Harald Demuth (Ludwigshafen) und Emilio Radaelli (Italien) heraus.

RUDERN / Schüler von Karl Adam sorgt mit Ruhr-Achter für Hoffnungen

Wandlung von Peter-Michael Kolbe: „Ich seh' das nicht mehr verbissen"

sid/dpa, **Luzern**

Seitdem Peter-Michael Kolbe das Rudern nicht mehr so verbissen sieht, seitdem er seinen ausgeprägten Ehrgeiz besser kontrollieren kann, genau seit diesem Zeitpunkt ist eine Wandlung mit dem früheren Weltmeister vorgegangen. Heute wirkt er locker, ruhiger und gereifter. Auf dem Rotsee in Luzern präsentierte sich der neue Peter-Michael Kolbe, ob gewollt oder nicht, in prächtiger Form. Die Distanz zu seinem Sport tut ihm offenbar gut. Als Vorlaufschnellster qualifizierte er sich leicht für das Finale. Hier wird er auf seinen alten Widersacher Pertti Karppinen stoßen. Das alte Duell erhält ein neues Kapitel. (Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

Aber Peter-Michael Kolbe sagt: „Ich sehe das nicht mehr so verbissen." Wie hatte er sich zuvor gerade in die Auseinandersetzungen mit dem Finnen hineingesteigert. Bei zwei Olympischen Spielen wollte Kolbe die Goldmedaille, alles andere zählte für ihn nicht. Jedesmal aber war nur Karppinen vor ihm. Fast ein Jahrzehnt lang lebte der Rudersport von diesem ewig jungen Duell. Doch nun hat sich alles entkrampft, zumindest für Kolbe. Der Finne hatte bereits nach seinem Olympiasieg in Los Angeles keinen Zweifel daran gelassen, daß er in vier Jahren in Seoul den Versuch unternehmen werde, zum vierten Mal in Folge Olympiasieger zu werden. Dagegen sagt Kolbe: „Ich trainiere nur noch für den nächsten Tag, ich rudere nur zum Spaß."

Das Duell mit Karppinen reizt ihn zwar noch immer, aber eine Medaille bei der Weltmeisterschaft (26. August–1. September) im belgischen Hazewinkel würde ihn bereits zufriedenstellen. Anders dagegen der Finne. Er sagt: „Seit meinem Sieg über Kolbe vor vierzehn Tagen in Tampere fühle ich mich sicher. In dieser Saison rechne ich eher mit dem Norweger Alf Hansen oder Uwe Mundt aus der DDR. Von Kolbe droht keine Gefahr." So sieht es auch Kolbe: „Wenn man Karppinen schlagen will, muß man mehr trainieren, als ich es in diesem Jahr getan habe." Realitätsbewußtsein oder doch nur eine neue Spielart im Kampf um die Krone?

Wer hierzulande in den letzten Jahren vom Rudern sprach, meinte eigentlich nur Kolbe. Vom einstigen Flaggschiff, dem Achter, spricht man schon lange nicht mehr. Ein ehemaliger Ruderer von Karl Adam, der Dortmunder Günter Petersmann, will diese Misere jetzt beenden. Er hat im Winter eine neue Achter-Crew zusammengestellt. Unter mehr als 20 Kandidaten suchte er sich die geeignetsten aus. Zu Jörg Puttlitz und Norbert Keßlau aus Dortmund und dem Wittener Volker Grabow aus dem Gold-Vierer von 1983 setzte Petersmann den Essener Georg Bauer und Holger Piontek, den 2,03 Meter großen Armin Eichholz aus Blankenstein an der Ruhr, den Dortmunder Stefan Scholz und den Düsseldorfer Ingo Wieneke gemeinsam ins Boot. Wegen des langen Namens der Renngemeinschaft entstand der Name „Ruhr-Achter".

Unter der Regie des Schwergewichts Petersmann (125 Kilo/1,96 Meter) bringt die neue Besatzung die für das Großschiff ideale Durchschnittsgröße von 1,96 Meter bei einem Gewicht von 95 Kilo an Bord. Bei Eis und Schnee wurde im Winter hart trainiert. In Luzern landete das Boot bei der Endlaufqualifikation vor den USA und Australien.

Petersmann arbeitet nach Methoden von Karl Adam. So setzt er auf Konkurrenz im eigenen Lager. Ein Nachwuchs-Achter mit Ruderern, die bei der Zusammensetzung des Ruhr-Achters durchs Sieb fielen, macht der Stammbesetzung kräftig Konkurrenz, und mit dem beruflich zeitweise nach Rosenheim übersiedelten Guido Grabow steht der Schlagmann des Weltmeisterschafts-Vierer als Ersatzmann bereit. Petersmann: „Die Zeit der Blamagen muß vorbei sein."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Intertoto-Runde, 3. Spieltag: Gruppe 1: Antwerpen – Bremen 0:6, Jena – Malmö 1:0. – Gruppe 2: Enschede – Düsseldorf 0:0, Lüttich – Erfurt 2:2. – Gruppe 3: Wacker Wien – Bröndby Kopenhagen 3:0, Posen – Göteborg 1:4. – Gruppe 4: Szekesfehervar – Stockholm 1:0, Bohemians Prag – St. Gallen 4:2. – Gruppe 5: Slavia Prag – Aue 2:0, Stavanger – Braunschweig 2:1. – Gruppe 6: Danzig – Sparta Prag 3:2, Zürich – Lyngby Kopenhagen 1:3. – Gruppe 7: Aarhus – Zabrze 2:3, Bern – Zalaegerszeg 4:1. – Gruppe 8: Bielefeld – Haifa 8:2, Graz – Jerusalem 4:1. – Gruppe 9: Linz – Vejle 2:2, Sofia – Ostrau 0:2. – Gruppe 10: Hammarby – Oslo 4:0, Eisenstadt – Budapest 0:1. – Gruppe 1: Aarau – Burgas 3:3. – **Deutsche Meisterschaft,** A-Jugend, Finale: Frankfurt – Leverkusen 4:2 (1:0). – B-Jugend: Kickers Offenbach – Bochum 0:3 (0:1). – **Freundschaftsspiele:** Traunstein – München 0:6, Ubstadt – Mannheim 2:18, Rendsburg – Hamburg 2:14, Aurich – Dortmund 1:2, Strasbourg – Uerdingen 2:3, Nagold – Uerdingen 1:5, FSV Frankfurt – Aachen 0:4. – **Turnier** in Havelse: Arminia Hannover – Hannover 96 1:2, Havelse – Hertha BSC 1:5.

WASSERBALL

Länderspiel in Waldkraiburg: Deutschland – Australien 10:4.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Paris: Männer: 100 m: 1. Williams (Kenia) 10,01 Sek., 2. Richard 10,03, 3. Marie-Rose (beide Frankreich) 10,03. – 200 m: 1. Williams 20,48. – 400 m: 1. Haley (USA) 44,83. – 1000 m: 1. Cruz (Brasilien) 2:16,0. – 1500 m: 1. Thiebault (Frankreich) 3:36,17, 2. Khalifa (Sudan) 3:36,43, 3. Maree (USA) 3:36,44. – 5000 m: 1. Padilla (USA) 13:35,46. – 400 m Hürden: 1. Schmid (Deutschland) 48,4. – Stabhoch: 1. Bubka 6,00 m (Weltrekord), 2. Krupski (beide UdSSR) 5,70, 3. Collet (Frankreich) 5,70. – **Frauen:** 1500 m: 1. Decker-Slaney (USA) 3:59,84 Min. (Jahres-Weltbestzeit), 2. Bürki (Schweiz) 4:02,05. – 400 m Hürden: 1. Brown-King (USA) 55,66 Sek., 2. El-Moutawakel (Marokko) 56,11. – Hochsprung: 1. Costa (Kuba) 2,00, 2. Ritter (USA) 2,00. – **Internationales Springer-Meeting** in Cannstatt, Männer, Dreisprung: 1. Knabe (Wattenscheid) 16,81 m, 2. Kübler (Kornwestheim) 16,73, 3. Elliott (Bahamas) 16,55, 4. Jaros (Düsseldorf) 16,47. – Weitsprung: 1. Conley (USA) 8,22, 2. Kessler (Wolfsburg) 7,90 (DLV-Jahresbestleistung).

WASSERSPRINGEN

Deutsche Meisterschaften in München, Männer, 3-m-Brett: 1. Killat (München) 699,80 Punkte, 2. Dörr (Gelnhausen) 655,20, 3. Meyer (Aachen) 589,30. – Frauen, Turmspringen: 1. Heinrichs 401,55, 2. Kühn 393,05, 3. Finke (alle Aachen) 388,60.

FECHTEN

41. Weltmeisterschaften im Herrenflorett, Einzel: Viertelfinale: Hein – Weidner (Deutschland) 10:7, Numa (Italien) – Favier (Kuba) 10:6, Cerioni (Italien) – Romankow (UdSSR) 11:9, Cipressa – Borella (Italien) 10:8. – Halbfinale: Numa – Hein 10:6, Cipressa – Cerioni 10:3. – Finale: Numa – Cipressa 10:6. – Um den dritten Platz: Hein – Cerioni 12:10, 5. Favier, 6. Weidner, 7. Borella, 8. Romankow, . . .12. Behr, . . .25. Reichert (beide Deutschland).

KUNSTTURNEN

Zweite WM-Qualifikation der Turner in Nördlingen, Endstand (Ergebnis der ersten Ausscheidung bereits mitgerechnet): 1. Simmelbauer (Mühldorf) 222,95 Punkte, 2. Japtok (Hannover) 221,50, 3. Geiger (Herbolzheim) 220,13, 4. Winkler (Heusenstamm) 218,65, 5. Szilier (Weiskirchen) 218,25.

RAD

Tour de France, 14. Etappe (179 km, Autrans – St. Etienne): 1. Herrera (Kolumbien) 4:56:32 Std., 2. Peeters (Belgien) 0:47 Sek. zur., 3. Lemond (USA), 4. Forest (Frankreich), 5. Schepers, 6. Wellens (alle Belgien), 7. Delgado (Spanien), 8. Millar (England) alle gleiche Zeit, 9. Parra (Kolumbien) 0:49, 10. Bauer (Kanada) 2:32. – Gesamtklassement: 1. Hinault (Frankreich) 70:31:23 Std., 2. Lemond 3:32 Min. zur., 3. Roche 6:14, 4. Kelly (beide Irland) 7:36, 5. Bauer (Kanada) 8:32, 6. Anderson (Australien) 8:33, 7. Zoetemelk (Holland) 11:20, 8. Rüttimann (Schweiz) 11:32, 9. Parra 11:38, 10. Millar 11:56. – **Deutsche Bahn-Meisterschaften** der Amateure in Mannheim: 4000-m-Mannschaftsverfolgung: 1. Derby Berlin 4:09,04 Min., 2. Böblingen eingeholt, 3. Heilbronn 4:34,40, 4. Nordrhein-Westfalen 4:35,39. – Tandem: 1. Weber/Greil (Köln), 2. Reimann/Zimmermann (Berlin), 3. Schmidtke/Pfennings (Köln). – 4000-m-Einzelverfolgung: 1. Günther (Berlin) 4:52,77, 2. Alber (Böblingen) 4:53,33; um Platz drei: 3. Hillenbrand (Berlin) 4:52,25, 4. Strittmatter (Böblingen) 4:52,60. – **Damen:** Sprint: 1. Altweck (München) 2:0-Laufsiege (12,88/13,06 Sek.), 2. Dorausch (Berlin), 3. Niehaus (Bocholt) 2:0-Laufsiege (13,32/12,91), 4. Enzenauer (Ludwigshafen). – 3000-m-Einzelverfolgung: 1. Enzenauer 4:02,77, 2. Kaul (Göttingen) 4:12,68.

REITEN

Dressur-Europameisterschaften der „Jungen Reiter" in Helsinki, Mannschafts-Wettbewerb: 1. Deutschland mit Claudia Görgens auf Bellami, Birgit Wellhausen auf Macbeth, Sebastian Heinmann auf Dior und Nadine Capellmann auf Junior 4096 Punkte, 2. Finnland 3737, 3. Österreich 3708, 4. Dänemark 3690, 5. Schweiz 3601, 6. Schweden 3526, 7. Holland 3498.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 3, 10, 31, 32, 42, Zusatzzahl: 43. – **Spiel 77:** 5 2 7 1 5 7 9. – **Toto, Elferwette:** 1, 2, 0, 1, 1, 0, 1, 1, 1, 2, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 7, 3, 12. – Rennen B: 30, 27, 24. (Ohne Gewähr).

GOLF

Vier Deutsche noch dabei

dpa/sid, **Braunfels**

Vier Deutsche waren unter den 44 Teilnehmerinnen, die gestern zur letzten Runde bei der offenen deutschen Meisterschaft der Golfspielerinnen im hessischen Braunfels antreten durften (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet). An elfter bis 13. Stelle rangierten mit je 220 Schlägen die Meisterin der nationalen offenen Meisterschaften, Barbara Helbig (Buchholz-Nordheide) 75+73+72, und die amtierende internationale und nationale deutsche Amateur-Meisterin Martina Koch (Hannover) 77+73+70.

Beverly Huke (England) übernahm am Samstag die alleinige Führung. Mit 213 Schlägen nach Runden von 70+74+69 (par 73) hatte die 34 Jahre alte Titelverteidigerin vor den letzten 18 Löchern schon vier Schläge Vorsprung vor ihren Konkurrentinnen aus zwölf Nationen. Die Meisterin erhält neben dem wertvollen Fürst-von-Metternich-Cup 12 000 der insgesamt 120 000 Mark Preisgelder.

Erst mit je 217 Schlägen folgten auf dem gemeinsamen zweiten bis vierten Rang Laura Davies (England) 76+73+68 – die 21jährige ist mit rund 45 000 Mark die Nummer eins der europäischen Gewinner-Rangliste –, Muriel Thomson (Schottland) 73+73+71 und Diane Heinicke (USA) 75+70+72.

*

Mit dem Rekord von 407 Schlägen gewann Christoph Städler (Wuppertal) in Hamburg ein Spiel über 100 Löcher. Bisheriger Rekordhalter war der Waldhofer Volker Bennerscheidt, der vor zwei Jahren mit 416 Schlägen gewonnen hatte. Städler, 34 Jahre alter Nationalspieler, deklassierte seine Konkurrenten mit Runden von 73+73+77+72+69+43 Schlägen. Zweiter wurde Frank Armbrecht (Ahrensburg) mit 421 (77+77+73+74+79+41) vor Karsten Berlage (Hamburg) mit 438 Schlägen.

Überlegener Vorgabe-Sieger wurde der 25jährige Frank Armbrecht (Vorgabe 6) mit netto 388 (71+71+67+68+73+38) vor seinem Ahrensburger Vereinskamerad Michael Pantzer (Vorgabe 8) mit netto 397 Schlägen.

Jahrhundertelange Sippenkämpfe: Die Geschichte der japanischen Shogune

Die wahren Herrscher im Lande

Etwa 700 Jahre lang, von 1192 bis 1867, war Japan praktisch unter militärischer Herrschaft. Diesen Militärregierungen – man nannte sie „Bakufu" (Zelt) oder „Shogunat" – standen vom Kaiser ernannte „Shogune" vor: Sie sollten sowohl den Frieden des Reiches sichern wie auch Kriege vorbereiten. Shogun ist die Kurzform von „sei tai shogun", was soviel bedeutet wie „der Feldherr, der die Barbaren unterwirft". Sie sorgten dafür, daß es keine Aufstände im Land gab, kämpften gegen Feinde von außen – im 13. Jahrhundert wehrten sie beispielsweise zwei Einfälle der Mongolen ab, die mit ihrem Führer Kublai Khan nach Japan gekommen waren – und kümmerten sich um die Steuereintreibung bei den Vasallen auf ihren Ländereien.

Die Anfänge der Shogune gehen zurück bis in die Heian-Periode (794 bis 1185). Damals waren sie noch Krieger, „Samurai", die im Dienst der Adligen standen und deren Aufgabe darin bestand, die Bauern unter Kontrolle zu halten. Im Lauf der Zeit gewannen die Samurai einen so großen Einfluß, daß sie die eigentlichen Herren im Lande wurden.

Drei Militärregierungen oder Shogunate herrschten über das Japanische Reich bis zur Meiji-Restauration im Jahre 1868: zunächst das Kamakura-Shogunat (1192–1333), ihm folgte das Muromachi-Shogunat (1338–1573), welchem sich, während der Edo-Periode von 1603 bis 1867, das Tokugawa-Shogunat anschloß.

Während der Kamakura-Periode begann die Herrschaft der Samurai. Minamoto-no-Yorimoto rief das Shogunat in Kamakura, in der Nähe von Tokio, ins Leben, nachdem er einen Bürgerkrieg unterdrückt hatte und vom Kaiser zum Shogun ernannt worden war. Einige Generationen später konnte der Hojo-Clan – der die Forderungen der siegreichen Samurais über die Mongolen nicht zu erfüllen vermochte – das Kamakura-Shogunat unterwerfen. Dem kaiserlichen Hof gelang es allerdings mit Hilfe jener enttäuschten Samurais, seine Rechte während der Muromachi-Periode wieder durchzusetzen.

Das Schwert des Shogun – ZDF, 20.15 Uhr

Unzufrieden mit der neuen kaiserlichen Herrschaft, errichtete die Ashikaga-Sippe eine eigene Militärregierung in Kyoto. Im folgenden Jahrhundert versuchten mächtige Krieger aus der Umgebung, Einfluß und Herrschaft über das Land zu gewinnen. Schließlich jedoch, in den Jahren von 1573 bis 1603, begann eine Zeit des Friedens, als Oda Nobunaga, mit Unterstützung des kaiserlichen Hauses, das Muromachi-Shogunat unterwarf.

Als Nobunaga starb, trat Toyotomi Hideyoshi die Nachfolge an. Unter seiner Herrschaft erlebte der Handel mit dem Ausland und das Handwerk einen ungeheuren Aufschwung. Kontakte mit dem Abendland brachten Christentum und westliche Zivilisation nach Japan, wodurch Kunst und Kultur im Lande in großem Maße beeinflußt wurden.

Nach dem Tod Hideyoshis entbrannte ein Machtkampf, der schließlich zur Errichtung des Tokugawa-Shogunats in Edo, dem heutigen Tokio, führte, das Japan während der nächsten 246 Jahre regierte. Zu dieser Zeit vollzog sich auch die Unterteilung des Volkes in vier soziale Klassen: Krieger, Bauern, Handwerker und Kaufleute. Unter diesem Kastensystem litten die Bauern am meisten, denn sie durften ihr Land nicht verlassen; darüber hinaus mußten sie noch hohe Steuern zahlen.

In dieser Zeit schloß Japan auch seine Grenzen. Nur noch Niederländer, Chinesen und Koreaner durften ins Land. Trotz dieser strengen Herrschaft waren Kriegszüge während dieser Jahre so gut wie unbekannt. Allerdings wurden Christen verfolgt, und den Japanern, die nach Übersee gingen, war die Rückkehr ins eigene Land verwehrt.

Der Niedergang der Shogune setzte ein, als sie mit den auswärtigen und inneren Angelegenheiten nicht länger fertig wurden. Nachdem das Tokugawa-Shogunat zusammengebrochen war, öffnete Japan der Welt wieder seine Pforten. Damit begannen der wirtschaftliche Aufstieg und die Prosperität, deren sich das Land bis heute erfreut. EDWIN KARMIOL

KRITIK

Eine Lernstrecke besonderer Art

Die neue Runde der ARD-Redezeit **Moment mal** begann mit einer Frage, die die westdeutschen Mediengemüter schon 1984 erschütterte: „Vom Westen enttäuscht? Wie ehemalige DDR-Bürger die Bundesrepublik sehen." Damals durften rund 40 000 Mitteldeutsche das Honeckersche Leibeigenschaftsgelände verlassen, und professionelle Deuter hierzulande kamen schnell auf allerlei Erklärungen für den ungewöhnlichen Akt, aber nur selten auf eine plausible.

Die gab jetzt der Wuppertaler Soziologe Ronge, der neben Wolf Biermann, Staatssekretär Hennig vom Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen, dem ehemaligen Ostberliner Pfarrer Linke sowie dem ebenfalls aus der „DDR" stammenden Rolf Rudert – hier und heute arbeitslos und rückkehrwillig –, ins ARD-Studio eingeladen worden war. Ronge, der die Übersiedlergruppe in der zurückliegenden Zeit soziologisch erforscht hat, erläuterte, mit Hilfe der Freigelassenen habe man das in der „DDR" existierende Problem der „verdeckten Arbeitslosigkeit" ein Stück weit bewältigen können.

Damit waren allerdings nicht die Motive der Ausreisewilligen erklärt. Auf diese kamen Pfarrer Linke und Wolf Biermann zu sprechen, und es blieb Biermann vorbehalten, der „DDR" mit bissiger Ironie für sein Leben in ihren Mauern zu „danken", denn im Westen, so der Liedermacher, „wäre ich wahrscheinlich verkommen – als kommunistischer Revolutionstourist, der in die DDR fährt und sich Zucker in den Hintern und Sand ins Gehirn blasen läßt".

Trotz vieler gescheiter Bemerkungen der Teilnehmer über den Charakter der hiesigen Gesellschaft als eine „Lernstrecke" besonderer Art, wenn es um das Sich-zurecht-Finden ehemaliger „DDR"-Bewohner geht, gelang es dem Moderator nicht, die Situation des „Stars" des Abends – des rückkehrwilligen Arbeitslosen Rudert – auch nur annähernd zu erhellen. Heraus kam immerhin, daß Rudert Arbeit gehabt hatte, dann krank geworden war und seine Arbeit verlor. Sein Problem wurde ansonsten schlicht auf Sächsisch weggenuschelt. Das machte skeptisch.

Daß Skepsis angebracht war, provozierte schließlich Ronge mit dem Hinweis, daß die vor einiger Zeit vom „Neuen Deutschland" gemeldeten 20 000 Rückkehrwilligen das Ergebnis einer schlichten Propaganda-Hochrechnung von „DDR"-Desinformationsstrategen waren, die mal eben kurz alles, was sich seit 1961 für immer oder besuchsweise in die Kalte Heimat zurückgemeldet hatte, zusammenzählte.

Nicht daß diese Methode überraschen könnte. Eher amüsiert da im nachhinein manch schnelle Verständnis-Reaktion hierzulande, die auf diesem plumpen Trick Qualitäts-Philosophien über beide deutschen Staaten entwickelte. Während Rudert irgendwann sagte: „Es war ein Irrweg für mich. Es ist zwecklos, daß ich hierbleibe", um dann mitzuteilen, daß eine Arbeit ihn sehr wohl bleiben lassen würde, machte Pfarrer Linke klar, daß er auch etwas von der politischen Dimension der Angelegenheit begriffen hatte, indem er betonte, daß die Welt doch größer sei als das Getto „DDR". Daß politische Werte nur am Rande eine Rolle spielten, war ein Manko der Debatte und – nach Ronge – zugleich charakteristisch für das ganze Problem, denn nicht mehr so sehr „national-biografisch-politische Motive" spielten bei den Übersiedlern von heute eine Rolle, sondern der Typus, dem es um Ausleben und Ergreifen ganz persönlicher Möglichkeiten geht. Freizügigkeit statt Freiheit? Diese unausgesprochene Frage schwebte fast bedrückend über der Runde. ULRICH SCHACHT

GALOPP / Erfolg für das Gestüt Bona, aber:

Rätsel um die Fabelzeit der zweijährigen Stute Bolivia

MICHAEL PLAYER, **Köln**

Auf einem anhaltenden Höhenflug befindet sich das Vollblutgestüt Bona. Nach der ausgezeichneten Leistung seines Hengstes Pontiac, der am letzten Sonntag den zweiten Platz im Deutschen Derby errang, gelang der in Erftstadt bei Köln gelegenen Zuchtstätte am Samstag auch ein Erfolg im traditionsreichen Sierstorpff-Rennen. Die zweijährige Stute Bolivia, vorbereitet von Championtrainer Heinz Jentzsch und geritten von Georg Bocskai, hatte in der 1000-m-Prüfung keine Mühe, ihre Gegner, die beiden von Hein Bollow trainierten Hengste Royal Rox und Papano, klar abzuweisen.

Bona-Mitinhaber Heinz Harzheim sah man nach dem Rennen freudig erregt. Nicht nur der Siegpreis von 24 000 Mark und die positiven Zukunftsaussichten seiner Stute verschönten dem Kölner Tiefbauunternehmer den Nachmittag, sondern auch die Vorfreude auf einen Batzen Geld bei der Iffezheimer Jährlings-Auktion am 31. August. Für die Veranstaltung ist seit Wochen die Stute Bristol, eine Halbschwester von Bolivia, angemeldet. Sie dürfte nach diesem Sieg der schnellen Schwester einiges Käuferinteresse auf sich ziehen, zumal aktuell außerdem noch die beträchtlichen Erfolge ihres Bruders Bismarck für sie sprechen.

Ungläubiges Staunen verursachte nach Bolivias Kölner Rennen die Fabelzeit von 53,88 Sekunden, in der Harzheims Stute die Strecke bewältigt haben soll. Sie dürfte wohl wirklich dem Bereich der Fabel zuzuordnen sein, denn eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 66,8 Kilometer pro Stunde haben auf der Rennbahn nicht einmal Bruder Bismarck oder Harzheims einstiger Spitzensprinter und jetzige Deckhengst-Hoffnung Esclavo erreicht. Da an der Richtigkeit der Zeitmessung auf Deutschlands Galopp-Rennbahnen nur geringe Zweifel bestehen und die Pferde am Samstag auch keine Abkürzung genommen haben, werden die Verantwortlichen auf der Köln-Weidenpescher Bahn wohl einmal nachmessen müssen, ob die Startstelle auch wirklich 1000 m vor dem Ziel gelegen hat . . .

TURNEN / Simmelbauer gewann Qualifikation

Mäßige Pflicht, eine gute Kür, Schwächen am Reck

dpa, **Nördlingen**

„Optimistisch stimmt mich nur das Kürprogramm." Klaus Zschunke, Bundesfachwart des Deutschen Turner-Bundes (DTB), zog nach der zweiten Weltmeisterschafts-Qualifikation der Kunstturner in Nördlingen eine realistische Bilanz: „Wir werden versuchen, bis zu den Weltmeisterschaften im November in Montreal die Feinform zu erreichen."

Der 22 Jahre alte Medizinstudent Bernhard Simmelbauer vom TSV Mühldorf dominierte wie schon vor zwei Wochen bei der ersten WM-Ausscheidung in Bad Laasphe deutlich vor dem Hannoveraner Andreas Japtok. Entscheidend für den Erfolg Simmelbauers war erneut die überragende Kürleistung, nachdem nach der Pflicht Zwölfkampfmeister Kurt Szilier vom SV Weiskirchen geführt hatte. Doch der 28 Jahre alte ehemalige Rumäne fiel vom Reck und büßte damit seine Siegeschance ein.

„Obwohl ich eigentlich nicht nervös war, lief es in der Pflicht nicht so gut. Mit meinen Kürleistungen bin ich sehr zufrieden. In den nächsten Tagen werde ich wegen einiger Prüfungen an der Universität kürzertreten. Körperlich fühle ich mich in hervorragender Form", analysierte Simmelbauer seinen nicht unerwarteten Erfolg. Neben Simmelbauer und Japtok sowie Szilier schob sich der wieder erstarkte Jürgen Geiger vom TSV Herbolzheim in den Vordergrund. Der beständig turnende Geiger könnte für die WM ein wichtiger Mann werden. Licht und Schatten wechselten dagegen bei Andreas Aguilar (TK Hannover), Daniel Winkler (TSV Heusenstamm) und Jürgen Garhiella (TV Bonlanden), die ebenfalls als aussichtsreiche WM-Kandidaten gelten.

„Natürlich reichen die gezeigten Leistungen noch lange nicht aus, aber wir sind bei der Qualifikation immer erst am Anfang unserer WM-Vorbereitungen", sagte Bundestrainer Philipp Fürst. Bundesfachwart Zschunke erkannte vor allem „deutliche Schwächen am Reck". Zschunke weiter: „Der psychologische Druck der Nominierung für den WM-Kader war natürlich stark." Zehn Turner haben sich qualifiziert, nur acht werden Anfang November nach Kanada zur WM fliegen.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Wo die alten Wälder rauschen
11.35 Die Pyramide
12.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Aus dem Leben der Klaviere
16.20 Zeit zum Tanzen
Über die Lust am Jazz-Tanz
17.20 Im Schatten der Eule
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
5. Teil: Signora Verdi
21.15 Menschen der Medina
Städtischer Alltag in Marokko
Trotz der immer noch herrschenden feudalen Verhältnisse zählt Marokko zu den liberalsten Staaten der Dritten Welt. Reinhard Behm schildert am Beispiel der Altstadt von Rabat das Leben und den schwierigen Weg dieses Landes, in dem König Hassan II. eine moderne Gesellschaft aufbauen will.
22.00 Es ist angerichtet (8)
Mit Eddi Arendt
22.30 Tagesthemen
23.00 Made in Britain
Fernsehspiel von David Leland
Mit Tim Roth, Bill Stewart, Eric Richard u. a.
Regie: Alan Clarke
0.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Die Vogelscheuche
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Schneetreiben
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Das schnelle Geld
Über Jugendprostitution berichten Christine Lemmen und Monika Winhuisen
20.15 Das Schwert des Shogun
Engl.-amerikan.-japanischer Spielfilm (1980)
Mit Richard Boone, Toshiro Mifune, Frank Converse u. a.
Regie: Tom Kotani
21.45 heute-journal
22.05 Wenn man einen Liebhaber hat, dann hat man auch mehrere
Die französische Schriftstellerin Marguerite Duras erzählt über ihr Leben
22.35 Zum Jahr der Musik
Carmina Burana
Von Carl Orff
23.35 Nero Wolfe
P. H. antwortet nicht
0.20 heute

III.

WEST
18.30 Der Regenbogenprinz
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Der Regenbogenprinz (2)
19.00 Nahaufnahme
Schattenkinder
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Italien (4)
Drei verschiedene Salate

HESSEN
18.30 Der Regenbogenprinz (2)
19.05 Ein Platz für Tiere
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Atlantis? Atlantis!
Mutmaßungen über ein verschwundenes Königreich
Von Alexander von Cube
Die Suche nach dem legendären Königreich Atlantis, das angeblich vor 10 000 Jahren von den Fluten des Atlantik verschlungen wurde, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte.
21.45 Kottan ermittelt:
Der Geburtstag
Mit Peter Vogel u. a.
23.10 Helmut Qualtinger liest: „Der ewige Spießer" von Ödön von Horvath (2)
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Hoss und die Bankräuber
20.15 Hans Hass (5)
Der rettende Schrei
21.00 Flash Gordon
Vernichtendes Schicksal
21.20 Rückblende
Vor 85 Jahren: Die Rolltreppe
Attraktion der Pariser Weltausstellung
21.35 Das eigenwillige Leben der Vulkaninsel Lanzarote
22.35 Jazz am Montagabend
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 „. . . daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen" (6)
Neue Ausgrabungen der Landesarchäologie in Bayern
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Beobachtungen in Marokko
22.50 Die Untersuchungsrichterin
Zweimal zwei ist vier
0.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Mondbasis Alpha 1
18.00 Westlich von Santa Fe
Eine reizende alte Dame
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Viva Diaz
19.40 Die Rache der Samurai
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Moderation: Jeanette Enders und Friedhelm Busch
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Teufelsbrigade
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Gary Cooper, Mari Aldon, Richard Webb, Ray Teal u. a.
Regie: Raoul Walsh
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Asphalt-Cowboy
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Dustin Hoffman u. a.
Regie: John Schlesinger
23.35 Kennwort: Kino
Apropos Film
0.20 3SAT-Nachrichten

Pankraz, Nairobi und das andere Geschlecht

Heute beginnt in Nairobi die dritte sogenannte Weltfrauenkonferenz, ein von der UNO organisiertes Riesenspektakel, dessen Ergebnis weniger als Null sein wird. Die „Weltfrauen" werden am Ende mehrheitlich feststellen, daß es drei große Hindernisse für die endgültige Befreiung und Gleichberechtigung des „anderen Geschlechts" gibt: Amerika, Israel, Südafrika. Oder um es in politischen Begriffen zu sagen: den Kapitalismus, den Zionismus und den Neokolonialismus. Man wird also wieder einmal genau das Gegenteil von dem sagen, was wahr ist, und die aus dem Westen angereisten Oberemanzen werden sich – wie schon auf den vorhergegangenen Weltkonferenzen in Mexiko-Stadt und Kopenhagen – ein bißchen winden, um sich dann dem offensichtlichen Schwindel doch noch anzuschließen.

Dabei gäbe es jenseits der UNO-Phrasen eine ganze Menge hochinteressanter, hochwichtiger Frauenfragen, die es wert wären, einmal vor großem Forum ausführlich debattiert zu werden, allen voran die Frage nach dem Verhältnis von *Frauenemanzipation und Islam*. Im Zuge der Refundamentalisierung des Islam und der erfolgreichen Mission, die er überall betreibt, hat es ja einen schweren Rückschlag für das gegeben, was man gemeinhin Emanzipation nennt. Die Frauen verschwanden wieder aus zahlreichen Berufen, die sie sich bereits erobert hatten, der soziale Rang der alleinstehenden berufstätigen Frau wurde kräftig reduziert, sie selbst hinter den Schleier verbannt. Die Scharia praktizierte wieder grausamste Strafen gegen ungetreue Ehefrauen und räumte den Männern das volle Recht auf jederzeitige „Verstoßung" ein.

Sehr debattewürdig wäre auch der sogenannte „Machismo" in den lateinamerikanischen und vielen *afrikanischen und asiatischen* Staaten. Wenn recht viele Kinder als eine Art Sozialversicherung für das Oberhaupt der Familie gelten, dieses selbst jedoch sich gegenüber der Ehefrau *überhaupt nicht moralisch* gebunden fühlt, sich ganz offen beliebig viele Nebenverhältnisse leistet, dann degeneriert die Ehefrau zur bloßen Sozialmaschine, die ihre Funktion zudem oft genug in bitterster Not und Armut verrichten muß. Diesen Frauen muß das päpstliche Abtreibungs- und Verhütungsverbot tatsächlich manchmal wie eine schreckliche Geißel erscheinen, was aber primär nicht eigentlich am Verbot als vielmehr an den Bedingungen liegt, für die es ausgesprochen wird.

Was schließlich die Emanzen aus dem Westen betrifft, so müßten sie sich gerade angesichts der flächendeckenden Frauenversklavung durch Fundamentalisten und Machos eingestehen, wie nichtig, *selbstgemacht und luxushaft* doch ihre eigenen „Probleme" sind. Feministische Theologie, Busengrapscherei am Arbeitsplatz, „Mein Bauch gehört mir" – mit solchen Themen hat man schon in Mexiko und Kopenhagen Unverständnis bei den „Schwestern aus der Dritten Welt" provoziert. Statt sie in Ausschüssen und Nebenveranstaltungen noch einmal aufzuwärmen, sollte man vielleicht darüber nachzudenken beginnen, inwieweit die ganze Emanzipation ein (Luxus-)Produkt des freien Westens ist, dessen platte Übertragung auf Länder mit prinzipiell anderen Strukturen dort nur Unsinn und Verheerung anrichtet.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die westlichen Frauen solche Menschenrechtsverletzungen, wie sie Fundamentalismus und Machismus an ihren Geschlechtsgenossinnen begehen, nicht beim Namen nennen sollten, im Gegenteil, sie sollten sie endlich mit gebührender Schärfe brandmarken, statt sich in Leisetreterei zu üben und die verlogenen Haßgesänge gegen den Kapitalismus mitzumachen. Aber sie sollten sich dabei vor den spezifischen feministischen Übertreibungen hüten. *Einer Lehre wie dem Islam*, der zwar Pferde, aber keine Frauen ins Paradies läßt, mit feministischer Theologie zu kommen grenzt an Kamikazefliegerei.

Im übrigen wirken die feministischen Übertreibungen und Schrullen nicht nur bei ihrer Übertragung auf Länder der Dritten Welt zerstörerisch, sondern nicht minder im Westen selbst. Die jährlich hunderttausendfache Abtreiberei im Namen weiblicher „Selbstverwirklichung" zum Beispiel ist nicht nur abstoßend, sondern sie unterminiert die Fundamente unserer Moral, von einer rationalen Bevölkerungspolitik zu schweigen. Und daß das Geißlerministerium ausgerechnet in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit die Politik früherer Koalitionen *fortsetzt und die berufstätige* Frau eindeutig gegenüber der „Nur-Hausfrau" privilegiert, geschieht zwar auf Druck der CDU-Frauenvereinigungen, ist aber dennoch beschäftigungspolitisch falsch und familienpolitisch gefährlich.

Kaum anders verhält es sich mit der Forderung, die, wie man hört, einige amerikanische Delegierte in Nairobi vortragen wollen: daß nämlich die Universitäten verpflichtet werden sollten, einen der Bevölkerungsstruktur entsprechenden Zwangsanteil von Studentinnen aufzunehmen, und zwar in allen Fakultäten und ohne Rücksicht auf Begabung und Eignung. Gibt es denn überhaupt genug begabte Mathematikerinnen oder Physikerinnen? Widersprechen die dort geforderten Abstraktionen nicht der spezifisch weiblichen, auf Ganzheit und Synthese angelegten Mentalität?

Hier taucht ein Thema auf, das man auch einmal genauer erörtern sollte: die spezifischen, unterschiedlichen Begabungen von Mann und Frau. Die Feministinnen *behaupten* unverdrossen, *die* Frauen könnten alles besser, von der Friedenssicherung bis zur Algebra. Daß es in der Geschichte kaum gute Mathematikerinnen oder auch Philosophinnen gegeben hat, liege ausschließlich an der Unterdrückung der entsprechenden Talente durch die Männerwelt. Pankraz hält derlei Feststellungen für zumindest äußerst riskant. Doch Nairobi wird auch dieses Ding nicht geraderücken.

Pankraz

Sind Skulpturen-Ausstellungen im Freien ein Gewinn für die plastische Kunst?

Am Anfang ein Kykladenidol

Plastik braucht Platz. Sie ist in höherem Maße als andere bildende Künste eine Kunst der Öffentlichkeit. Kleinplastik in der guten Stube bleibt letztlich Surrogat. „Plastik ist eine Kunst des Freiraumes", sagte Henry Moore, „sie braucht Tageslicht, Sonnenlicht. Ich möchte meine Arbeiten lieber irgendwo in der Landschaft aufstellen als in dem schönsten Gebäude, das ich kenne." Im Middelheimpark von Antwerpen wurde ihm dieser Wunsch mehrfach erfüllt. Sein mythisches „Königspaar" thront schon seit seiner Gründung in diesem weitläufigen „Freiluftmuseum der Plastik", das diesen Sommer 35 Jahre alt wird.

Es entstand aus einer internationalen Plastikausstellung, die seither alle zwei Jahre unter wechselnden Aspekten wiederholt wird. In diesem Jahr zur Feier des 100. Geburtstags des Automobils als „Automobiennale" mit 60 bunten Autoplastiken aus Holz, Blech, Kunststoff und allerlei sonstigem Material in allen möglichen Erscheinungs- und Phantasieformen. Auch das gehört zu den Aspekten heutiger Plastik, und Middelheim ist ja auch ein Volkspark.

Ständige oder vorübergehende Plastikausstellungen im Freien sind gewiß keine Erfindung unserer Zeit. Aber Middelheim gab neue Anstöße; ebenso Biel in der Schweiz, Sonsbeek und Otterloo in Holland, wo ähnliche Veranstaltungen bereits eine gute Tradition haben. Andere Städte wie Marl, Kassel (jeweils zur „documenta") oder Heilbronn sind dabei, sich eine zu schaffen. Allein, Middelheim bleibt in vieler Hinsicht exemplarisch, weil sich hier Wechselausstellungen und Freiluftmuseum ideell und praktisch in vorbildlicher Weise ergänzen. Freilich, der Middelheimpark ist und bleibt ein Museum, für das man Eintritt zahlt, eine ständige Kunstausstellung im Weichbild Antwerpens; es erfüllt diese Aufgabe vorbildlich und will diesen Eindruck *auch nicht* verwischen.

Ganz andere Ziele verfolgen die Aktivitäten der Galerie Falazik in der Lüneburger Heide. In einem Jahrzehnt haben sie die Umgebung von *Neuenhausen/Soltau und das Dorf* selber in eine Kunstlandschaft verwandelt, ohne irgendwie den Eindruck einer „Ausstellung" aufkommen zu lassen. Unverhofft stößt man auf Straßen und Plätzen, Gärten und Anlagen, auf freiem Feld und am Waldrand auf Bildwerke, die durchaus dorthin gehören oder jedenfalls gehören könnten. Sie wurden von Künstlern, die Ruth Falazik alljährlich auf dem „Springhornhof" versammelt, an Ort und Stelle geschaffen.

Die Galeristin stellt den eingeladenen Bildhauern *immer wieder neue* Themen. Eines von vielen: „Material aus der Landschaft – Kunst in die Landschaft" umreißt exakt die gesamte Unternehmung. Es geht um eine *möglichst weitgehende* Integration von Kunst und Landschaft. Die Künstler arbeiten nicht über, sondern mit Natur und Landschaft und ihren spezifischen Gegebenheiten. „Bezüge" heißt denn auch das Thema, das in diesem Sommer der Berliner Künstlergruppe „Odious" (Gisela von Bruchhausen, Klaus Duschat, Klaus Hartmann, Gustav Reinhardt, Hartmut Stielow und David Lee Thompson) gestellt ist, die im Rhododendronhain der diesjährigen Bundesgartenschau in Berlin bereits ein ähnliches Projekt verwirklicht hat.

Die Bildwerke bleiben in Neuenhausen *stehen; sie sind bereits Teil* der Landschaft und ins dörfliche Leben integriert. Begrüßenswert daran ist, daß der „Kunst" damit die Feierlichkeit, der Ausnahmecharakter genommen, daß sie zu einem sozusagen natürlichen, selbstverständlichen Bestandteil des Alltags wird. Es wirft allerdings auch die Frage auf, ob die angestrebte „Integration" so weit gehen darf, daß alle Grenzen vollends verwischt werden, daß Kunstwerke als solche nicht mehr erkennbar und ihres eigentlichen Charakters und ursprünglichen Sinnes entkleidet sind.

Dergleichen Bedenken stellen sich nicht ein auf der „Straße der Skulpturen", die seit sieben Jahren zwischen dem Bostalsee und St. Wendel im Saarland entsteht. Der einheimische Bildhauer Leo Kornbrust griff mit *diesem Projekt* eine Idee von *Otto* Freundlich auf, der vor fünfzig Jahren einmal angeregt hatte, eine „Straße der menschlichen Solidarität" quer durch Europa zu bauen und von *plastischen Bildwerken internationaler* Künstler einrahmen zu lassen. Die saarländische Skulpturenstraße, die nun als „Hommage" für den im KZ umgekommenen Otto Freundlich verwirklicht wird, hat nicht den Ehrgeiz, seine Vision zu realisieren; aber sie will daran erinnern. Immerhin, sie ist 17 Kilometer lang, und es beteiligen sich daran unter anderem französische, englische, israelische, italienische, japanische, österreichische und deutsche Bildhauer. Jedes Jahr werden jeweils zwei Skulpturen im Wert von rund 60 000 Mark aufgestellt. Auch sie *sind nicht ohne* Beziehung zur Landschaft, aber sie verhalten sich kontrapunktisch zu ihr. Aus Stein gehauen, behaupten sie sich als autonome Kunstwerke, Mahnmale, *monumentale* Sinnbilder und Metaphern in der Natur.

Eine fast zwei Kilometer lange Skulpturenallee ist in diesem Sommer auch in Heilbronn entstanden. Sie führt von der Stadtmitte am Götzenturm vorbei und über die Neckaruferpromenade bis zur Landesgartenschau. Rund 50 Bildhauer aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und der „DDR" sind mit 74 Plastiken an dieser eindrucksvollen Freilichtausstellung beteiligt, die unter dem Titel „Natur–Figur–Skulptur" das ursprüngliche Thema der Bildhauerkunst aus zeitgenössischer *Sicht darstellt, nämlich „Die menschliche* Figur zwischen Realismus und Abstraktion".

Zur Einstimmung in das Leitthema sind am Ausgangspunkt der „Skulpturenallee", in einer Art „Schatzkammer" im Museum, vier exemplarische Plastiken ausgestellt, ein Kykladenidol, ein römischer Torso, die „Schlafende Muse" von Brancusi und das Spätwerk „Mutter und Kind" von Lehmbruck. Fast alles findet sich hier vorgebildet, was auch die zeitgenössische Plastik bei der Darstellung des Menschen beschäftigt: die Reduktion auf die einfache idolhafte Urform, die Abstraktion auf den kubischen Gestaltkern, das realistische Abbild des Lebens, die expressive Stilisierung, die Bindung an die Wirklchkeit und die Sublimierung zum Symbol, zur *Manifestierung einer existentiellen* Situation. Namen wie Franz Bernhard, Lothar Fischer, Christa von Schnitzler, Waldemar Grzimek, Richard Heß, Rainer Kriester, Waldemar *Otto, um nur* wenige *aus dem* durchweg repräsentativen Ensemble zu nennen, mögen dies verdeutlichen. (Heilbronn: bis 30. September; Katalog 20 Mark.) EO PLUNIEN



An der „Skulpturenallee Heilbronn": „David" von Rainer Kriester (Bronze, 1974) . . .



. . . und Alfred Hrdlickas „Sterbender" (Bronze, 1955-59)
FOTOS: STÄDT. MUSEEN HEILBRONN

München: Everding inszeniert Orffs „Bernauerin"

Biergarten des Theaters

Die goldene Spitze des wunderschönen alten Erkers des „Alten Hofes" in München erstrahlt in blendendem Scheinwerferlicht. Lucia Popp singt den Schwanengesang der *Agnes Bernauer, der* Augsburger Baderstochter, die Geschichte und dank Carl Orff auch Musikgeschichte machte. Orff nahm Hebbel die erhabenen Worte aus dem Mund und übersetzte sie in handfeste bayerische Sprüche. Dazu entwarf er Musik, die er mit zartester Handschrift komponierte.

August Everding wollte den 90. Geburtstag von Carl Orff mit der „Bernauerin" feiern, jenem „baierischen Stück", das 1947 in Stuttgart uraufgeführt worden war. Also inszenierte er es jetzt zu den Münchner Opernfestspielen mit dem für ihn gewohnt großen Aufwand im schönen „Alten Hof" der Residenz in München unter freiem Himmel.

Dem Theaterpapst Everding zeigte sich selbst der Münchner Wettergott gut gesonnen: dem bayerischen Freilichtspektakel war schönes Wetter beschieden. Die Inszenierung riecht nach Wasser, Bier und Pferden. Everding *und* der Bühnenbildner Jörg Zimmermann zaubern mit einem Aufwand, der eines Zeffirelli würdig wäre, ein mittelalterliches Bayern, das sich sehen lassen kann.

Die Fassaden des „*Alten Hofes*" mit dem verspielten Erker als Schmuckstück sind die Flächen, auf die Blumenranken, gotische Spitzbögen und blauweiße Rauten projiziert werden. Je nach Ort und Symbolgehalt der Handlung verwandelt Everding durch ein gekonntes Spiel mit der Beleuchtung den Bühnenraum nach seinem Geschmack, als wäre er *ein Chamäleon. Das Lokalkolorit* sticht dabei ins Auge.

Alte Bayern schlürfen den Schaum vom Bier, der der Rahmen der Inszenierung ist: Gustl Bayrhammer, Fritz Straßner und andere Volkstheater-Haudegen färben Orffs „Bernauerin" kräftig weiß-blau, nachdenklich, menschlich und stur – eben so bayerisch, wie es das Stück verlangt. Es gäbe manches auszusetzen an Kleinigkeiten, die aber nicht mehr als Belanglosigkeiten sind.

Everding, der gewitzte Theatermann, gerissen, erfahren und aufs Publikumswirksame bedacht, hat mit der „Bernauerin" ein Freilichtspektakel inszeniert, das sich sehen und hören lassen kann. Hanns-Martin Schneidt dirigiert das Symphonieorchester Graunke und die von Udo Mehrpohl glänzend vorbereiteten Chöre der Bayerischen Staatsoper. Orffs diskrete Partitur erklingt voller lauer Sommerlaune und Verliebtheit bis ins musikalische Detail.

Schneidt feilt an Orffs Verzierungen, als wären es Keimzellen einer frühen Minimal Music, als hieße der Komponist der „Bernauerin" Glass und nicht Orff. Die Südtirolerin Krista Posch und der hochgewachsene Lockenkopf Christian Kohlund spielen das herzogliche Liebespaar überzeugend, ohne affektierte Übertreibung und überschwengliche Verliebtheit.

Alles in allem ist diese „Bernauerin" eine gut gemachte Schönwetterproduktion, die Handfestes, Tragisches, *Sinnliches und* Volkstümliches wie in einem Biergarten des Theaters vereint: Nachdenken und Genuß in beschaulicher Umgebung.
FERRY KEMPER

Georges Duby über „Die Kunst des Mittelalters"

Im Ritual gut geborgen

Es war wirklich finster, das Mittelalter. Nicht nur Armut und unsichere Lebensumstände, ein Ausgelie*fertsein an die unbegreiflichen* Mächte der Natur bestimmten das Leben des Menschen, auch um die geistigen Güter war es dürftig bestellt. Man konnte Latein und kannte einige der wissenschaftlichen Abhandlungen, die aus römischer Zeit überliefert waren, doch die griechische Philosophie war verloren. Man verstand nicht mehr, Griechisch zu lesen, und die Heilige Schrift in der Ursprache blieb ein Buch mit sieben Siegeln. Die Folge war ein Glaube, der alle Züge des Aberglaubens trug. Die Zahlenmystik spielte eine große Rolle. Und deshalb erwarteten viele im tausendsten Jahr nach der Kreuzigung Christi eine apokalyptische Wende, einen Sieg des Bösen, der nach der Offenbarung des Johannes dem Heil vorausgehen würde.

*Die Kunst in ihrem unvorstellba*ren Reichtum aus Gold und anderen edlen Materialien, mit ihren großartigen Kirchen und Klosterbauten war in diesem Kosmos der Abhängigkeiten Ausdruck der Hingabe und Opferbereitschaft des einzelnen für sich, für seine Familie und für die von ihm Abhängigen, zu deren Schutz er verpflichtet war. Denn durch reiche Gaben an die Kirche hoffte man das Wohlwollen der überirdischen Mächte zu erlangen. Zugleich dienten die Fresken und Plastiken in und an den Kirchen den weitestgehend analphabetischen Gläubigen zur Veranschaulichung des Heilsgeschehens und der Heilserwartung.

Diese Zusammenhänge schildert Georges Duby auf faszinierende Weise in seiner dreibändigen „Kunst des Mittelalters" („Das Europa der Mönche und Ritter 980-1140"; „Das Europa der Kathedralen 1140-1280" und – für den Herbst angekündigt – „Das Europa der Höfe und Städte 1280-1440", Skira/Klett-Cotta, Stuttgart, 216 S. mit zahlr. Abb., jeweils 78 Mark). Die Texte sind allerdings nicht neu. Sie erschienen bereits 1966/67 in der Skira-Reihe „Kunst Ideen Geschichte". Im ersten Band fehlt darauf jeder Hinweis, in den zweiten wurde wenigstens in winziger Schrift eine Copyright-Zeile mit der Jahreszahl 1966 aufgenommen.

Lesenswert sind diese Essays zur Geschichte noch immer, weil Duby statt der simplen marxistischen Gesellschaftstheorie vom Feudalismus ein sehr differenziertes Bild der mittelalterlichen Gesellschaft entwikkelt. Er beschreibt anschaulich den Wandel der Gewalten, von einem mächtigen Kaiser, der zugleich als geistlicher Herr fungierte (und deshalb kein Illiterat – wie spätere Herrscher – sein durfte), zum Erstarken der Fürsten bis zum weiteren Machtzerfall mit zunehmender Unabhängigkeit kleiner Landesherren. Damit verbunden war eine Aufspaltung weltlicher und geistlicher Macht, die *sich zuerst von den „weltlichen"* Bischöfen auf die Klöster und die Äbte verlagerte, ehe es zu einem erneuten Aufstieg der Städte kam, deren Stärke und Stolz sich in den Kathedralen ausdrückte.

In den Reliquien besaßen die Kirchen für unsere Zeit unvorstellbare Machtmittel. Denn den Nachlassenschaften der Heiligen wurde eine besondere Mittlerfunktion zuerkannt. Die Reliquiare wurden deshalb verschwenderisch geschmückt – und waren doch kraft dieser Macht vor Räubern (soweit es nicht Ungläubige waren) geschützt.

Eine besondere Bedeutung hatten auch die Rituale, die ständige Wiederholung kultischer Handlungen als Zeichen der Unterwerfung und zugleich als Ausdruck der Lobpreisung. Dabei war der Gesang beim Gottesdienst wichtiger als das Wort, denn in der Musik mit ihrer Regelmäßigkeit und strengen Metrik glaubte man die Ordnung der Welt und des Himmels gespiegelt.

Es ist also kein Werk, das sich mit der Interpretation einzelner Kunstwerke zufriedengibt, sondern das am Beispiel der Kunst und ihrer scheinbar unverständlichen Diskrepanz zum düsteren Alltag den Geist des frühen Mittelalters lebendig werden läßt.
PETER DITTMAR



„Unsere liebe Frau der guten Hoffnung", Holzskulptur aus Notre-Dame in Dijon FOTO: KLETT

Hamburg: Neumeiers Mozart-Shakespeare-Ballett

Der Narr als Spielführer

Der Titel gibt sich gewundener als das ganze Ballett. John Neumeiers choreographischer Shakespeare-*Zyklus in der Hamburgischen* Staatsoper hat mit „Mozart und Themen aus Wie es Euch gefällt" nach der „Othello"-Tragödie nun jedenfalls eine Komödie im Repertoire, wie sie dem Weltballett seit langem nicht mehr in vergleichbar guter Laune geriet. Die Choreographie strotzt vor Erfindungslust. Ihr gelingt der bunte Verkleidungswirbel im Ardenner Wald aufs lieblichste und aufs lustigste. Alles scheint vergnügt außer Rand und Band und läuft dennoch am festgezwirnten choreographischen Schnürchen.

Mozart ist dabei der musikalische Motor. Aus frühen Sinfonien-Sätzen und der Lodronschen „Nachtmusik", aus dem „Musikalischen Spaß", Kammermusik, Violinmusik und der Haffner-Serenade hat Gerhard Mark*son, der auch dirigiert, eine* Ballett-Partitur zusammengestellt, deren Mozart sich nicht zu schämen bräuchte – und Shakespeare auch nicht.

Ein komödiantisches Shakespeare-Ballett von Mozart; ein Mozart-Ballett von Shakespeare: das ist an sich schon eine reizvolle Sache. Freilich setzen gerade Mozarts Allegri eine Vieltausendzahl moussierender Schritte voraus, eine schier unerschöpfliche choreographische Einfallsfülle. Darum macht sich auf der Tanzbühne gerade der Ballettkomponist Mozart auch rar.

Es ist das fröhlich Überwältigende des fast dreistündigen Abends, daß Neumeier choreographisch kaum außer Atem kommt, obwohl in seinem Tanztheater tatsächlich noch getanzt wird. Der Tanz sprudelt ihm auf unter *der Hand. Die Einfälle tanzen* Pas de deux. Kaum etwas wird an den Haaren herbeigezogen.

Allein schon wie Neumeier die Paare einander entgegenführt, sie trennt *und sich erneut finden läßt, ist von* unerschöpflicher choreographischer List und blinzelt zwischen Ernst und Spaß hin und her. Die Truppe zeigt sich in glänzender Form. Nicht nur *die Solisten dürfen brillieren*, auch das Corps hat seinen geradezu beschwipsten Auftritt. Wie die leicht ballettblöden Hirtinnen und Hirten sich in ihre angeblichen Volkstänze stürzen, ist Komödienfolklore der abgefeimtesten Art, toll und verdreht.

Das vor allem ist Neumeiers neues Ballett: unternehmungslustig und nachdenklich immer zugleich, über*dreht und lyrisch, poetisch*, krakeelend. Es ist ganz Shakespeare, ganz Mozart – und nicht zuletzt ganz Neumeier.

Natürlich findet sich in ihm auch jener Neumeier, der immer noch ein bißchen höher hinaus will als Mozart und Shakespeare zusammen. Er träumt langwierig im Ardenner Wald den „Traum vom Goldenen Zeitalter" und läßt Ovid rezitieren, noch dazu vom melancholischen Jacques, der besser Rad zu fahren versteht als Verse zu sprechen. Auch Neumeiers Reflexion über „Die Zeit" hält den Ablauf des Tanzgeschehens gegen Schluß, wenn alles schon in das Finale hinüberdrängt, noch einmal unstatthaft auf.

Ein Ballett der bestechenden Rollen. Wieviel jeder einzelne kann und *wie gutgelaunt er es präsentiert, läßt* sich wie aus dem Bilderbuch ablesen. Lynne Charles ist eine knäbische Rosalinde, die Schiebermütze über der Garçonne-Frisur, süß und zwittrig und rätselhaft. Sie kann sanft sein und kratzbürstig: ein Tanzmädchen, wie geschaffen zum Köpfeverdrehen.

Der Kopf, den sie am stärksten lockert, gehört Ivan Liska, dem rechten Orlando aus Shakespeare-Land. Liska besitzt beides: Natürlichkeit und Adel, Stolz und Heiterkeit und stellt alles auf zwei tänzerisch glänzend artikulierende Beine. Colleen Scott ist die intelligente Beobachterin: eine Celia von Wachheit des Herzens wie des Verstandes. Gamal Gouda tanzt den bösen Oliver als schwarzen Schwarmgeist, der sich zum Guten bekehrt.

Unter den Narren und Weisen, den Hasenherzen der Liebe, den hochnäsigen Mädchen und den um Liebe barmenden Jungen vollziehen sich die ausgelassensten choreographi*schen Spiele. Eric Miot durchraschelt* alle Verkleidungen vom Weiberrock bis zur Siouxfeder auf tolldreiste Art. Gigi Hyatt und Jeffrey Kirk bilden das jammerreich komische Jung*schäferpaar. Gabriel Manferdini ist* Spielführer als Probstein, der Narr. In Klaus Hellensteins abenteuerlichen Kostümen, auf seiner kahlen, suggestiven Shakespeare-Ballettbühne schiere choreographische *Sommer*lust.
KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Pferdegemälde von Inge Ungewitter zeigt das Deutsche Fischerei- und Jagdmuseum in München bis zum 6. Oktober.

Jacques Lacans Werke erscheinen künftig im Beltz-Verlag, Weinheim.

„Toldi – ein Heldenleben", eine deutsch-ungarische Koproduktion, erhielt beim Zeichentrickfilm-Festival in Annecy den Ersten Preis.

„Schlesische Komponisten im 20. Jahrhundert" dokumentiert (bis 4. August) das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel.

JOURNAL

Coburger Glaspreis an Erwin Eisch

DW. **Coburg**

Erwin Eisch aus Frauenau im Bayerischen Wald erhielt den mit 10 000 Mark dotierten Hauptpreis beim Wettbewerb um den „2. Coburger Glaspreis für moderne Glasgestaltung in Europa". Dieser Preis wurde 1977 zum erstenmal vergeben. Der zweite Preis (5000 Mark) ging an den Schweden Bertil Vallien. Förderpreise von je 2500 Mark wurden Diana Hobson (Großbritannien), Jaromir Rybak (ČSSR) und Johannes Hewel (Bundesrepublik) zugesprochen. Außerdem wurden noch acht Ehren- und 16 Sonderpreise verliehen. Um die Preise hatten sich 643 Künstler aus zwanzig Ländern beworben. Die Arbeiten der Preisträger sind neben den Werken *von rund zweihundert* anderen Künstlern bis zum 13. Oktober auf der Veste Coburg zu sehen.

Lindenmuseum wieder eröffnet

dpa, **Stuttgart**

Nach fast siebenjähriger Bauzeit ist das Linden-Museum in Stuttgart (s. WELT v. 21. 6.), eines der bedeutendsten Völkerkundemuseen in Europa, wiedereröffnet worden. Das Museum wurde 1884 vom damaligen Württembergischen Verein für Handelsgeographie gegründet. Zwei Jahre später zog es in das Gebäude am Stuttgarter Hegelplatz ein. 1911 konnte das nach seinem langjährigen Leiter Karl Graf von Linden (1838-1910) benannte Haus vom letzten Württembergischen König Wilhelm II. eingeweiht werden. Seit 1973 befindet es sich im Besitz von Stadt und Land. Die Renovierung, die sich als viel schwieriger und langwieriger als erwartet, erwies, kostete 36 Millionen Mark.

Die Preise beim Moskauer Filmfestival

dpa, **Moskau**

Elem Klimows Kriegsfilm „Geh und schau" (UdSSR) wurde bei dem 14. Internationalen Moskauer Filmfestival als bester Film ausgezeichnet. Gold erhielten außerdem „A Soldier's Story" von Norman Jewison aus den USA und „The Descent of the Nine" von Christos Stiopachas aus Griechenland.

Eine Ausstellung über die Spirale

DW. **Basel**

„Die Spirale im menschlichen *Leben und in der Natur" heißt* eine interdisziplinäre Schau, die vom Gewerbemuseum/Museum für Gestaltung in Basel bis zum 15. September zu sehen ist. Sie beschäftigt sich sowohl mit den naturwissenschaftlichen Phänomenen der Spirale – z.B. in der Mathematik, der Astronomie, der Biologie – wie mit der Spirale in der Mythologie oder in der Kunst vom neolithischen Ornament bis zur zeitgenössischen Land-art. Dazu erschien im Verlag Birkhäuser, Basel, ein Buchkatalog, der in der Ausstellung 32 sfrs kostet.

Gemälde aus Berlin zu Gast in Peking

PHG. **Berlin**

Rund siebzig Gemälde von Caspar David Friedrich bis Liebermann aus der Berliner Neuen Nationalgalerie werden vom 10. bis 31. Oktober in Peking gezeigt. Im Gegensatz zu der derzeitigen Ausstellung mit Schätzen aus der „Verbotenen Stadt", dem Palastmuseum Peking, im Martin-Gropius-Bau, die allein von den Berliner Festspielen finanziert wurde, fördert das Bonner Auswärtige Amt die Reise der Romantiker mit 1,5 Millionen Mark, und China übernimmt nur die Kosten am Ort. Beide Veranstaltungen sind allerdings unabhängig voneinander zustande gekommen. Im Herbst wird auch eine Ausstellung mit Leihgaben aus der „DDR", ebenfalls deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts, in Peking eröffnet – nur wenige Straßen weiter, im „Historischen Museum". Also deutsch-deutsche Nähe ohne Annäherung wie gegenwärtig in der Schweiz (s. WELT v. 5. 7.) gleichfalls mit deutschen Romantikern. Die Kunstwerke aus West-Berlin wandern von Peking weiter nach Japan.

Werbung für Papier und Druckmaschinen

DW. **Frankfurt**

Man warb für „patriotische Vignetten" und für „Amoretten-Initialen", bat wohlproportionierte Damen, einen Lorbeerkranz über das Haupt des erfindungsreichen Maschinenbauers zu halten, gruppierte würdige erstaunte Herren um einen Druckautomaten oder ließ „Fünf gegen Einen", nämlich fünf Handsetzer gegen eine Linotype-Setzmaschine antreten. Das alles sind Beispiele der „Reclame-Kunst um 1900 der Ausrüster für das Graphische Gewerbe". Wolfgang Fach hat sie für den Band „Die ganze Welt ist unser Feld" (Fach Edition Frankfurt, 132 S., mit 88 ganzseitigen Anzeigen, 47 Mark) zusammengetragen und fachkundig kommentiert. Ein anregender Spaziergang durch vergangene Werbewelten.

Strafanträge des Staatsanwalts im Camorra-Prozeß

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In dem seit Anfang Februar laufenden bisher größten Prozeß gegen die neapolitanische Camorra hat Staatsanwalt Diego Marmo am Wochenende seine Strafanträge gestellt. Er beantragte insgesamt 1436 Jahre Gefängnis für 204 der 252 Angeklagten. Der „Star" des Verfahrens, Ex-TV-Showmaster Enzo Tortora, soll nach den Vorstellungen des Anklägers eine 13jährige Haftstrafe und eine Geldstrafe in Höhe von 55 000 Mark erhalten.

Tortora, der als Moderator der beliebten Familiensendung „Portobello" zu einem der bekanntesten italienischen Stars wurde, war im Juni 1983 zusammen mit anderen mutmaßlichen Mitgliedern der Camorra *festgenommen worden. Er ist ein* Jahr später wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem er mit Hilfe der Radikalen Partei als Abgeordneter ins Straßburger Europaparlament übersiedeln konnte.

Der Staatsanwalt hält es aufgrund der Zeugenaussagen für erwiesen, daß Tortora der Camorra angehörte und als *Rauschgiftlieferant* der Verbrecherorganisation für das Film-Ambiente tätig war. Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegten Delikte nach wie vor mit aller Entschiedenheit. Im Falle einer Verurteilung würde er zunächst weiterhin auf freiem Fuß bleiben, da das Parlament in Straßburg nur die Erlaubnis zur Fortführung des gegen ihn laufenden Prozesses, nicht aber zu seiner Verhaftung gegeben hat.

Das Beweismaterial gegen Tortora, das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ausreichend ist für eine Verurteilung, stützt sich weitgehend auf Aussagen abgesprungener „Camorristi", die sich im Gefängnis zur Zusammenarbeit mit der Justiz bereiterklärt hatten. Der Staatsanwalt honorierte diese Kollaborationswilligkeit mit besonders milden Strafanträgen. Für die beiden mitangeklagten Hauptbelastungszeugen Tortoras, Giovanni Pandico (Ex-Sekretär von Camorra-Boß Cutolo) und Gianni Meluso beantragte er nur zweieinhalb beziehungsweise drei Jahre Gefängnis.

Hart ging der Anklagevertreter dagegen mit denjenigen ins Gericht, die seiner Meinung nach keine tätige Reue zeigen. Für die Ordensschwester Aldina Murelli, die als „Briefträgerin der Camorra" angeklagt ist, beantragte er sechs Jahre Gefängnis, für den ehemaligen Gefängniskaplan von Ascoli Piceno, Pater Mariano Santini, sieben Jahre, für drei der Korruption beschuldigte Polizisten beziehungsweise Gefängniswärter *zwischen sieben und achteinhalb* Jahren.

Von heute an hat die Verteidigung das Wort. Ihre Plädoyers werden sich vermutlich über zwei Wochen hinziehen. Mit der Urteilsverkündung wird für das Ende des Monats gerechnet.

Beiträge der Briten zum Thema „Dallas"

REINER GATERMANN, London

Es wurde zunächst als Fernsehcoup des Jahres gefeiert, als im Januar bekannt wurde, daß die private Fernsehgesellschaft Thames Television die „alte Tante BBC" im finanziellen Wettlauf um die kommenden 26 Folgen des amerikanischen Dauerbrenners „Dallas" ausgebootet hatte. Doch jetzt sah sich der Vater dieses Geschäfts, Bryan Cowgill (58), zur Kündigung gezwungen. Er wurde ein Opfer interner Intrigen und der Tatsache, daß er mit dem, was er als gesundes Konkurrenzdenken bezeichnet, etablierte Kreise störte, sowohl seine eigene Gesellschaft als auch die BBC und die Aufsichtsbehörde Independent Broadcasting Authority (IBA).

Gleich nach Bekanntwerden des Thames-Coups wurde Bryan Cowgill von verschiedenen Seiten in echtem intrigantem Dallas-Spiel unter Druck gesetzt. Im Vordergrund stand ein nicht schriftlich fixiertes *Gentleman's Agreement zwischen* der BBC und der ITV, die Dachorganisation von 14 privaten Fernsehgesellschaften, darunter Thames, wonach man sich beim Einkauf ausländischer Programme keine Konkurrenz macht.

Cowgill wurde voll von seinen Thames-Kollegen in der Programm*produktion gestützt, die Aktionärs*vertreter im Aufsichtsrat waren jedoch gegen ihn, weil sie teilweise auch mit der BBC Geschäfte machen. Zehn der 14 ITV-Partner standen auf seiner Seite, die vier übrigen halten jedoch fast die Hälfte der Stimmen. Entscheidend war allerdings laut Cowgill die Drohung der IBA, Thames die Lizenz zu entziehen, falls sie „Dallas" nicht an die BBC zurückgebe. Cowgill sah sich geleimt. Aus dem Coup wurde ein Flop.

Wer jedoch ab September „Dallas" im Programm haben wird, ist weiterhin ungewiß. Der amerikanische Verkäufer wird die Rückgabe an die BBC nur akzeptieren, wenn diese den gleichen Preis und 60 000 Dollar pro Abschnitt zahlt, wie mit Thames vereinbart worden war. Die BBC will jedoch nicht über 47 000 Dollar hinausgehen.

Die Angelegenheit wurde gestern noch verworrener und vielleicht auch pikanter durch die Enthüllung der „Sunday Times", wonach Michael Grade, heute Programmchef der BBC 1, 1981 an einer Offerte der ITV beteiligt gewesen sei, der BBC die Seifenoper wegzuschnappen. An der Spitze des Einkaufskomitees der ITV stand Paul Fox, jetzt einer der heftigsten Gegner des Cowgill-Coups. Er trat übrigens kürzlich auch zurück, weil er seine Autorität als Chef des Einkaufskomitees in Gefahr sah. Der Handel kam *1981 nicht zustande,* weil die BBC mit gerichtlichen Schritten drohte.

Wahrscheinlich könnten die Dallas-Schreiber noch etliche Ideen aus dem britischen „Kampf um Dallas" holen.

„Live Aid"-Konzert in 160 Länder übertragen / 150 Millionen Mark für Hungernde in Afrika



Madonna in Aktion, Elton John unter der Haube, Mick Jagger hat Tina Turner fest im Griff und David Bowie, ganz elegant. FOTOS: AFP/AP

Seid umschlungen, Milliarden . . .

SIEGFRIED HELM, London

Ex-Beatle Paul McCartney und Popstar David Bowie trugen ihn am Schluß des Rock-Spektakels im Lon*doner Wembley-Stadion auf den* Schultern: Bob Geldof, den Mann, der das Wunder vollbrachte, die internationale Elite der „wilden Männer" (und Frauen) des Rock 'n' Roll als singende Samariter für die afrikanische Hungerhilfe einzuspannen. „Geldof hat den Friedensnobelpreis verdient", versichert der Labour-Abgeordnete Tom Torney. Er plant eine Unterhausinitiative zugunsten des 32jährigen irischen Popstars. Viele Engländer meinen, er solle zum Lord erhoben werden. Das mindeste sei der Ritterschlag durch die Queen. Lord Geldof of Rock. Oder wenigstens Sir Bob.

Geldof, der Initiator der „größten Show auf Erden", der „globalen Musicbox", wie das längste Wohltätigkeitskonzert in der Geschichte des Rocks und des Fernsehens genannt wurde, ließ sich eine „Klingelbeutel"-Aktion einfallen, wie es sie noch nicht gegeben hat. Auslöser war das Fernsehen, und durch dieses Medium sollte die Idee auch eingelöst werden.

Im Fernsehen hatte Geldof im vergangenen Oktober einen Bericht von der Hungerfront in Äthiopien gesehen. Er erinnert sich: „Nie werde ich das Bild von der 23jährigen Krankenschwester vergessen, die 300 von 10 000 Menschen für eine Speisung auswählen mußte." Da war für ihn klar: Nur das Fernsehen konnte helfen, und zwar durch eine Sendung mit maximaler Einschaltquote.

Die Formel war geboren: Die Superstars des Rock mußten für die geballte Kampfansage an den Hungertod in Afrika mobilisiert werden. Die Generalprobe war Geldofs Rock-Kollektiv-Platte „Do They Know It's Christmas?", die 32 Millionen Mark für die Hungerhilfe gebracht hat und mit 5,5 Millionen ver*kauften Exemplaren größter Hit in* Großbritannien geworden ist.

Am vergangenen Samstag „stieg" es nun, das in rund 160 Länder übertragene Rockspektakel aus dem Londoner Wembley-Stadion und dem John-F.-Kennedy-Stadion in Philadelphia. Es soll während der 16stündigen Dauer bis in die Morgen*stunden des Sonntag rund 150 Millio*nen Mark erbracht haben.

Als bei prächtigem Sonnenschein punkt zwölf Uhr Ortszeit im Wembley-Stadion vor 72 000 Rockfans die Gruppe „Status Quo" mit „Rocking all over the World" den Phonbeschuß der Trommelfelle eröffnete, gab es dort sogleich die ersten Begeisterungsstürme: für Geldof, für den Rockfan Prinzessin Diana, die ihren sonst Opern bevorzugenden Ehemann *Prinz Charles mitgebracht hat*te, die mit den Füßen den Takt trampelte, klatschte und eine Stunde lang die meisten Hits „bis aufs Wort genau" mitsummte, wie ein professioneller Lippenleser verbreitete. Auch eine Deutsche durfte in der königlichen Loge sitzen: Elton Johns Frau Renate.

Der deutsche Beitrag zu diesem Konzert, das dem Guinness-Buch der Rekorde einen neuen Superlativ beschert, war eine zweischneidige Angelegenheit. Von allen eingespielten Gastbeiträgen – Sydney, Holland, Norwegen, Moskau – wurden die Deutschen in Wembley am herzlichsten begrüßt. Doch Udo Lindenberg funktionierte das humanitäre Musik-Spektakel zur Polit-Aktion um. Vor dem Kölner Dom zog er als politi*scher Kanzelredner vom Leder,* wetterte wider die Aufrüster. Da blieb ihm die Sprache weg. Kein Ton mehr. Er schimpfte wie ein Stummfilm-Lenin auf der Seifenkiste weiter. Ratlo*sigkeit* bei den Engländern über die Kostprobe deutscher Lehrhaftigkeit. Als dann endlich Lindenberg, Grönemeyer, Nena und Co. das deutsche Afrika-Lied „Nackt im Wind" spielen, kommt doch noch ein Achtungserfolg heraus.

Der blieb der sowjetischen Rock-Gruppe „Avtograf" mit ihrer eher braven Kollektivleistung, verpackt in „Friedenspropaganda", versagt. Zwar hat das sowjetische Fernsehen das „Live Aid"-Konzert abgenommen, es seinem Publikum jedoch vorenthalten.

Mick Jagger und David Bowie, in persona durch den großen Teich getrennt und dennoch in einer neuen Video-Single vereint, waren „ein Hit", ebenso wie die Beach Boys und „The Who", die in Unfrieden auseinandergegangene, doch für die Afrika-*Hungerhilfe* wieder vereinte legendäre Gruppe. Altmeister Bob Dylan hatte das letzte Wort.

„Seid umschlungen Milliarden" – so ließe sich frei nach Schiller der Geist dieses Konzerts umschreiben. Eine moralische Veranstaltung mit heißen Rhythmen sozusagen. (SAD)

Ein Meer von Begeisterung: Das ist nur ein Teil der 72 000 Fans, die zu dem weltweit übertragenen Rockspektakel in das Londoner Wembley-Stadion kamen. FOTO: AP

Fünf Tote und viele Verletzte bei Busunglück

dpa, Göttingen

In den Trümmern eines verunglückten dänischen Reisebusses sind gestern morgen auf der Autobahn Kassel-Göttingen bei Hedemünden (Kreis Göttingen) fünf Menschen ums Leben gekommen. Mindestens 49 Personen wurden verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich. Die Autobahn war für mehrere Stunden in Richtung Norden voll gesperrt. Die Polizei schließt nicht aus, daß die Fahrerin des Busses, der vom Gardasee *aus Italien kam, möglicherweise* eingeschlafen war. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei war der Bus auf einer abschüssigen Strecke ins Schleudern geraten. 200 Meter weit schleuderte der mit 73 Personen besetzte „Doppeldecker" mehrfach hin und her, rutschte 50 Meter an der Mittelleitplanke entlang, raste die *steile Autobahnböschung hinauf,* überschlug sich und blieb quer auf der Fahrbahn liegen.

Programm verzögert

AP, Kap Canaveral

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ist der Start einer amerikanischen Raumfähre von einem Computer verhindert worden. Nur drei Sekunden vor dem Abheben der Fähre „Challenger" zu ihrem achten Flug hatte der Kontrollcomputer am Freitag abend ein fehlerhaft schließendes Ventil in einem Triebwerk entdeckt und die bereits gezündeten Triebwerke sofort abgeschaltet. Damit hat sich das Fährenprogramm der USA unter *Umständen auf unbestimmte* Zeit verzögert. Heute dürfte erkennbar werden, ob ein neuer Start der Fähre in ungefähr einer Woche versucht werden kann oder ob eine größere Panne längere Reparaturarbeiten erfordert.

Klage für Bhopal-Opfer

dpa, San Francisco

Der amerikanische Staranwalt Melvin Belli hat den Chemiekonzern Union Carbide im Namen von 21 477 Opfern des Giftgasunglücks in der indischen Stadt Bhopal auf 15 Milliarden Dollar Schadenersatz verklagt. Bei der Katastrophe am 3. Dezember vergangenen Jahres sind nach Schätzungen rund *2500* Menschen getötet und etwa 200 000 verletzt worden.

Golfclub in China

AFP, Peking

In der Hauptstadt Peking wurde der erste Golfclub gegründet, berichtete jetzt die amtliche Nachrichtenagentur Neues China. Der Club zählt bereits so prominente Ehrenmitglieder wie den stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin, Staatsrat Gu Mu und den Vorsitzenden der Großbank CITIC.

Trachten-Treffen

dpa, Bitburg

Mehr als 2000 Trachtentänzer und Dutzende von Spielmanns- und Fanfarenzügen aus zwölf Ländern beteiligten sich gestern am 21. Europäischen Grenzlandtreffen in der Eifel*stadt Bitburg. Hauptattraktion* dieses größten Folklorefestivals der Bundesrepublik Deutschland war ein mehrere Kilometer langer Festzug durch die Bierstadt.

Heißestes Wochenende

AP, Frankfurt

Das mit Abstand heißeste und sonnigste Wochenende dieses Jahres ließ das Thermometer in Deutschland bis 35 Grad klettern. Dieser Spitzenwert wurde nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes gestern mittag in der Rheinebene gemessen. Auch im übrigen Bundesgebiet herrschten am Samstag und Sonntag Temperaturen um 30 Grad. Für heute werden Gewitter vorausgesagt, die aber nur eine leichte Abkühlung bringen sollen. Von morgen an rechnen die Meteorologen wieder mit sehr heißer Witterung. Gartenlokale, Straßencafés, Freibäder und Seen erlebten am Wochenende den ersten großen Ansturm in diesem Sommer.

WETTER: Gewittrig

Wetterlage: Gewittrige Tiefausläufer überqueren Deutschland von West nach Ost. Dahinter strömt vor allem in den *Norden frische Meeresluft. Sie ge*rät am Dienstag unter Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Montag:

Im Osten und Süden wolkig bis stark bewölkt mit Schauern und Gewittern, sonst anfangs starke, im Tagesverlauf auflockernde Bewölkung und kaum noch Niederschlag. Höchsttemperaturen im Norden 18 bis 20 Grad. Sonst 22 bis 26 Grad. *Nachts Abkühlung bis et*wa 12 Grad. Von einzelnen Gewitterböen abgesehen schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Freundlich und wieder etwas wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	30°
Bonn	27°	Kopenh.	23°
Dresden	27°	Las Palmas	23°
Essen	26°	London	22°
Frankfurt	26°	Madrid	28°
Hamburg	26°	Mailand	28°
List/Sylt	21°	Mallorca	30°
München	26°	Moskau	20°
Stuttgart	27°	Nizza	26°
Algier	28°	Oslo	18°
Amsterdam	24°	Paris	26°
Athen	29°	Prag	25°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	22°	Stockholm	21°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	29°
Helsinki	21°	Wien	26°
Istanbul	24°	Zürich	27°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 5.24 Uhr, Untergang: 21.32 Uhr; **Mondaufgang:** 3.11 Uhr, Untergang: 21.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Welche Rolle spielen neutralisierende Antikörper?

Grundstein für die Entwicklung eines Impfstoffes gegen die Immunkrankheit Aids ist gelegt / Bluttests verfeinert

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Seit einiger Zeit steht fest, daß die erworbene Immunschwäche (Aids) von einem Virus verursacht wird, dem sogenannten menschlichen T-lymphotropen Virus des Typs III (HTLV-III). Blutuntersuchungen von Patienten mit Aids beziehungsweise mit damit in Zusammenhang stehenden Krankheiten, etwa dem Lymphadenopathie Syndrom (LAS), haben gezeigt, daß die Patienten Antikörper gegen das Virus besitzen (Antikörper sind die Moleküle des Immunsystems, die eingedrungene Erreger erkennen). Bislang konnte jedoch noch nicht nachgewiesen werden, daß diese Antikörper irgendeine Abwehrreaktion auslösen. Im Gegenteil: Die Aids-Krankheit zeichnet sich dadurch aus, daß das Immunsystem so geschwächt ist, daß der Patient sich zahlreiche Infektionen zuzieht, die letztendlich zum Tode führen.

Forscher am Nationalen Institut für Infektionskrankheiten in Boston haben jetzt herausgefunden, daß das Aids-Virus wahrscheinlich die sogenannten Helfer-T-Zellen hemmt. Diese Zellform ist notwendig, um die eigentlichen Antikörper-Produzenten, die B-Zellen, zu aktivieren. Das Virus unterbricht also offenbar jene Reaktionskette, mit der das Immunsystem auf Krankheitserreger oder *Krebszellen reagiert.*

Dieser neue Befund deckt sich mit Untersuchungen, in denen jetzt erstmals die Konzentration an sogenannten neutralisierenden Antikörpern im Blut von Aids-Patienten gemessen wurde. Nur diese Antikörper können ein Virus wirksam bekämpfen. Ihre Konzentration ist allerdings, vergli*chen mit den übrigen Antikörpern,* sehr gering.

Es zeigte sich, daß Menschen, die sich bereits im schwersten Stadium der Krankheit befinden, weniger von diesen Antikörpern besitzen als Patienten in früheren Stadien. Die höchste Konzentration wurde jedoch in Menschen gefunden, die schon mit dem Virus infiziert waren, bei denen die Krankheit jedoch noch nicht ausgebrochen war.

Auch wenn die geringe Zahl der bislang untersuchten Proben noch nicht für eine sichere Aussage ausreicht, stellen sich doch einige Fragen über die Rolle der neutralisierenden Antikörper. Ist die Abnahme dieser Moleküle dafür verantwortlich, daß bei bestimmten Menschen, die mit dem Virus infiziert sind, die Krank*heit ausbricht, bei anderen dagegen* nicht oder nur in schwächerer Form? Kann diese Entdeckung möglicherweise dabei helfen, einen Impfstoff gegen Aids zu entwickeln?

Obwohl diese beiden neuen Funde zeigen, daß die Aids-Forscher auf dem Weg zu einer wirksamen Bekämpfung der heimtückischen Krankheit vorangekommen sind, muß doch vor verfrühten Hoffnungen gewarnt werden. Nach Ansicht von Prof. R. Kurth vom Paul-Ehrlich-Institut in Frankfurt wird es noch etwa fünf Jahre dauern, bis ein Impfstoff entwickelt und getestet sein wird. Bis dahin muß das Augenmerk vor allem auf vorbeugenden Maßnahmen liegen, vor allem bei den Bevölkerungsgruppen mit besonders hohem Risiko, also bei männlichen Homosexuellen, bei Bluterkranken, bei Drogensüchtigen und bei Prostituierten.

Da man weiß, daß das Virus mit dem Blut oder dem Samen übertragen wird, kann auch innerhalb dieser Gruppen schon mit einfachen Vorsichtsmaßnahmen das Risiko einer Infektion vermindert werden. Bei den Blutern, die ständig darauf angewiesen sind, *Medikamente* zu nehmen, die aus Blutkonserven gewonnen wurden, muß nach Verfahren gesucht werden, die Übertragung des Virus zu verhindern.

In der Bundesrepublik ist man dabei, die Bluttests so weit zu verfeinern, daß mit höchstmöglicher Sicherheit die Träger der Krankheit identifiziert werden können. Die Untersuchung von 33 000 Blutproben mit den zur Zeit besten Testverfahren hat gezeigt, daß etwa 0,25 Prozent mit dem HTLV-III *infiziert sind.*

Diese aufwendigen Testverfahren können allerdings zur Zeit noch nicht für Massenprüfungen benutzt werden. Der *hier verwendete Standard*test besitzt eine geringere Sicherheit. Nach Aussage von Prof. Kurth wird jedoch jede Blutprobe, die sich als positiv herausstellt, anschließend auch mit den aufwendigen Verfahren getestet, um Irrtümer zu vermeiden.

ZU GUTER LETZT

„Was trifft einen Lehrer am härtesten? Wenn er nach der Pensionierung keine Ferien mehr hat", stellte eine Ersatzkasse in ihrem Pressedienst fest.